

---

# AUSLANDSINFORMATIONEN

---



Zur Bedeutung der politischen Mitte



# AUSLANDSINFORMATIONEN

3 | 2024

Liebe Leserinnen und Leser,

„Die zerquetschte Mitte“ – so titelte die Frankfurter Allgemeine Zeitung Ende Juni im Kontext der ersten Runde der französischen Parlamentswahlen. Sie bildete dazu ein fliederfarbenedes Macaron ab, dessen Füllung unter dem Druck der sie umgebenden Teigelemente ächzte. Der Economist schrieb am selben Tag: „France’s Centre Cannot Hold“. Im Hintergrund zeigte die Zeitschrift die französische Nationalflagge, die *tricolore*. Der mittlere Streifen aber fehlte.

Die „Mitte“, sie hat in diesem Jahr, gerade auch aus einer internationalen Perspektive, Hochkonjunktur – wenn nicht in Form guter Wahlergebnisse, dann jedenfalls in Form gesteigerter Aufmerksamkeit, die sich in der Regel aus der Sorge um ihre vermeintliche oder tatsächliche Erosion in vielen Demokratien weltweit speist.

Was aber ist gemeint, wenn von „politischer Mitte“ gesprochen wird? Wie kann man sie bestimmen? Wer sind ihre Gegner? Und was ist zu ihrer Stärkung zu tun? Erschöpfende Antworten hierauf kann auch diese Ausgabe der Auslandsinformationen nicht liefern. Was sie aber bietet, sind fundierte Fallstudien auch aus regionalen Kontexten, die in der hiesigen Presse weniger oft beleuchtet werden.

Ein einheitliches Bild, was „die Mitte“ ausmacht, ergibt sich aus diesen Studien nicht, und das kann kaum überraschen. In Indien gelten andere Maßstäbe für eine „mittige Politik“ als etwa in Chile, wie die Artikel von Lewe Paul und Ashutosh Nagda beziehungsweise Olaf Jacob in dieser Ausgabe zeigen. Hinzu kommt: Auch innerhalb eines bestimmten Landes können sich die Vorstellungen davon, was extrem rechts, was extrem links und was mittig ist, im Laufe der Zeit erheblich verschieben.

Dennoch lassen sich für das politische Hier und Jetzt Gemeinsamkeiten herausarbeiten, die Mitte-Parteien von den Kräften an den Rändern des politischen Spektrums – jedenfalls in der Tendenz – unterscheiden. So ist die Mitte eher um Integration bemüht, die Ränder neigen zur Spaltung und befeuern diese oft bewusst. Parteien der Mitte und deren Personal mögen klare eigene Positionen haben, wissen aber auch, dass in pluralen Gesellschaften Kompromisse nötig sind und zum normalen demokratischen „Geschäft“ gehören. Extreme politische Kräfte dagegen betrachten Kompromisse häufig als Verrat. Sie überzeichnen gesellschaftliche Konfliktlinien, identifizieren Feindgruppen – „die Elite“, Ausländer, Minderheiten aller Art. Sie fordern, den vermeintlich homogenen Willen des „wahren Volkes“ radikal durchzusetzen.

Kaum eine Partei fordert heute die Abschaffung der Demokratie. Parteien weitab der Mitte aber haben in ihrer Programmatik und – sind sie einmal an der Regierung – auch in der Praxis oft ein mindestens gespaltenes Verhältnis zur freiheitlichen, verfassungsstaatlichen

Demokratie, die nicht zuletzt Minderheiten und die politische Opposition vor der „Tyrannei der Mehrheit“ schützt.

Gerade mit Blick auf die Frage, aus welcher Richtung die Bedrohung für die demokratische Mitte kommt, ist der Blick über den europäischen Tellerrand erkenntnisreich. Es ist richtig: In vielen europäischen Ländern, nicht zuletzt in Deutschland selbst, stellen der Rechtspopulismus und -extremismus derzeit die größere Herausforderung für die liberale Demokratie dar. Richtig ist aber auch: In einer Region wie Lateinamerika kamen die meisten „erfolgreichen“ Angriffe auf die Demokratie im vergangenen Vierteljahrhundert von links.

Sebastian Grundberger stellt in seinem Artikel heraus, wie sich linke und linksradikale Akteure in einer ganzen „rosa Galaxie“ organisiert haben, die systematisch „ihre“ Halb- und Vollautokraten in Lateinamerika gegen internationale Kritik deckt, der demokratischen Linken immer mehr das Wasser abgräbt und sich weltpolitisch als Verbündete aller Länder versteht, die die Machtstellung westlicher Staaten und den Einfluss liberaler Werte zurückdrängen wollen. Tatsächlich eint viele, wenn auch ausdrücklich nicht alle, Parteien vom linken und rechten Rand in Lateinamerika wie Europa eine Nähe zu revisionistisch-autoritären Staaten wie Russland und China.

Auch mit Blick auf die Frage, was die demokratische Mitte in einem Land stärkt und was sie schwächt, gibt es keine einfachen Antworten. Als ein Übel in vielen Demokratien wird beispielsweise seit Jahren eine um sich greifende Polarisierung angeführt. Tatsächlich gibt es Staaten wie Georgien, in denen – wie von Stephan Malerius in seinem Beitrag analysiert – die Polarisierung zwischen den politischen Lagern ein Maß erreicht hat, das eine konstruktive Debatte um die tatsächlichen Probleme des Landes verhindert und zu enormer Unzufriedenheit in der Bevölkerung führt. Andererseits ist es wichtig, dass Parteien diesseits der politischen Ränder untereinander hinreichend unterscheidbar bleiben, wie Ludger Gruber und Martin Friedek in ihrem Beitrag mit Blick auf Spanien hervorheben.

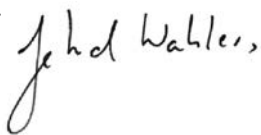
Wenn über das Erstarken der politischen Ränder gesprochen wird, wird oft über die Rolle neuer Medien geklagt, die extreme Meinungen begünstigten, den Diskurs verrohen ließen und populistischen Parteien Auftrieb gäben. Obwohl das zutreffen mag, darf diese Feststellung den Blick auf eines nicht verstellen: Der Aufstieg populistischer Parteien ist kein reiner „Diskurseffekt“, sondern oftmals auch Folge eines „Performance-Defizits“ der Parteien der Mitte. Es gibt reale Probleme, die viele Bürger beschäftigen und auf die besagte Parteien in der jüngeren Vergangenheit keine überzeugenden Antworten geliefert haben. So sprechen Anja Czymmeck und Nele Wissmann mit Blick auf Frankreich von einem Klima des

Pessimismus und von einem besorgniserregenden Verlust an Vertrauen in die etablierten politischen Kräfte. Noch ausgeprägter ist dies in Argentinien, wie Jana Lajsic in ihrem Text über den Aufstieg des „Anti-System-Kandidaten“ Javier Milei verdeutlicht. Die Beobachtung dürfte sich – in manchen Fällen abgeschwächt – auf eine Reihe weiterer Demokratien übertragen lassen.

Vor den Gefahren zu warnen, die von Populisten und Extremisten rechts wie links ausgehen, ist zwar nicht falsch. An der Breitenwirkung solcher Warnungen sind aber nach allem, was wir in den vergangenen Jahren erlebt haben, Zweifel angebracht. Noch wichtiger ist es deshalb, dass Parteien der Mitte praktikable Vorschläge hinsichtlich der Themen entwickeln, die die Bürger als relevant wahrnehmen. Politikwissenschaftlich würde man sagen: Sie sollten ihre Output-Legitimität stärken, statt nur auf ihrer höheren Input-Legitimität zu beharren. Umgangssprachlich würde man sagen: Sie sollten liefern, statt mehr Energie darauf zu verwenden, sich als die besseren Demokraten zu präsentieren, selbst wenn sie es tatsächlich sind. Dass sie dabei nicht dieselben simplen „Lösungen“ wie ihre populistischen Gegner anbieten können und sollen, versteht sich von selbst. Das Mindeste aber, was die Bürger erwarten können, ist, dass Parteien aus der Mitte des Spektrums Probleme nicht deshalb verdrängen, weil sie in ihrer politischen Idealvorstellung nicht vorgesehen sind.

Ich wünsche Ihnen eine anregende Lektüre.

Ihr



---

**Dr. Gerhard Wahlers** ist Herausgeber der Auslandsinformationen (Ai), stellvertretender Generalsekretär und Leiter der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung ([gerhard.wahlers@kas.de](mailto:gerhard.wahlers@kas.de)).

# AUSLANDSINFO

SPOTLIGHT

## Der Außenpolitik-Podcast der Konrad-Adenauer-Stiftung

In unserem Auslandsinfo-Podcast hören wir uns in der Welt um. Wo stehen Wahlen an? Welche Entwicklungen müssen wir auf dem Schirm haben? Was könnte die Sicherheit einer Region gefährden?

Wir sprechen mit Expertinnen und Experten und beleuchten Zusammenhänge – auch in Staaten, die hierzulande selten im Fokus stehen. Wir fragen nach wichtigen Details und behalten den Blick fürs Ganze.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung verfügt mit rund 100 Auslandsbüros über ein großes Netzwerk an globaler Expertise. Diese bringen wir mit dem Auslandsinfo-Podcast zu Ihnen – informativ und kurzweilig.

**Abonnieren Sie uns  
überall dort, wo es  
Podcasts gibt.**

z. B. bei Spotify



Fabian Wagener



# Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

Zur Bedeutung der  
politischen Mitte

8 *Im Gespräch*

„Viele Wähler sehen in den politischen Rändern die letzte Chance auf Veränderung“

Ein Gespräch mit den Frankreich-Expertinnen  
Anja Czymmeck und Nele Wissmann

16

Polarisiert, aber existent

Die politische Mitte in Spanien

Ludger Gruber / Martin Friedek





Wo ist die Mitte? Dass nicht nur in Frankreich, sondern in vielen Demokratien weltweit zuletzt die politischen Ränder vermehrt den Ton angaben, hat auch damit zu tun, dass aus dem Zentrum des politischen Spektrums aus der Sicht vieler Bürger zu wenige überzeugende Lösungen für wichtige Probleme gekommen sind. Foto: © Amaury Cornu, Hans Lucas, picture alliance.

28  
Polarisiere und herrsche!  
Dysfunktionalitäten im politischen System Georgiens  
Stephan Malerius

39  
Aufstieg, Fall und zurück auf Los  
Die Entwicklung des Zentrismus in Indien  
Lewe Paul / Ashutosh Nagda

52  
Ohne Mitte geht es nicht  
Das fragmentierte politische Zentrum und die Regierung Milei in Argentinien  
Jana Lajsic

62  
Die Krise als Chance  
Zu den Potenzialen gemäßigter Kräfte in Chile  
Olaf Jacob

71  
Die rosa Galaxie  
Wie linksautoritäre Netzwerke die Demokratien Lateinamerikas unterwandern und die politische Mitte beschädigen  
Sebastian Grundberger





*Im Gespräch*

Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

# „Viele Wähler sehen in den politischen Rändern die letzte Chance auf Veränderung“

Ein Gespräch mit den Frankreich-Expertinnen Anja Czymmeck und Nele Wissmann

**40**  
JAHRE  
**Ai**

## Die Frankreich-Expertinnen Anja Czymmeck und Nele Wissmann sprechen im Interview mit den Auslandsinformationen über das Erstarken der Populisten, die Lage der traditionellen Parteien und die wenig ausgeprägte Kompromisskultur im Land.

---

*Auslandsinformationen (Ai): Wer Texte über die politische Lage in Frankreich liest, dem begegnet häufig der Begriff der Polarisierung. Starke Ränder, schwache Mitte – lässt sich Frankreich so beschreiben, auch im Vergleich zu Deutschland?*

**Anja Czymmeck:** Zunächst muss man sagen: Eine gewisse Polarisierung ist in Frankreich zentraler Bestandteil des politischen Systems. Die fünfte Republik ist mit ihrem Mehrheitswahlrecht einfach so aufgebaut. Lange Zeit gab es zwei große Blöcke, das rechte und das linke Lager, die jeweils die Wahlen zwischen sich entschieden haben. Das hat sich geändert. In der Nationalversammlung gibt es nun drei ähnlich starke Blöcke, von denen keiner die absolute Mehrheit hat. Wir haben bei der jüngsten Regierungsfindung gesehen, dass das die Sache ziemlich kompliziert macht – auch weil es in Frankreich keine mit Deutschland vergleichbare Koalitions- und Kompromisskultur gibt. Es wird traditionell stark in politischen Polen gedacht.

Grundsätzlich kann man konstatieren, dass die Spaltung in Frankreich in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Es gibt eine große Unzufriedenheit mit der Politik, was die Bereitschaft stärkt, extreme Kräfte zu wählen. Die traditionellen Parteien, genannt werden können hier die Parti Socialiste und die Républicains, werden zunehmend verdrängt, die Ränder wachsen.

*Ai: Sie haben die jüngste Regierungsbildung angesprochen. Hintergrund war das Ergebnis der Parlamentswahl, die Präsident Emmanuel Macron nach dem Europawahl-Sieg des häufig als rechtsextrem bezeichneten Rassemblement National (RN) von Marine Le Pen überraschend ausgerufen hatte. Keines der Wahlbündnisse konnte eine absolute Mehrheit erringen, die Gespräche zur Regierungsbildung gestalteten sich entsprechend kompliziert. Macron ernannte schließlich den ehemaligen EU-Kommissar Michel Barnier als Premierminister, einen Politiker der Mitte-rechts-Partei Les Républicains, die bei den Wahlen ein Ergebnis von rund fünf Prozent erzielt hatte. Ist diese Lösung geeignet, politische Gräben zuzuschütten?*

**Czymmeck:** Barnier ist ein renommierter Politiker, der einen konservativen Kurs vertritt. Macrons Entscheidung für ihn war eine pragmatische. Er wollte vermeiden, jemanden mit der Regierungsbildung zu beauftragen, der umgehend durch ein Misstrauensvotum im Parlament gestürzt worden wäre – deshalb lehnte er den Vorschlag des linken Bündnisses ab, die Spitzenbeamtin aus der Pariser Verwaltung Lucie Castets zu ernennen.

Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

Die Gräben zuschütten wird diese Entscheidung allerdings nicht. Der linke Block fühlt sich übergangen. Dabei haben die linken Kräfte vorher mit Blick auf einen möglichen Kompromisskandidaten keinerlei Flexibilität gezeigt. Sie beharrten, obwohl sie keine ausreichende Mehrheit hatten, auf ihrer Kandidatin.

Für Barnier wird nun der Haushalt das zentrale Thema sein. Er muss einen Haushalt einbringen, der im Parlament eine Mehrheit bekommt. Dafür wird er vermutlich den Rassemblement National brauchen, der dadurch eine neue Machtstellung bekommt. Die Frage ist, wie lange diese Konstellation hält. Sollte Barnier seine Sache gut machen, könnte es sein, dass er dem RN irgendwann zu populär wird.



Renommierter Politiker: Der ehemalige EU-Kommissar Michel Barnier wurde nach der Parlamentswahl im Sommer Premierminister in Frankreich. Macrons Entscheidung für ihn folgte pragmatischen Erwägungen – die politische Linke aber zeigte sich erzürnt. Foto: © Sarah Meyssonier, AP, picture alliance.

*Ai: Sie haben die linken Kräfte erwähnt: Bei den Wahlen im Sommer traten diese ja gemeinsam in dem Bündnis „Neue Volksfront“ an, das am Ende knapp vorn lag. In Teilen der deutschen Öffentlichkeit wurde dieses Ergebnis mit großer Erleichterung aufgenommen, obwohl dem Bündnis ja auch Akteure wie Jean-Luc Mélenchon und seine Partei La France Insoumise angehören, die oft dem linksextremen Spektrum zugeordnet werden. Wie würden Sie das Bündnis bewerten?*

**Czymmeck:** Zunächst muss man sagen, dass es eine ziemliche Über-

raschung war, dass dieses Bündnis vor den Parlamentswahlen zustande kam. Zuvor war die Bildung einer solchen Allianz noch gescheitert, weil die gemäßigten Kräfte nicht mit den Linkspopulisten um Mélenchon übereinkamen, die in der Nationalversammlung sehr radikal auftraten. Es ist schon ein sehr ungewöhnlicher Zusammenschluss. Die Sozialisten etwa sind pro-europäisch und eine traditionell staatstragende Partei. Sie sind jetzt in einem Bündnis mit Linkspopulisten, bei denen man das Gefühl hat, dass sie einfach gegen alles sind. Sie schießen gegen die Rentenreform, die nur unter großer Mühe zustande gekommen ist. Was den Haushalt anbelangt, haben sie teilweise wirklich verrückte Ideen, wo sie überall Geld reinstecken wollen. Da fragt man sich schon, wie das alles finanziert werden soll.

Besonders gravierend sind sicher die unterschiedlichen Auffassungen zwischen den einzelnen Bündnispartnern im Feld der Außenpolitik. Die Linkspopulisten etwa vertreten mit Blick auf den russischen Angriff auf die Ukraine, auf die Europäische Union, aber auch auf Israel und den Krieg in Nahost Positionen, die schwierig sind: Im Rahmen des russischen Angriffskriegs hat sich die Partei La France Insoumise gegen eine entschiedene Unterstützung der Ukraine positioniert und geriert sich als „Friedenspartei“. Die Partei treibt bewusst das Bild einer EU als bürokratisches, undemokratisches Gebilde voran. Wirtschaftspolitisch wird eine Abschaffung des EU-Stabilitätspaktes gefordert, auch Freihandelsabkommen sind eine rote Linie für die Partei. Im Nahostkonflikt gibt sie sich sehr israelkritisch und Abgeordnete fallen immer wieder durch antisemitische Äußerungen auf. Was die Europäische Union oder den Krieg in der Ukraine angeht, gibt es da übrigens durchaus inhaltliche Überschneidungen mit dem rechten Rand. Auch die Rechtspopulisten sind ausgeprägt EU- und NATO-skeptisch. Was beiden Extremen außerdem gemein ist, ist ein skeptischer Blick auf Deutschland. Beide Parteien sind für die deutsch-französischen Beziehungen sehr schwierig, da sie bewusst ein Feindbild Deutschland aufbauen.

*Ai: Dass bei den Parlamentswahlen das Linksbündnis am Ende zumindest eine relative Mehrheit erringen konnte, lag nicht zuletzt daran, dass sich in vielen Wahlkreisen nach dem ersten Wahlgang die übrigen Parteien gegen die RN-Kandidaten zusammenschlossen, die den zweiten Wahlgang erreicht hatten. Von einer „republikanischen Front“ war in diesem Zusammenhang die Rede. Wie wurde denn in der rechten Mitte dieses Verfahren diskutiert, das ja in manchen Fällen auf die Unterstützung weit links stehender Kandidaten hinauslaufen konnte? Und ist dieses Verfahren eine nachhaltige Antwort auf das Erstarren der extremen Rechten?*

**Czymmeck:** Die republikanische Front hat seit dem großen Aufwind,

den der Rassemblement National - früher Front National - in Frankreich erfährt, verhindert, dass Rechtspopulisten an die Macht kommen. Inzwischen bröckelt diese Front aber deutlich. Während die Linkspopulisten für sich beanspruchen, Teil dieser Brandmauer zu sein, ist es für das bürgerlich-konservative Lager nicht vertretbar, für eine Partei wie La France Insoumise in einem zweiten Wahlgang Wahlempfehlungen auszusprechen. Für französische Wählerinnen und Wähler ergeben sich zum Teil sehr komplexe Situationen, wenn man gegen die Rechtspopulisten stimmen will, der Kandidat der Neuen Volksfront dann jedoch ein Vertreter der Mélenchon-Partei ist. Die Neuwahlen in diesem Sommer haben klar gezeigt, dass eine Wahlrechtsform in Frankreich voraussichtlich unabdingbar sein wird, wenn man die Wählerinnen und Wähler nicht komplett vor den Kopf stoßen will. Staatspräsident Emmanuel Macron hat bereits 2017 die Einführung von Elementen des Verhältniswahlrechts angekündigt. Eine Reform gab es jedoch bis heute nicht – eben weil man Angst hat, dass die Rechtspopulisten dann noch stärker im Parlament vertreten sind.

*Ai: Wie erklären Sie sich den Zulauf für die politischen Kräfte ganz links und ganz rechts?*

**Czymmeck:** Ich hatte es ja schon angedeutet: Meinem Eindruck

nach herrscht in Frankreich aktuell eine pessimistische Stimmung vor. Viele Franzosen haben wirtschaftliche Sorgen, sie haben Existenzängste. Ein großes Thema im Wahlkampf war beispielsweise die Kaufkraft. Auch die Migrationsfrage ist bedeutsam, obwohl Frankreich nicht so stark von irregulärer Zuwanderung betroffen ist wie Deutschland. Das sind Themen, die die Franzosen in die Arme der extremen Parteien treiben. Dazu kommt, dass sich gerade im ländlichen Raum viele Menschen abgehängt und nicht verstanden fühlen. Die Politik wird als arrogant und abgehoben wahrgenommen. Diese Stimmungen nutzen nicht zuletzt die Rechtspopulisten aus. Die Europawahl etwa haben sie stilisiert zu einem Plebiszit über sieben Jahre Macron-Regierung – die Unzufriedenheit sollte da abgeladen werden.

**Nele Wissmann:** Macron ist diese Unzufriedenheit der Franzosen durchaus bewusst. Es gab ja schon vor einigen Jahren Unruhen und die Gelbwestenbewegung. Macron versuchte, da gegenzusteuern, mit neuen basisdemokratischen Instrumenten wie Bürgerräten oder Konsultationen zu Themen wie dem Klimawandel. Man hat allerdings nicht das Gefühl, dass das wirklich zielführend war, auch weil Macron sehr viele Vorschläge der Bürger einfach gestrichen hat.



Ich habe den Eindruck, dass viele Wähler in den politischen Rändern so etwas wie die letzte Chance auf Veränderung sehen. Auch Macron hat einen Anteil an der Situation. Er hat die politische Landschaft mit seiner Sammelbewegung so zerrüttet, dass wir aktuell kaum noch moderate Gegenangebote haben. Er hat auch ganz bewusst das Bild eines Duells zwischen ihm und Le Pen aufgebaut. Dann heißt es: Entweder meine Bewegung oder die Rechtspopulisten. Deswegen haben die anderen Parteien auch nur sehr wenig Platz und die Bürger haben das Gefühl, dass dies das einzige Angebot ist, was es gibt.

*Ai: Schauen wir weg von den politischen Rändern. In Deutschland ist die sogenannte politische Mitte ja ein beliebter Ort, den Parteien gerne für sich reklamieren. Wie ist das in Frankreich? Welche Rolle spielt der Begriff „Mitte“ im politischen Diskurs?*

**Wissmann:** In Frankreich waren es lange Zeit die Sozialisten sowie die *Républicains* beziehungsweise deren Vorgängerpartei UMP, die als Regierungsparteien die linke und rechte Mitte repräsentierten. Das Zentrum als Ort der politischen Praxis gab und gibt es also – allerdings ist es weniger üblich, sich offensiv darauf zu beziehen. Man kann vielleicht *eine* Partei nennen, die ihre Identität explizit mit der politischen Mitte verknüpft, die sich als Zentrumspartei sieht. Das ist die Partei MoDem, die allerdings nicht viele Wähler hat. Eine Partei wie *Les Républicains* sieht sich eher als rechts, die sozialistische Partei eher als links.



Gewichtige Stimme: Der rechtspopulistische Rassemblement National von Marine Le Pen stellt als stärkste Einzelpartei die meisten Abgeordneten im Parlament. Foto: © Gonzalo Fuentes, Reuters, picture alliance.

**Czymmeck:** 2017, als Macron mit seiner Bewegung so erfolgreich war und Präsident wurde, haben nicht wenige gedacht, dass er eine Art neue Mittepartei schaffen würde. Seine Bewegung verstand sich ja weder als links noch rechts. Allerdings muss man sagen, dass sich Macron inzwischen doch deutlich nach rechts bewegt hat, wenn man in diesen Kategorien bleiben will. Das hat viele überrascht.

*Ai: Sie haben es eben gesagt: Viele Jahre waren es die bürgerlichen Républicains – früher unter anderen Namen – sowie die sozialdemokratisch geprägten Sozialisten, die in Frankreich dominierten und auch die Nachfrage in der Mitte bedienten. Damit scheint es vorbei zu sein. Bei der Präsidentschaftswahl 2022 kamen die Kandidatinnen der beiden Parteien lediglich auf knapp fünf beziehungsweise nicht einmal zwei Prozent der Stimmen. Auch bei den vergangenen Parlamentswahlen war man weit von der alten Stärke entfernt. Warum ist die Lage für die einstmals so prägenden Parteien so schwierig?*

Parteien. Dazu kommt, dass es den Rechtspopulisten um Le Pen gelungen ist, Themen wie Migration und Sicherheit nahezu komplett zu besetzen. Das ist gerade für die Républicains ein riesiges Problem. Die Sozialisten wiederum geraten durch den Populismus von links unter Druck.

Ganz generell muss man natürlich sehen, dass das Parteiensystem in Frankreich deutlich volatiler ist als etwa das in Deutschland. Auch die Républicains bestehen in der jetzigen Form ja noch nicht so lange und die Vorgängerpartei war auch eine Sammlungsbewegung aus konservativen, christdemokratischen und liberalen Strömungen. Aktuell herrscht gerade im bürgerlich-konservativen Lager wieder viel Bewegung, aus der auch ganz neue Verbindungen hervorgehen könnten.

*Ai: Können die traditionellen Parteien denn etwas tun, um ihre Lage zu verbessern?*

**Wissmann:** Zunächst: Es ist natürlich richtig, dass eine Partei wie die Républicains auf nationaler Ebene tatsächlich große Verluste hat hinnehmen müssen. Interessant ist aber, dass es auf kommunaler und regionaler Ebene anders aussieht. Da sind die Républicains durchaus erfolgreich. Daran zeigt sich, dass eine regionale Verankerung nach wie vor wichtig ist und von Wählern geschätzt wird. Viele wollen vor Ort dann doch lieber feste Strukturen statt Parteien, die eher wie ein Start-up agieren. Darauf muss eine Partei wie die Républicains setzen.

**Czymmeck:** Natürlich ist die Lage für die traditionellen Parteien schwierig. Im Parlament stellt inzwischen der Rassemblement National von Le Pen als stärkste Einzelpartei die meisten Abgeordneten. Aber wie wir bereits diskutiert haben, hat das seine Gründe. Wenn es der neuen Regierung um Michel Barnier gelingt, vernünftige Politik zu machen und dem Land Stabilität zu geben, kann daraus etwas erwachsen.

*Ai: Es waren absehbar die letzten Wahlen mit Emmanuel Macron als Präsident. Was aus seiner politischen Bewegung ohne ihn wird, ist kaum abzusehen. Kann man heute überhaupt seriös abschätzen, wo Frankreich in fünf Jahren politisch stehen wird?*

**Czymmeck:** Dafür bräuchte man eine Glaskugel. Das Parteiensystem

ist stark in Bewegung. Anders als in Deutschland ist es in Frankreich auch so, dass die Zugehörigkeit eines Politikers zu einer Partei deutlich loser ist. Parteienwechsel sind viel häufiger. Das erschwert Vorhersagen. Es wird erstmal interessant zu beobachten sein, wer sich an der Spitze von Macrons Partei Renaissance durchsetzen wird. Insgesamt schreckt schon auf, wie gespalten die politische Landschaft ist.

*Die Fragen stellten Sören Soika und Fabian Wagener.*

---

**Anja Czymmeck** ist Leiterin des Auslandsbüros Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Nele Wissmann** ist Beauftragte für Analyse, Bilaterale und Europäische Angelegenheiten im Auslandsbüro Frankreich der Konrad-Adenauer-Stiftung.



Foto: © David Canales, SOPA images, Sipa USA, picture alliance.

Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

# Polarisiert, aber existent

Die politische Mitte in Spanien

Ludger Gruber / Martin Friedek

**40**  
JAHRE  
**Ai**



Eine einheitliche „politische Mitte“ oder gar eine Partei des Zentrums existiert in Spanien nicht. Die großen Parteien positionieren sich dezidiert Mitte-links oder Mitte-rechts. Dieses moderate Maß an Polarisierung hat der spanischen Demokratie über Jahrzehnte nicht geschadet, sie sogar stabilisiert. In den vergangenen Jahren jedoch hat die Polarisierung ein Ausmaß erreicht, das die demokratischen Institutionen des Landes erodieren lässt. Treiber dieser Entwicklung sind unter anderem heterogene gesellschaftliche Wertvorstellungen, der Separatismus – und nicht zuletzt Ministerpräsident Pedro Sánchez.

---

Eine einheitliche „politische Mitte“ existiert in Spanien nicht. Bei den vergangenen Nationalwahlen 2023 konnten zwar die zwei maßgeblichen Parteien, die Mitte-rechts-orientierte Volkspartei PP (Partido Popular) sowie die von Mitte-links aus weiter nach links driftende Arbeiterpartei PSOE (Partido Socialista Obrero Español), jeweils mehr als 30 Prozent der Wähler auf sich vereinigen und zusammen knapp 65 Prozent erzielen. Auch die Verluste der linksextremen und rechtspopulistischen Parteien können vordergründig als Stabilisierung, gar Stärkung der politischen Mitte gewertet werden. Fakt ist jedoch, dass sich in Spanien keine der großen Parteien dezidiert als politische Mitte oder Zentrum (*centro*) definiert, sondern sich ideologisch allenfalls in den Begriffskombinationen Mitte-links- oder Mitte-rechts-Partei positioniert.

Der Terminus „politische Mitte“ ist unbestimmt beziehungsweise interpretationsoffen. Positionen oder Haltungen, die vor zwei Jahrzehnten zur Mitte gehörten, werden aus politisch-taktischen Gründen von extremen Kräften mittlerweile entweder „rechts“ oder „links“ verortet, um sie zu bekämpfen.<sup>1</sup> Historische Erfahrungen und eine zunehmende Polarisierung in den vergangenen Jahren erklären die geringe Neigung der spanischen Parteien, die Mitte oder das Zentrum für sich als politische Zielkategorie festzulegen.

### **Spanische Zentrumsparteien sind historisch gescheitert**

In der Transitionsphase von der Diktatur Francos zur vollständigen Demokratie in den Jahren 1975 bis 1982 spielte die zentristische UCD (Unión del Centro Democrático) unter der Führung des Ministerpräsidenten Adolfo Suárez eine maßgebliche Rolle. Im Namen und programmatisch als moderate, teils christsoziale, teils sozialliberale Reformpartei auf das Zentrum ausgerichtet, gelang es ihr, bei den ersten Nationalwahlen 1977 mit 165 von 350 Mandaten als Mitte-Partei die stärkste Kraft im Parlament zu werden. Aus dieser Stärke heraus konnte die UCD wegweisende Kompromisse mit Kräften des gesamten politischen Spektrums von rechts bis links schließen. In dieser politischen Ausnahmesituation schoben alle Parteien ideologische Differenzen punktuell beiseite, um die Transition voranzubringen. Gemäß Umfragen aus jener Zeit verorteten sich die meisten Spanier ebenfalls im Zentrum.

Gleichwohl gelang es der UCD nicht, ihr Mitte-Konzept dauerhaft zu etablieren. Heterogene innerparteiliche Strömungen transportierten gesellschaftliche Konfliktlinien mehr in die eigene Partei und die Regierung hinein, anstatt diese auf politische Wettbewerber zu projizieren. Die UCD wurde gewissermaßen Opfer ihres Erfolges. Solange Systemfragen zu lösen waren, konnte sie auch eher apolitische Wähler mobilisieren. Nach

Verabschiedung der demokratischen Verfassung im Jahre 1978 verlor ihr Mitte-Konzept jedoch an Relevanz. Stattdessen drängten konfliktive, ideologisch aufgeladene wirtschafts- und gesellschaftspolitische Fragen in den Vordergrund. Bei den Nationalwahlen 1982 stürzte die UCD auf 11 Mandate ab. Die erstarkte PSOE (202) sowie die Alianza Popular-PDP (107) teilten das Abgeordnetenhaus erstmals nach einer Mitte-links-/Mitte-rechts-Logik auf.

Mit dem Aufstieg und Fall von Ciudadanos ist auch der zweite Versuch in der jüngeren spanischen Geschichte gescheitert, sich als (neue) politische Gruppierung mit einem zentristischen Konzept zu etablieren. Die ursprünglich sozial-liberale Bürgerpartei (C's) wurde 2006 anfänglich als regionale, verfassungstreue Alternative

zur Sozialistischen Partei Kataloniens (PSC) gegründet, die sich zunehmend den katalanischen Separatisten angenähert hatte. Ciudadanos wuchs rasch und vermeintlich unaufhaltsam. Ihren Höhepunkt erreichte C's 2017 mit 36 von 135 Mandaten im Regionalparlament Kataloniens (25,35 Prozent) und mit 57 von 350 Mandaten im nationalen Parlament im April 2019 (15,9 Prozent). Sie schien auf dem Weg zu einer liberalen Partei in der Mitte zwischen der seinerzeit konservativeren PP und der sozialistischen PSOE.

Nach dem Scheitern der katalanischen Separatisten verlor C's rapide an Relevanz. In gewisser Weise wiederholte sich Geschichte: In dem Maße, wie die katalanische Unabhängigkeitsbestrebung als vorübergehende politische Ausnahmesituation in den Hintergrund trat, fiel es der Partei

**Abb. 1: Politisch-ideologische Selbstverortung der Spanier (stichprobenartig 2004 bis 2024, in Prozent)**

		Mai 2004			Mai 2009	Mai 2014	Mai 2019	Mai 2024				
1	Linksextrem	2,1	6,4	37,2	59,2	54,2	55,3	55,8	62,2	38,4	18,9	13,3
2	Linksextrem	4,3										5,6
3	Mitte-links	15,1	30,8								19,5	10,8
4	Mitte-links	15,7		8,7								
5	Mitte	21,4	29,3	29,3	31,8	31,8	23,8					
6	Mitte	7,9						8,0				
7	Mitte-rechts	5,0	7,9	9,1	17,0	22,0	17,6	21,7	31,1	23,1	13,6	7,4
8	Mitte-rechts	2,9										6,2
9	Rechtsextrem	0,5	1,2								1,8	
10	Rechtsextrem	0,7		7,7								
–	Unentschieden	10,9	10,9	10,9	10,9	11,6	13,6	7,7	1,7	1,7	1,7	1,7
–	Keine Antwort	13,5	13,5	13,5	13,5	12,3	13,6	4,8	5,1	5,1	5,1	5,1

Die Umfrage bezeichnet in der Originalsprache lediglich die Werte 1 mit links und 10 mit rechts. Zum besseren Verständnis wurde jedem Wert eine ungefähre ideologische Positionierung beigefügt, die sich mit der durch die Fundación Alternativas angewandten Terminologie deckt, siehe Cordero García, Guillermo / Martín Cortés, Irene 2010: ¿Quiénes son y cómo votan los españoles „de izquierdas“?, in: <https://ogy.de/tgx6> [03.07.2024]. Quelle: basierend auf Centro de Investigaciones Sociológicas (CIS) 2024: Barómetro de mayo 2024, Studie Nr. 3457, 05/2024, in: <https://ogy.de/73o2> [03.07.2024] sowie den jeweiligen Monatsbarometern im Vergleich, CIS 2024: Barómetros, in: <https://ogy.de/6z7n> [03.07.2024].



immer schwerer zu vermitteln, für welche politische Richtung sie zuverlässig stehe. Geradezu widersprüchliche Positionierungen im Spektrum von liberal-konservativ bis sozialliberal seitens einiger Regionalverbände sowie taktische Koalitionsmanöver sowohl mit der PP als auch der PSOE förderten das Negativimage von Ciudadanos, ein unsicherer, undefinierter und letztlich überflüssiger politischer Akteur zu sein. Nach einigen Jahren der Agonie verschwand C's in den Wahlen 2023/2024 aus allen regionalen, dem nationalen und dem Europäischen Parlament.

## Die spanische Gesellschaft hat sich zunehmend politisiert.

Es lohnt sich, diese ereignisgeschichtlichen Entwicklungen mit der ideologischen Selbstverortung der spanischen Wahlbevölkerung im politischen Spektrum zu kontrastieren. Nur ein knappes Drittel der spanischen Wähler verortet sich heute wie vor 20 Jahren politisch in der engeren Mitte (31,8 Prozent). 38,4 Prozent der Wähler sehen sich im politischen Spektrum im Bereich Mitte-links bis nach linksaußen, nur 23,1 Prozent im Bereich Mitte-rechts bis nach rechtsaußen. Die spanische Gesellschaft verortet sich in Summe folglich eher links von der Mitte.

Die Zahl derjenigen, die sich selbst als linksextrem bezeichnen, hat sich in den vergangenen zwei Jahrzehnten mehr als verdoppelt. Analog hat sich die Zahl derjenigen erhöht, die sich als rechtsextrem einstufen. Aus dem zusätzlichen Befund, dass es gegenwärtig erheblich weniger Unentschiedene gibt, lässt sich schlussfolgern, dass sich die spanische Gesellschaft zunehmend politisiert hat (siehe Abb. 1).

An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, dass die Bezeichnung „rechtsextrem“ in Spanien inhaltlich wenig deckungsgleich mit der deutschen Definition von Rechtsextremismus ist. Zudem ist die spanische Besonderheit zu beachten, dass sich viele regionalistische Wähler „automatisch“

als „links“ empfinden, weil sich die spanische Linke – im Unterschied zu vielen eher unitarisch-zentralistisch denkenden Sozialisten in Europa – als Befürworterin weitergehender Autonomierechte positioniert hat. Das hat seine historischen Gründe in der Opposition zum frankquistischen Einheitsstaat.

### Werben um die „stille Mehrheit“

Den großen Parteien PP und PSOE ist in Anbetracht dieser Zahlen bewusst, dass sie strategisch etwas Doppeltes schaffen müssen: Zum einen gilt es, ihrer jeweiligen Kernwählerschaft den Wunsch nach einer eindeutigen ideologischen Positionierung zu erfüllen, was eine für die Mitte typische „Sowohl-als-auch-Programmatik“ verhindert. Auf der anderen Seite müssen sie immerhin knapp 32 Prozent der Stimmberechtigten ansprechen, die sich in der engeren Mitte verorten. Man spricht von der „strategischen Zentralität“ oder von der „stillen Mehrheit“ der eher apolitischen Bürgerschaft, um die sich die PP und PSOE bemühen. Konkret pflegten sie traditionell in Wahlkämpfen und in der täglichen politischen Rhetorik eine dezidierte ideologische Links-rechts-Unterscheidung, zeigten sich jedoch in der Regierungspraxis eher moderat.

Wie komplex und auch riskant ein solcher Spagat ist, lässt sich an der PP aufzeigen. Ende 2011 definierte sich diese nach dem Erringen der absoluten Mehrheit bei den Parlamentswahlen als „reformistische Partei des Zentrums“. Zur Zeit dieser intendierten programmatischen Verschiebung der PP in die Mitte entstand ab 2013 die rechtspopulistische Partei Vox, de facto eine Abspaltung der PP. Vox erreichte zum Zeitpunkt der größten Schwäche der PP bei den Nationalwahlen im November 2019 ihre größte Stärke mit 52 von 350 Abgeordneten. Es war ein klares Signal des Protestes und der Ablehnung der Vox-Wähler von Mitte-Positionen und der empfundenen „Verwässerung“ von Haltungen zur Verfassungstreue, zur parlamentarischen Monarchie, zum Patriotismus, zur Familie etc. In diesem Fall war die Hinwendung zur engeren Mitte ab 2011 kein Schritt zu höheren Stimmenanteilen für die PP, sondern bereitete im Gegenteil den



Mittendrin: Alberto Núñez Feijóo, Vorsitzender der Volkspartei PP, tritt moderat auf und versucht, unterschiedliche Milieus zu erreichen. Foto: © Alberto Gardin, Zuma Press, picture alliance.

Weg für einen politischen Konkurrenten, der zumindest anfänglich „aus eigenem Fleische“ war, nämlich Vox.<sup>2</sup>

## In Spanien muss von Polarisierungen im Plural gesprochen werden.

Der gegenwärtige Parteivorsitzende Alberto Núñez Feijóo versucht, durch ein dezidiert moderates Auftreten und durch ein programmatisch versöhnendes Angebot an sehr unterschiedliche Milieus die „strategische Zentralität“ zu nutzen. Denn das Ergebnis der Nationalwahlen 2023 hat

aufgezeigt, dass die PP ausschließlich mit der Wählerschaft rechts von der Mitte keine Mehrheiten für eine von ihr geführte Regierung erreichen wird. Mit dem Appell an Zentralität und Mäßigung möchte Feijóo auch eine Situation überwinden, für die er berechtigterweise die gegenwärtige Linksregierung und vor allem deren Chef Pedro Sánchez maßgeblich verantwortlich macht: die enorme Polarisierung der politischen Kultur. Feijóo bezeichnet die PP seit 2023 in diesem Sinne als „Mitte-rechts-gerichtete Reformpartei“.

### Ausprägungen der Polarisierung

Interne wie externe Beobachter beschreiben eine stark gestiegene Polarisierung in Spanien. So richtig dieser Befund ist, so notwendig erscheint



es, zwischen einer konstruktiven, die spanische Demokratie sogar stabilisierenden Polarisierung auf der einen Seite und einer autoritären, die politische Kultur beschädigenden, gar systemgefährdenden Polarisierung auf der anderen Seite zu differenzieren. Mehr noch muss in Spanien von Polarisierungen im Plural gesprochen werden.

### *Polarisierung durch Fragmentierung des Parlaments*

In den Anfangsdekaden der jungen spanischen Demokratie bildete sich ein stabilisierendes Zweiparteiensystem heraus (*bipartidismo*). Das bedeutete nicht, dass es nur zwei Parteien gab. Im Gegenteil charakterisierte das spanische Parteiensystem seit jeher eine Vielzahl von Parteien. Aber die PP und die PSOE als faktische Volksparteien waren die mit Abstand größten politischen Kräfte, stellten seitdem immer, und gelegentlich alternierend, den Regierungschef und hatten kleine Partner an ihrer Seite. Es gab nicht die Mitte im engeren Sinne – die Wähler konnten zwischen dezidiert unterschiedlichen Alternativen wählen. Die Partner waren so klein, dass im Kern die Programmatik der Großen umgesetzt werden konnte.

## **Partielle Territorialkonflikte verschärfen die Polarisierung.**

Dieses alternierende System der Machtverteilung brachte nach der Finanzkrise 2008/2009 die Antisystem-Partei Podemos, bereits ab 2006 die liberale Ciudadanos und 2013 die rechtspopulistische Partei Vox hervor. Den Herausforderern Podemos und Ciudadanos gelang es in der Folge fast, die beiden etablierten Parteien PSOE respektive PP in Abgeordnetenmandaten zu überholen (*sorpasso*). So gewann Podemos bei den Neuwahlen 2016 mit 5,1 Millionen fast genauso viele Stimmen wie die traditionelle Arbeiterpartei PSOE, die 5,4 Millionen Stimmen erhielt. Ciudadanos holte im April 2019 nur 9 Mandate weniger (57 Sitze) als die PP (66). Mit diesem

erhöhten Gewicht der neuen Parteien wurde das politische System instabiler. Seit 2015 gab es fünf Neuwahlen des Abgeordnetenhauses und des Senats mit seitdem relativ fragilen Minderheitsregierungen und einer Zersplitterung in bis zu 19 Parteien im Parlament. 2019 kamen PSOE und PP bei beiden Wahlen auf nur noch rund 11,8 Millionen Stimmen – weniger als 50 Prozent der abgegebenen Stimmen.

Die nationalistischen Regionalparteien waren aufgrund des sie begünstigenden Wahlsystems seit jeher im Parlament vertreten, steigerten jedoch aufgrund der knappen Mehrheitsverhältnisse überproportional ihre Gestaltungs- oder eher Verhinderungsmacht. Politische Gruppierungen wie die linksextremistische baskische EH Bildu, eine Nachfolgeorganisation der Batasuna, des verbotenen politischen Arms der Terrororganisation ETA, profitierten von einer zunehmenden „Normalisierung“, gar Aufwertung insbesondere durch Pedro Sánchez. Gegenwärtig hängt die Minderheitsregierung Sánchez von der Nachfolgeorganisation von Podemos, der Wahlplattform Sumar, sowie von den vier nationalistisch-separatistischen Parteien des Baskenlands und Kataloniens ab. Diese können nun regionalistische Maximalforderungen wie die Amnestie verurteilter Auführer, Kompetenzübertragungen oder finanzielle Erleichterungen zulasten Gesamtspaniens durchsetzen.

Diese partiellen Territorialkonflikte verschärfen die Polarisierung in Spanien. Eine Art Koalition zwischen PSOE und PP ist derzeit undenkbar. Die existierenden Barrieren zu den Randparteien sind in vielen Fällen noch unüberwindbarer: So lehnen Podemos, EH Bildu, Esquerra Republicana, CUP und der Galizische Block jedwede aktive Zusammenarbeit mit der PP ab. Denn dies würde bei ihren eigenen Wählern einen vielleicht irreparablen Ansehensverlust bedeuten.

Pedro Sánchez sichert sein politisches Überleben maßgeblich durch Polarisierung. Bereits in seiner vergangenen Regierungszeit lehnte er grundsätzlich Vereinbarungen mit der gemäßigten PP ab

und schloss diese bevorzugt mit Extremisten und Separatisten. Seine Wahlkämpfe waren rhetorisch und inhaltlich auf ein dichotomes „Wir“ oder „Die“ reduziert. Unter dem „Wir“ verstand er alle „progressiven“ Kräfte, also alle, die nicht PP oder Vox sind – unabhängig von ihren inhaltlichen Positionen. Unter dem „Die“ subsumierte er PP und Vox, die er grundsätzlich in einem Atemzug als die „Rechte und extreme Rechte“ bezeichnete, gegen die seine progressive Mehrheit einen Damm, gar eine „Mauer“ errichten müsse. Damit hat Sánchez die Hälfte der Spanier aus dem demokratischen Spektrum herausdefiniert.

#### *Polarisierung aufgrund differierender wirtschafts- und gesellschaftspolitischer Vorstellungen*

Wirtschaftspolitisch sehen wir auch in Spanien die klassische Polarisierung zwischen der eher etatistisch orientierten Linken und der eher liberal orientierten Rechten. Es ist aber positiv zu konstatieren, dass insbesondere in den Autonomen Regionen (analog Bundesländer) sowohl die PP als auch die PSOE weniger ideologische, sondern stärker pragmatische Ansätze verfolgen.

### **Aus Sicht der Partido Popular hat die Linksregierung die Gesellschaft eher gespalten.**

Eine weitere, tiefere Schicht der Polarisierung dürfte ein fundamental unterschiedliches Welt-, Gesellschafts- und Familienbild zwischen den Lagern sein, das nur schwer mit Verhandlungen aufgelöst werden kann. Die Regierung Sánchez und insbesondere der Koalitionspartner Podemos beziehungsweise Sumar verabschiedeten gesellschaftspolitische Gesetze, die der Überzeugung folgten, dass Institutionen wie „die Parteien“, „die Familie“, „die Kirche“, aber auch der repräsentative Parlamentarismus im Kern undemokratisch seien. Ihrer Meinung nach unterdrücke „das System“ benachteiligte Kollektive („die Migranten“, „die Frauen“ usw.). Von diesen „Mächten“ müssten die betroffenen

Kollektive durch die Politik emanzipiert werden, was durch den Vorrang sozialer Rechte vor den individuellen Bürgerrechten gelingen soll.

Beispiele für diese Haltung sind Gesetze, dass Minderjährige ohne Zustimmung der Eltern abtreiben oder ihr Geschlecht umwandeln können. Aus dem Bildungssystem sollen die Eltern immer weiter herausgedrängt werden. Eltern wehren sich und kritisieren, dass staatliche Stellen zunehmend die Ideologie von Podemos, Sumar und der PSOE in den Unterricht transportierten.

Alle Maßnahmen dienen aus Sicht der Linken dem „Fortschritt“ und der „Modernisierung“ Spaniens. Die PP stemmt sich aus tiefer Überzeugung gegen diese Trends. Aus ihrer Sicht hat die Linksregierung die Gesellschaft eher gespalten. Man wolle als PP entgegen der Wahlkampfpolemik der Linken nicht zu alten Zuständen zurück, sondern Übertreibungen zurücknehmen und beispielsweise den kooperativen und nicht den konfrontativen Feminismus fördern. In jedem Fall ist die Gesellschaftspolitik eine weitere Quelle der Polarisierung.

#### *Polarisierung als Ausdruck eines divergierenden Demokratieverständnisses*

Seit Jahren konstatieren politische Beobachter eine Erosion der Institutionen in Spanien. Dazu zählt eine beispiellose Politisierung der Justiz, die in den jahrelangen, erst kürzlich beigelegten Konflikten um die Besetzungsverfahren am spanischen Verfassungsgericht (Tribunal Constitucional) und in der Obersten Justizbehörde, dem Generalrat der Judikative (Consejo General del Poder Judicial, CGPJ), zum Ausdruck kamen.

Hinter der Blockade stehen zunächst einmal handfeste politische Interessen. Wer an den Schalthebeln der Justiz sitzt, verfügt über eine höhere Umsetzungsmacht von politischen Entscheidungen. Die PP warf der PSOE das Unterlaufen der Gewaltenteilung vor, weil Sánchez systematisch politische Getreue in Spitzenpositionen öffentlicher Institutionen über die Justiz hinaus platziert. Umgekehrt lautete der Vorwurf



der PSOE an die PP, die neuen Machtrealitäten nicht anerkennen sowie überkommene Machtstrukturen erhalten zu wollen.

Im Juni 2024 trat ein hoch umstrittenes Amnestiegesetz für noch strafverfolgte sowie bereits rechtskräftig verurteilte Rädelsführer des verfassungswidrigen katalanischen Unabhängigkeitsreferendums vom 1. Oktober 2017 in Kraft. Bis zu den Nationalwahlen am 23. Juli 2023 hatte Sánchez ein solches Gesetz stets ausgeschlossen, weil er dieses für verfassungswidrig hielt. Dieser Auffassung ist bis heute eine deutliche Mehrheit der Verfassungsexperten und der Richterschaft.

## Das Demokratieverständnis zwischen den politischen Lagern driftet auseinander.

Jenseits aller juristischen Implikationen ist politisch relevant, dass hier die Justiz der Politik in mehrfacher Hinsicht unmittelbar unterworfen wird. Es handelt sich faktisch um einen Deal: Straffreiheit für Machterhalt. Konkret sicherte sich Sánchez die erforderlichen sieben Stimmen der katalanischen separatistischen Partei Junts per Catalunya für seine Wiederwahl, indem er das Recht speziell für deren Anführer und zu deren Gunsten änderte.

Die darauffolgende massive Kritik an diesem Unterlaufen der Gewaltenteilung und des Gleichheitsgrundsatzes aller Bürger vor dem Gesetz durch weite Teile der Gesellschaft und viele Berufsverbände tat Sánchez jedoch mit dem Argument ab, es handele sich lediglich um eine vermeintliche „faschistische Sphäre (*fachosfera*), die seine Regierung stürzen wolle“.<sup>3</sup> Die Justiz fühlt sich diskreditiert. Dazu trägt die Intention von PSOE und Junts bei, sogenannte Kontrollkommissionen im Parlament einrichten zu wollen, die Urteile der Gerichte „überprüfen“ sollen. Dahinter steckt der Vorwurf des „Lawfare“.<sup>4</sup>

Eine weitverbreitete kritische Berichterstattung über Korruptionsskandale im engsten politischen

und gar familiären Umfeld von Sánchez führte zur Ausweitung seiner Grundsatzkritik auf die ihn kritisierenden Medien. Sánchez kündigte „Maßnahmen zum Erhalt der Demokratie“ an. Folgerichtig sieht man hierin einen Versuch der Einschüchterung und einen Angriff auf die Pressefreiheit. Wenig überraschend tragen diese Ereignisse erheblich zur Polarisierung bei. Hier gibt es nur ein Für oder ein Wider, aber keine mittlere, moderierende Position.

Diese Vorgänge und vor allem der Umgang mit ihnen offenbaren ein auseinanderdriftendes Demokratieverständnis. Sánchez und seine engsten Mitstreiter sehen sich als progressive Erneuerer der Demokratie, in der der Wille des Volkes unmittelbar wirksam werden müsse. Dieser dürfe nicht von überkommenen Machtstrukturen in Institutionen, die seit jeher vermeintlich von der „Rechten“ dominiert seien, in ihrem Fortschritt und ihrer Willensausübung behindert werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die PSOE bisher auf nationaler Ebene insgesamt 27 Jahre regiert hat, die PP nur 14,5 Jahre und die Sozialisten folglich deutlich mehr Einfluss auf die Konfiguration des spanischen Politik- und Justizsystems ausgeübt haben als die PP. Diesen Sachverhalt kehrt Sánchez nun jedoch rhetorisch um, weil er keine klare Mehrheit besitzt. Zugespitzt formuliert müsse – so das linke Narrativ – die Demokratie „demokratisiert“ werden. Obgleich die vielen Wahlen 2023/2024 gerade den linken Parteien objektiv empfindliche Wahlniederlagen bescherten, postulieren die Wahlverlierer in Anspielung auf eine reine Addition aller Kräfte jenseits von PP und Vox eine „soziale Mehrheit“. Damit wird der vollständige Ausschluss der Parteien rechts der Mitte von politischen Entscheidungen legitimiert.

Was Sánchez als Verbesserung der Demokratie deklariert, halten seine Gegner diametral entgegengesetzt für eine massive Beschädigung der repräsentativen, auf Gewaltenteilung gründenden Demokratie Spaniens. Sie erkennen im Umgang mit dem Recht und in den Angriffen auf Justiz und Presse Anzeichen eines systemverändernden, schleichenden Autoritarismus. Für die PP und Vox ist die Verfassung von 1978 die

Krönung der einigenden Transition im Übergang von der franquistischen Diktatur zur vollständigen Demokratie, die keinesfalls angetastet werden dürfe.

Es entwickelt sich demzufolge eine neue Polarisierung: repräsentative Demokratie versus eine an lateinamerikanischen bolivariischen Vorbildern wie Venezuela, Bolivien oder Ecuador orientierte „Populardemokratie“. Eine besorgniserregende Negativdynamik ist im Gange, die eine moderierende Mitte derzeit nicht zulässt.

## **Putins Ultrationalismus übt eine gewisse Anziehung auf links- und rechtsextreme sowie separatistische Bewegungen in Spanien aus.**

---

### **Geopolitischer Kontext der Polarisierung**

Dabei ist die Polarisierung in Spanien, wie auch in anderen EU-Staaten und weltweit, nicht nur durch innenpolitische Gründe bestimmt. So versucht Russland, Einfluss auch auf Spanien zu nehmen. Wladimir Putins konservativer und religiöser Ultrationalismus übt eine gewisse Anziehung auf links- und rechtsextreme sowie separatistische Bewegungen in Spanien aus.

Die linksaußenstehenden Parteien Sumar und Podemos haben den Stalinismus, der viele Millionen Opfer forderte, nie offiziell verurteilt. Sumar und Podemos zeigen zudem Verständnis für Putins Expansionskurs nach Westen als vermeintliche Gegenbewegung zur NATO, die sie ablehnen. Beide sind seit 2022 in der Lage, spanische Waffenlieferungen an die Ukraine dank ihrer Koalitionsbeteiligung relativ niedrig zu halten.

Die gerichtlichen Verhandlungen wegen des Vorwurfs des Landesverrats im Kontext des verfassungswidrigen Referendums in Katalonien vom 1. Oktober 2017 laufen noch. Unter anderem ist die Unterstützung Putins für den

damaligen Regionalpräsidenten Carles Puigdemont mittels Agenten sowie medialer Botschaften zu bewerten.

Bei der nationalkonservativen bis rechtspopulistischen Vox wiederum verfängt der Diskurs des religiösen und nationalistischen Patriotismus immer stärker. Nachdem sie vor kurzem ihren liberalen Flügel gekappt hat, driftet die nationale Parteiführung um Santiago Abascal immer weiter in Richtung eines ostwärts gerichteten Ultrationalismus ab, was sich im Europäischen Parlament in ihrer Abwendung von der Fraktion der Europäischen Konservativen und Reformer (EKR) und der Hinwendung zu den identitären „Patrioten“ um Viktor Orbán zeigt.

Russische Trollfarmen in den sozialen Medien speisen ihre polarisierenden Botschaften in alle genannten Wählersektoren hinein. Zudem gibt es immer wieder Gerüchte und Ermittlungen zu vermeintlichen russischen Geldzahlungen an russlandfreundliche Randparteien und -medien in Spanien.

### **Polarisierung und Funktionalität des politischen Systems**

Auf nationaler Ebene sind die Auswirkungen der multiplen Polarisierungen am stärksten wahrzunehmen – bis hin zu Reformblockaden. Der PP-Vorsitzende Feijóo hatte Pedro Sánchez mehrere sogenannte Staatspakete zur Territorialordnung, zur Wirtschafts- und Sozialpolitik, zu den Außenbeziehungen Spaniens und so weiter angeboten. Doch solange Sánchez von der Polarisierung mehr profitiert als von einer Kooperation mit der größten Oppositionspartei, wird es dazu nicht kommen.

Die Regierung Sánchez hat aufgrund ihrer Heterogenität kein gemeinsames politisches Projekt jenseits der Leerformel *progresismo* (Fortschritt). Beispiele: Sánchez sagt auf den NATO-Gipfeln das Zwei-Prozent-Ziel zur Stärkung der Verteidigungsfähigkeit insbesondere Europas zu – sein Koalitionspartner Sumar ist dagegen. Die nationalistisch-separatistischen Regionalparteien verlangen Kompetenzübertragungen,



Schuldenerlasse und weitere finanzielle Vorteile, was sogar PSOE-Vertreter aus den übrigen autonomen Regionen kritisieren, weil sie eine Ungleichbehandlung sehen. Wirtschafts- und sozialpolitisch trennen die linken und rechten Parteien, die die Regierung stützen, Welten. Ein Haushalt für das Jahr 2024 konnte wegen zu großer Differenzen nicht aufgestellt werden. Ob es einen neuen Haushalt für 2025 geben wird, ist ebenfalls noch unsicher.

Der Vorteil Spaniens liegt in seiner ausgeprägt föderal-autonomen Struktur. So werden die Blockaden auf nationaler Ebene durch handlungsfähige Regionalregierungen kompensiert. Auch die spanische öffentliche Verwaltung arbeitet gut. Den Provinzstädten gelingt es ungeachtet aller Probleme, Innovation, Digitalisierung und industrielle Entwicklung voranzutreiben. Das Land ist umweltpolitisch sehr aktiv, obwohl es keine dezidiert grüne Partei gibt.



Viel schwarz-weiß: Im politischen Weltbild von Pedro Sánchez stehen sich die Guten – sprich: die Linken – und die Bösen – sprich: die Rechten – gegenüber. Auch wegen dieser Rhetorik hat die Polarisierung in Spanien zuletzt das gesunde Maß überschritten. Foto: © Daniel Ochoa de Olza, AP Photo, picture alliance.

Es ist auch nochmals daran zu erinnern, dass sich der Wähleranteil für die gemäßigten Volksparteien bei den jüngsten Nationalwahlen auf knapp 65 Prozent erhöht hat. Die extremen Parteien Sumar und Podemos auf der linken sowie Vox auf der rechten Seite haben signifikant verloren und kommen jeweils nur noch auf ein Drittel der Stimmen der großen Parteien. Die regionalen Parteien haben ebenfalls an Wählerückhalt verloren. Ihr gegenwärtiger übermäßiger Einfluss auf die Politik ist auf die fragile Lage Sánchez' zurückzuführen und dürfte deshalb nur vorübergehend sein. All diese Fakten stabilisieren Spanien in der erweiterten Mitte.

## Eine konstruktive Polarisierung bietet dem Wähler Alternativen.

---

Und nicht jede Polarisierung ist nachteilig. Demokratie lebt vom Pluralismus der Konzepte und Meinungen. Eine konstruktive Polarisierung bietet dem Wähler Alternativen. Eine starke Opposition stärkt auch die Demokratie. Jede Ablehnung von Regierungsvorschlägen als „Polarisierung“ zu brandmarken, verletzt das Wesen jeglichen Parlamentarismus. Gefährlich wird die Polarisierung jedoch dort, wo sie so radikal ist, dass sie das gemeinsame Demokratieverständnis und die gemeinsame Verfassungsgrundlage verlässt.

### Mehr Kooperation, weniger Spaltung?

In Spanien gibt es keinen vergleichbaren Drang in die politische Mitte wie in Deutschland. Aufgrund unterschiedlicher historischer Erfahrungen bekennt man sich offen dazu, links oder rechts zu sein. Die Kategorie „rechts“ in Spanien ist trotzdem noch weit entfernt von extremistischem oder gar faschistischem Denken gemäß den Kriterien des Bundesamtes für Verfassungsschutz, auch wenn im Blick zu behalten ist, inwiefern sich Vox durch die Annäherung an Viktor Orbán radikalisiert. Die PSOE ist (noch) vergleichbar mit der deutschen Sozialdemokratie. Dass die Anführerin der Kommunistischen

Partei stellvertretende Regierungschefin sein kann, lässt sich mit dem Fehlen der Erfahrung einer kommunistischen Diktatur in Spanien erklären.

Die Mehrheit der spanischen Bevölkerung wünscht sich eine eindeutige Positionierung ihrer jeweiligen Parteien. Eine solche Klarheit könnte aus ihrer Sicht keine sogenannte „Mitte-Partei“ schaffen, bei der es zu viele vermeintliche „Sowohl-als-auch-Positionierungen“ zu zentralen Fragen wie beispielsweise mehr oder weniger Staat in Wirtschaft und Bildung, mehr oder weniger nationale Einheit oder mehr oder weniger Privatheit in Erziehungsfragen gäbe. Dennoch bemühen sich die großen Volksparteien vor Wahlen um die weltanschaulich nicht stark gebundenen, volatilen Wählergruppen im sogenannten strategischen Zentrum, um Mehrheiten zu erringen.

Eindeutige Positionierungen bedeuten in der Binnen- und auch Außenwahrnehmung eine stärkere Polarisierung der politischen Kultur. Bis zu einem gewissen Grad stabilisiert das Angebot echter Alternativen die spanische Demokratie. Wir erleben aktuell jedoch, dass insbesondere Ministerpräsident Pedro Sánchez die Polarisierungen als Mobilisierungsinstrument und politische Überlebensstrategie einsetzt. Sichtbarstes Zeichen dafür ist seine rigorose Ablehnung von Kompromissen mit der größten (Oppositions-) Partei im aktuellen Spanien, der Partido Popular.

Im Umkehrschluss besteht die Hoffnung, dass die gegenwärtige Verschärfung der Polarisierung möglicherweise temporär ist. Sobald Pedro Sánchez kein Regierungschef und PSOE-Vorsitzender mehr ist, kann es einen Weg zurück zu mehr Moderation und Kooperation zwischen den großen Parteien und damit im politischen Zentrum geben. Einen Grund für diesen optimistischen Ausblick bietet eine komparative Analyse der Wahlprogramme zu den Kommunal-, Regional- und Nationalwahlen 2023. Sie liefert den überraschenden Befund, dass insbesondere die Positionen der großen Parteien PP und PSOE hinsichtlich der „realen Probleme“ der Gesellschaft – etwa Arbeitsplätze, Inflation,

Gesundheitswesen, Bildung, Gerechtigkeit, Umwelt oder Finanzen – in weiten Teilen durchaus kompatibel sind. Unbestreitbar propagiert die PP bevorzugt liberale Lösungen vor allem in der Wirtschaftspolitik, während die PSOE vorzugsweise auf die lenkende und aktive Rolle des Staates vertraut, um das unterstellte „Marktersagen“ zu korrigieren. Die PP setzt auf die Stärkung des Individuums in der Sozial-, Familien- und Bildungspolitik, die PSOE eher auf gemeinschaftliche Institutionen. Anders als in den Wahlprogrammen von Vox oder Podemos sind jedoch weder bei der PP noch bei PSOE extreme, unversöhnliche Politikansätze enthalten. Koalitionen oder zumindest punktuelle Vereinbarungen (*pactos*) wären durchaus möglich.

Die Besetzung der Mitte ist kein politisches Ziel der spanischen Parteien. Gleichwohl ist es Spanien gelungen, mit einem markanten, strukturell moderat polarisierenden erweiterten Zweiparteiensystem eine stabile Demokratie aufzubauen. Fast gegenläufig zum europäischen Gesamttrend verlieren in Spanien in Wahlen extreme Kräfte im linken, rechten und separatistischen Spektrum an Rückhalt in der Bevölkerung. Es gilt zu beobachten, ob und welche langfristigen Folgen die negative Polarisierung durch die Regierung Sánchez für die Demokratie zeitigen wird.

---

**Dr. Ludger Gruber** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung für Spanien und Portugal mit Sitz in Madrid.

**Martin Friedek** ist Wissenschaftlicher Mitarbeiter im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung für Spanien und Portugal.

- 1 Mueller, Jan-Werner 2021: Welche Bedeutung hat die politische Mitte noch?, Project Syndicate, 30.11.2021, in: <https://ogy.de/86lo> [11.09.2024].
- 2 Das schlechte Abschneiden der PP bei den Wahlen 2015 und 2016 ist nicht nur auf die programmatische Verengung auf eine ideologiefreie Mitte zurückzuführen, sondern auch auf die Auswirkungen der harten Spar- und Reformprogramme auf die Bevölkerung. Nach dem Rücktritt Mariano Rajoy trat sein Nachfolger Pablo Casado den Parteivorsitz 2018 mit dem Slogan einer „ideologischen PP ohne Komplexe“ an, der ihn jedoch mehrmals in inhaltliche und strategische Abgrenzungsschwierigkeiten zu Vox brachte, etwa beim Thema Abtreibungsrecht. Die Zersplitterung des Mitte-rechts-Lagers war bei den Kongresswahlen im April 2019 folglich maximal (Ciudadanos, PP, Vox) und die PP fuhr ihr historisch schlechtestes Ergebnis ein.
- 3 Onda Cero 2024: Pedro Sánchez cree que hay una „fachosfera“ que busca „derrocar al Gobierno“, 29.01.2024, in: <https://ogy.de/pbnj> [11.09.2024].
- 4 Die katalanischen Befürworter der Unabhängigkeit behaupten seit Jahren in Bezug auf ihr in vielen Fällen gerichtlich einwandfrei als verfassungswidrig und/oder strafbar festgestelltes Handeln, das spanische Justizsystem werde als politische Waffe gegen sie eingesetzt. Neu ist, dass ein Ministerpräsident wie Pedro Sánchez, dem eine klare Regierungsmehrheit fehlt, sich diese Argumentation nun ebenfalls gegen die spanische Judikative, die politische Opposition und kritische Medien zu eigen macht. Dies erstaunt insofern, als die der PSOE entstammenden Premierminister Spanien bisher über 27 Jahre lang regierten – und damit knapp doppelt so lange wie die der PP. Die PSOE ist also die maßgebliche politische Kraft, die das institutionelle Gefüge des Landes entscheidend geprägt hat. Eine plötzliche Opferrolle erscheint folglich wenig plausibel.



Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

# Polarisiere und herrsche!

Dysfunktionalitäten im politischen System Georgiens

Stephan Malerius

**40**  
JAHRE  
**Ai**

Polarisierung gehört zu den größten Defekten der jungen georgischen Demokratie. Als Georgien im März 2022 den EU-Beitritt beantragte, wurde dem Land eine europäische Perspektive gegeben, die gepaart war mit zwölf Empfehlungen. Der wichtigste Punkt: eine politische De-Polarisierung.<sup>1</sup> Regierung und Opposition zeigten sich jedoch nicht bereit, das Problem anzuerkennen, geschweige denn es anzugehen.

---

### Eliten-Polarisierung

Es waren historische Monate in Tiflis: Erst wurde Georgien im Dezember 2023 EU-Beitrittskandidat, dann qualifizierte sich im März 2024 die georgische Fußballnationalmannschaft erstmals für die Europameisterschaft in Deutschland. Als hätten sie es vorhergesehen, veranstalteten die Berliner Philharmoniker im Mai ihr Europakonzert in Georgien. Diese Ereignisse hätten Brücken über die tiefen politischen Gräben schlagen können, die das Land seit Jahren spalten. Sie hätten Chancen bieten können, einen sachorientierten Diskurs zu beginnen und konstruktiv über Probleme und Lösungsansätze statt über Personen und Parteien zu streiten.

Tatsächlich war im Frühjahr 2024 zu beobachten, wie die politische Rhetorik weniger aggressiv wurde, persönliche Angriffe ausblieben, die Polemik aus der politischen Debatte wich. Dann gab es ein skurriles Déjà-vu: Die Regierungspartei des Georgischen Traums (GT) legte im April ein „Agentengesetz“<sup>2</sup> wieder vor, das noch im vergangenen Jahr nach massiven lokalen und internationalen Protesten hatte zurückgezogen werden müssen. Nun waren die Gräben wieder da und sie waren so tief wie noch nie seit der Unabhängigkeit Georgiens im Jahr 1991. Zudem verlängerten sie sich aus dem politischen in den gesellschaftlichen Raum. Und auch der Charakter der Polarisierung veränderte sich. Im Parlament wurde die verbale Debatte von handgreiflichen Auseinandersetzungen begleitet und auf der Straße wurde auf Proteste mit Polizeigewalt und Schlägertrupps reagiert. In dem Konflikt um das Agentengesetz wird die Polarisierung

in Georgien manifest, er stürzt das ganze Land in eine existenzielle Krise, und es ist nicht klar, ob die Parlamentswahlen im Oktober diese Krise beenden werden.

Typologisch wird die Polarisierung in Georgien auch als „affektive Eliten-Polarisierung“ beschrieben, bei der es um eine „emotionale Opposition zwischen politischen Parteien in einem bestimmten politischen System“ geht.<sup>3</sup> In der Tat gründet politische Polarisierung nicht notwendigerweise auf ideologischer oder sozialer Gegnerschaft. In stark polarisierten politischen Räumen wie dem georgischen basieren Konflikte häufig nicht auf ideellen Unterschieden, sondern gründen auf emotionaler Ablehnung. Dabei spielt eine Mentalität oder Identität, die durch Konfrontation geprägt ist, eine große Rolle. In der Realität drückt sich das dadurch aus, dass politische Akteure positive Gefühle gegenüber Mitgliedern der eigenen politischen Partei oder Gruppierung hegen, während sie gleichzeitig stark negative Empfindungen gegenüber Angehörigen von anderen Gruppierungen entwickeln. Dieses Phänomen führt zu ausgeprägten persönlichen beziehungsweise personalisierten Feindschaften sowie zu einer reduzierten Bereitschaft, Kompromisse einzugehen, geschweige denn zusammenzuarbeiten.

Tatsächlich ist es schwierig, klare ideologische Unterschiede zwischen georgischen Parteien auszumachen. Ihre Programmatik ist meist nur schwach ausgebildet, Parteiprofile fehlen, ebenso politische Identitäten. Es gibt auch keine nennenswerten Diskussionen darüber. Ein gutes Beispiel ist die Regierungspartei GT, die noch



im Frühjahr 2023 der Parteienfamilie der Europäischen Sozialisten angehörte, mittlerweile aber den Rechtspopulisten von Viktor Orbáns Fidesz zuzuordnen ist. Die fehlende programmatische Unterscheidbarkeit der Parteien wird kompensiert durch eine holzschnittartige Rhetorik ihrer Protagonisten: eine der Hauptursachen für die Polarisierung im Land. Es geht vor allem um Krieg vs. Frieden oder um Russland vs. Europa.

Bemerkenswert ist dabei, dass sich die Mehrzahl der Wählerinnen und Wähler nicht polemische Konfrontation, sondern eine Debattenkultur wünscht, in der es um die sozioökonomischen Probleme des Landes geht (Arbeitslosigkeit, Infrastruktur, Gesundheitswesen), sowie einen konstruktiven politischen Wettbewerb, der idealerweise sogar in Koalitionsregierungen mündet.<sup>4</sup> Daraus lassen sich zunächst zwei Dinge ableiten: Politische Polarisierung in Georgien beruht nicht notwendigerweise auf einer gesellschaftlichen Polarisierung und der politische Diskurs ist ein Elitendiskurs, der abgehoben und von der gesellschaftlichen Wirklichkeit sehr weit entfernt ist.

### Die Polarisierung wird von ihren Protagonisten nicht als systemisches Problem anerkannt.

Ein weiteres Phänomen, das den Befund der affektiven Eliten-Polarisierung in Georgien stützt, besteht darin, dass die Polarisierung von den Protagonisten selbst nicht als ein systemisches Problem anerkannt, sondern als von außen induziert oder als notwendig betrachtet wird. In einer programmatischen Rede auf einem der

Skurriles Déjà-vu: Im Frühjahr 2024 holte die georgische Regierung ein erkennbar vom Kreml inspiriertes Agentengesetz aus der Schublade, das sie erst ein Jahr zuvor nach massiven Straßenprotesten hatte zurückziehen müssen. Auch diesmal demonstrierten viele Georgier, wie hier im Bild vor dem Parlament, gegen das „Russische Gesetz“. Foto: © Irakli Gedenidze, Reuters, picture alliance.

Höhepunkte der Auseinandersetzungen um das Agentengesetz Ende April 2024 behauptete Bidzina Iwanischwili, der informelle Entscheidungsträger in der georgischen Politik: „Radikalismus, sogenannte Polarisierung und gelegentliche politische Turbulenzen, die unser Land und unsere Wirtschaft teuer zu stehen kamen in den



vergangenen Jahren, sind von außen verursacht, in einer vollkommen künstlichen Art und Weise.“<sup>45</sup> Nata Koridze, die Chefredakteurin der unabhängigen und regierungskritischen Website civil.ge, beschreibt die Polarisierung dagegen als eine Krankheit, die Georgien durchmachen müsse, um „demokratisch zu gesunden“: „Wo Georgien

im Moment steht, ist ‚Polarisierung‘ das Synonym für die Fähigkeit, gegen die Taten und Worte der regierenden Mehrheit zu protestieren, und kann nicht mehr als ein Defizit in der demokratischen Kultur eingestuft werden. Polarisierung, die sich ausdrückt im Protest gegen Vorschläge, die Georgien vom europäischen Weg wegführen,





Menschenrechte und die Verfassung verletzen, ist vergleichbar mit einem hohen Fieber, das eine tödliche Infektion bekämpft. Es ist ein Zeichen dafür, dass der politische Organismus kämpft und noch lebt.“<sup>6</sup>

Iwanischwili bettet in seiner Rede die von außen kommende Polarisierung in bizarre Verschwörungstheorien ein und verweist immer wieder auf eine „globale Kriegspartei“, die die Geschehnisse im Land zu lenken versuche. Diese Auffassung ist abwegig, denn die Polarisierung ist in Georgien recht deutlich zu lokalisieren, und es gibt intelligente Versuche, die Ursachen und Faktoren, die auf die Polarisierung Einfluss haben, zu analysieren. Koridzes Beschreibung hingegen ist vor allem emotional und gründet auf affektiver Gegnerschaft, bei der Polarisierung zu einem Instrument der politischen Auseinandersetzung wird.

## Die großen Fernsehkanäle sind in erster Linie Sprachrohre ihrer politischen Klientel.

### Schrumpfender politisch-medialer Raum

Polarisierung spielt sich in Georgien hauptsächlich in zwei sich überschneidenden Räumen ab: dem medialen und dem politischen Raum. Akteure eines radikalisierten Diskurses, der von Hassrede, persönlichen Angriffen, verunglimpfenden Anschuldigungen, Gerüchten und Verleumdungen geprägt ist, sind die führenden Politiker beider Seiten, Regierung und Opposition. Im August 2022 nannte der ehemalige Vorsitzende der größten Oppositionspartei den politischen Gegner eine „Partei der staatenlosen Kollaborateure“<sup>7</sup>. Auf einer Pressekonferenz Mitte März 2023 sprach der damalige Vorsitzende der Regierungspartei in Bezug auf die Proteste, die das Agentengesetz (vorläufig) zu Fall gebracht hatten, von einer Kampagne „in bester Tradition des liberalen Faschismus“<sup>8</sup>.

Von solchen Beispielen lassen sich derart viele finden, dass Freedom House in seinem Nations

in Transit-Bericht bereits 2020 davon sprach, dass „Polarisierung und Radikalisierung der Politik und des medialen Raumes die neue Normalität des politischen Lebens in Georgien“<sup>9</sup> seien. Dieser destruktive Diskurs funktioniert nur deshalb, weil er von polarisierten und polarisierenden Medien aufgegriffen beziehungsweise sogar eingefordert wird. Die großen Fernsehkanäle sind in erster Linie Sprachrohre ihrer politischen Klientel in einem sehr engen Sinne. Das gilt für die von der Regierung teilweise oder vollständig kontrollierten privaten und staatlichen TV-Sender (TV Imedi, Post TV, Rustavi 2, Georgischer Öffentlicher Rundfunk) genauso wie für die der Opposition nahestehenden Privatsender (TV Mtavari, TV Pirveli, TV Formula). In politischen Sendungen oder Talkshows wird nicht miteinander gestritten, sondern übereinander hergezogen. Dabei gleicht die medial-politische Polarisierung mitunter einem Katz-und-Maus-Spiel: „Wir laden sie ein, aber sie kommen nicht“, sagen Journalistinnen von Oppositionssendern über Regierungspolitiker. „Wir würden ja kommen, aber sie laden uns nicht ein“, heißt es von Oppositionspolitikern über Regierungssender.

Dieses negative Zusammenspiel von Politik und Medien hat schwerwiegende Folgen für das demokratische System: „Politische Polarisierung höhlt das Vertrauen in öffentliche Institutionen aus, sie beschädigt den politischen Prozess, beeinflusst negativ die wirtschaftliche und soziale Entwicklung sowie die gesellschaftlichen Beziehungen“,<sup>10</sup> heißt es in einem Beitrag von ISET, dem Politikinstitut der Internationalen Wirtschaftsschule der Staatlichen Universität in Tiflis. Diese Entwicklung korrespondiert mit einem seit Jahren dramatisch schrumpfenden politischen Raum, in dem eine sachorientierte Debatte über drängende gesellschaftliche, soziale oder sektorale Themen (Umwelt, Bildung, Gesundheit, Kultur) weitestgehend abwesend ist. Darunter leidet im Prinzip jede und jeder – mit Ausnahme der politischen Elite.

Im Angesicht der konstatierten Gefahr für die georgische Demokratie entwickelte ISET 2023/2024 den Media (de)Polarization Index<sup>11</sup> als einen Versuch, die politische Polarisierung

durch eine mit Instrumenten des maschinellen Lernens vorgenommene Analyse der medialen Polarisierung zu messen. Dabei werden Faktoren untersucht, die die Polarisierung im Land entweder erhöhen oder senken, wie der Ausbruch der Pandemie 2020 oder Russlands Invasion der Ukraine im Februar 2022 – beides Ereignisse, die eine vorübergehende politische Konsolidierung im Land zur Folge hatten. Der Index trägt zweifellos dazu bei, das Verständnis für die Ursachen der Polarisierung in Georgien zu erhöhen. Die These jedoch, dass Polarisierung reduziert oder sogar überwunden werden kann, indem man sich auf einen unbestrittenen Konsens in der Gesellschaft sowie unter den politischen und institutionellen Akteuren konzentriert und dass die europäische Integration Georgiens einen solchen Konsens bilden kann,<sup>12</sup> ist angesichts des Konfliktes um das Agentengesetz, bei dem es genau darum geht, wie die zerstrittenen Akteure sich diese Integration vorstellen (beziehungsweise ob sie sie überhaupt wollen), infrage zu stellen.

## Ein Wahlsieger in Georgien denkt nicht daran, einen Kompromiss oder gar eine Koalition einzugehen.

### Nullsummenspiele

Die aktuelle politisch-mediale Polarisierung findet in Georgien in einem parteipolitischen Raum statt, der von einer Logik des Nullsummenspiels dominiert wird. Ein Wahlsieger denkt nicht daran, Kompromisse oder gar Koalitionen einzugehen, vielmehr muss der Wahlverlierer vollständig aus der Politik verschwinden, er muss marginalisiert oder sogar kriminalisiert werden. Die politischen Umbrüche in Georgien 1991, 2003/2004 und 2012 verliefen jeweils eruptiv, sie glichen Coups, Revolutionen, Umstürzen, die das Gegenteil von geordneten Machtübergaben waren. Die politischen Gegner wurden, wie der abgewählte Präsident Saakaschwili 2012, ins Exil gedrängt beziehungsweise landeten nach ihrer Rückkehr im Gefängnis. Diese Logik ist nicht nur

im Zusammenhang mit Wahlen zu beobachten. Das Muster der affektiven Eliten-Polarisierung verhindert oder erschwert es massiv, dass Parteibündnisse oder andere Formen politischer Zusammenschlüsse entstehen.

Dabei hilft neben der typologischen Beschreibung der zeithistorische Kontext für die Einordnung. Es gibt Versuche, die Wurzeln der gegenwärtigen politischen Polarisierung in Georgien in den Entwicklungen Ende der 1980er- und Anfang der 1990er-Jahre zu suchen und auf die Spaltungen der georgischen Unabhängigkeitsbewegung zurückzuführen.<sup>13</sup> Stephen Jones, einer der führenden angloamerikanischen Georgien-Experten, nennt vier Faktoren, die die nationale Bewegung gegen Ende der Sowjetunion untergruben:

1. persönliche Konflikte in Gruppierungen mit sehr ähnlichen Weltanschauungen;
2. autoritäre Tendenzen innerhalb dieser Gruppierungen, die um machtvoll politische Führungspersonen gebildet wurden;
3. eine aggressiv-revolutionäre Taktik in der politischen Auseinandersetzung (ein regelfreier Kampf um die Macht);
4. eine „von oben“ initiierte Bildung von Parteien, bei der soziale Interessen und eine von unten kommende gesellschaftliche Lobby für bestimmte politische Anliegen keine Rolle spielten.<sup>14</sup>

Die meisten dieser Faktoren sind auch heute noch gültig und sie bilden den Boden für eine seit 2012 zutiefst bipolar strukturierte politische Landschaft, die Georgien sowohl parteipolitisch-institutionell als auch diskursiv in einem permanenten Krisenmodus leben lässt. Dieser wiederum stürzt die Bevölkerung in eine tiefe Apathie und demotiviert sie nachhaltig, politisch aktiv zu sein oder zu werden. Das politische Leben in Georgien wird seit mehr als zwölf Jahren von zwei großen Parteien dominiert: der aktuellen Regierungspartei des Georgischen Traums und der ehemaligen Regierungspartei, der Vereinigten Nationalbewegungen (VNB). Hinter ihnen stehen zwei ikonische politische Persönlichkeiten: der dritte Präsident Georgiens Micheil Saakaschwili und der Oligarch Bidsina



Iwanischwili. Beide sind die ausschließlichen Entscheidungsträger in ihren Parteien, ohne dies einzugestehen oder ein Mandat dafür zu besitzen: Saakaschwili befindet sich seit Ende 2021 wegen vermeintlichen Machtmissbrauchs in Georgien im Gefängnis und Iwanischwili ist eigentlich eine Privatperson, die erst seit Dezember 2023 als Ehrenvorsitzender seiner Partei wieder ein Amt innehat, das ihn dann aber auch gleich bevollmächtigte, den Ministerpräsidenten zu bestimmen. Beide Parteien und die dahinterstehenden Persönlichkeiten haben sich in einer zunehmend bizarren Form den politischen Raum in Georgien angeeignet. Bei den letzten drei Parlamentswahlen (2012, 2016, 2020) entfielen zwischen 75 und 95 Prozent der Stimmen auf GT und VNB, obwohl sich eine überwältigende Mehrheit der Georgier und Georgierinnen eigentlich ein Ende dieser toxischen Bipolarität wünscht. Gleichzeitig halten sie das Land in einer Geiselhaft, für die politische Polarisierung das essenzielle Instrument ist.

Dabei ist es wichtig zu verstehen, dass – so antagonistisch sie sich gegenüberstehen – Iwanischwili und Saakaschwili mitsamt ihren Parteien einander brauchen, dass der Konflikt für beide überlebenswichtig ist. Mit der Dämonisierung der VNB und Saakaschwilis sowie einer Referenz auf das autoritäre Erbe gegen Ende seiner zweiten Amtszeit oder – umgekehrt – der Etikettierung von Iwanischwili und GT als „Russen“ oder „Russischer Traum“ sollen Wählerinnen und Wähler mobilisiert und Macht erhalten oder erlangt werden. Und noch etwas ist wichtig: Es darf keine politischen Alternativen geben.

### **Tertium non datur**

2023 führte die Konrad-Adenauer-Stiftung zusammen mit georgischen und niederländischen Partnern eine Studie durch,<sup>15</sup> bei der gefragt wurde, warum es in Georgien seit Jahren nicht gelungen ist, die parteipolitische Bipolarität zwischen GT und VNB aufzubrechen – trotz eines zunehmenden Verlangens von Wählerinnen und Wählern nach einer oder mehreren alternativen politischen Kräften.<sup>16</sup> Seit 2016 hat es immer wieder Anläufe zu Parteigründungen gegeben,

die sich explizit oder implizit als „dritte Kraft“ zu etablieren versuchten. Einige dieser Experimente starteten mit vielversprechenden Voraussetzungen wie prominent-populären Führungspersönlichkeiten (The State for People), Büros in den Regionen und parlamentarischer Repräsentation (European Georgia, eine Abspaltung der VNB), finanziellen Ressourcen (Lelo) oder Unterstützung von Medien (Girchi). Nach einer kurzfristigen Euphorie, die selten länger als einige Wochen dauerte, gelang es jedoch keinem dieser Projekte, die anfängliche Popularität in nachhaltige Wahlerfolge umzumünzen, obwohl die Stimmung in der Bevölkerung eigentlich einen guten Resonanzboden dafür geboten hätte. Die Studie, die vor allem auf Sekundärforschung und Fokusgruppen in den georgischen Regionen fußt, nennt mehrere Gründe für den Misserfolg der Parteigründungen, etwa das Fehlen einer klaren ideologischen oder politischen Identität, eine schwache Adressierung sozioökonomischer Probleme im Land, geringe Transparenz, schlechte Kommunikation mit Wählerinnen und Wählern und fehlende innerparteiliche Demokratie.

## **Die Menschen in Georgien machen neben Politikern und Medien auch Russland für die Polarisierung verantwortlich.**

„Themen kümmern sie (die Parteien) überhaupt nicht. Keiner hat ein Interesse daran. Sobald sie an der Macht sind, werden sie so wie die davor.“ „Sie (die Parteien) reden untereinander, sie kommunizieren nicht mit uns, den Wählern.“ „Lasst mich eine Ähnlichkeit konstatieren: Was allen (politischen Parteien) gemeinsam ist, ist das Fehlen von Verlässlichkeit.“<sup>17</sup> So verheerend die Urteile aus den Fokusgruppen über die georgischen Parteien sind, bilden sie zugleich eine präzise Fehlerbeschreibung. Die großen Fragen, auf die auch die Studie keine konkreten Antworten zu geben vermag, obwohl sie operative Empfehlungen zu formulieren versuchte, lauten: Wie können die konstatierten Fehler in eine positive Agenda überführt werden? Was ist notwendig,

um ein parteipolitisches Projekt erfolgreich zu machen? Und letztlich: Wie kann die Dysfunktionalität des parteipolitischen Systems in Georgien behoben werden?

### Russland – kontrollierte Destabilisierung

Die beschriebenen internen Herausforderungen, vor denen das politische System in Georgien steht, werden durch externe Faktoren erschwert, die die Polarisierung befördern und vertiefen. Eine Umfrage von 2022 ergab, dass Georgier und Georgierinnen neben Politikern (87 Prozent) und den Medien (82 Prozent) auch Russland (83 Prozent) für die Polarisierung in ihrem Land verantwortlich machen.<sup>18</sup> Erneut lässt sich dies am Agentengesetz anschaulich beschreiben: Anfang April 2024 führte der Georgische Traum in allen

Umfragen mit großem Abstand, die Opposition war uneins und zersplittert, es fehlten Gesichter und die Zuversicht, die Regierungspartei bei den Parlamentswahlen im Oktober ernsthaft herausfordern zu können, war gering. Die Wahlen hätten ein Spaziergang für die Regierung sein können. Mit der Wiedervorlage des Gesetzes und den wochenlangen Protesten dagegen veränderte sich die Situation grundlegend. Viele Menschen waren alarmiert, die Wahlen galten plötzlich als ein Referendum über die Zukunft des Landes und die Opposition war entschlossen, zu gewinnen. Wenn innenpolitisch für den Georgischen Traum keine Notwendigkeit bestand, das Gesetz einzuführen, was war dann der ausschlaggebende Grund für diese Entscheidung? Viele Beobachter vermuten, dass es eine Intervention Russlands gegeben und der Kreml die georgische



Lenker aus der zweiten Reihe: Der Geschäftsmann Bidsina Iwanischwili (Zweiter von links) ist offiziell nur Ehrengeschäftsführer seiner Partei Georgischer Traum. Viele sehen in ihm aber den Strippenzieher des Landes.  
Foto: © Maksim Polyakov, Kommersant, Sipa USA, picture alliance.

Regierung zu diesem Schritt gedrängt hat, wofür es mehrere Indizien gibt: Erstens wurden ähnliche Gesetze in den vergangenen Monaten in Abchasien, Bosnien (Republika Srpska) und Kirgistan eingebracht.<sup>19</sup> Zweitens kopierte die Regierung in Tiflis neben dem Agentengesetz weitere politische Schritte (Verabschiedung eines Offshore-Gesetzes; Ankündigung von Verfassungsänderungen, die „LGBT-Propaganda“ unter Strafe stellen; Aufstockung der Goldreserven), die Putin in Russland in den vergangenen Jahren unternommen hat. Drittens gibt es deutliche Parallelen zu einem ähnlichen Szenario in Armenien im Jahr 2013: Nachdem die armenische Regierung über Jahre mit der EU über ein Assoziierungsabkommen verhandelt hatte und bereit war, dieses im November auf einem Gipfel der Östlichen Partnerschaft gemeinsam mit der Ukraine, Georgien und der Republik Moldau zu unterzeichnen, wurde der damalige armenische Präsident Serzh Sargsjan im September 2013 nach Moskau zitiert, wo ihm Putin erklärte, Armenien habe kein Abkommen mit der EU zu unterzeichnen, sondern der von Russland dominierten Eurasischen Wirtschaftsunion beizutreten, was dann auch so erfolgte. Ähnlich wie im Falle von Armenien 2013 will Russland heute nicht, dass Georgien mit der EU ab 2025 Beitrittsverhandlungen führt, und versucht, dies mit der Einführung des Agentengesetzes zu verhindern.

Während Russland gegenüber Armenien vor elf Jahren noch unverhohlen und mit offenem Druck operierte, ist das Vorgehen mittlerweile viel subtiler: Willfähige Regierungen sind von Russland abhängig, hauptsächlich durch Korruption, und werden dann zu Entscheidungen im Sinne des Kremls gedrängt. Iwanischwili, der De-facto-Entscheider in Georgien, ist hier ein illustres Beispiel: Er hat sein Vermögen in den 1990er-Jahren in Russland gemacht und floh Anfang der 2000er-Jahre nach Georgien, als Putin begann, seine Macht über die Oligarchen in Russland zu konsolidieren. Obwohl viele von ihnen (Fridman, Abramowitsch, Wechselberg und andere) versuchten, sich vom Kreml zu distanzieren, gelang es ihnen nie, sich den Anweisungen des Regimes Putins vollständig zu entziehen. Es gibt keinen

Grund anzunehmen, so eine Analyse des European Council on Foreign Relations, dass sich dies im Fall von Iwanischwili anders verhält.<sup>20</sup>

Innenpolitisch polarisiert das Agieren dieser vom Kreml indirekt kontrollierten Regierungen, was wiederum zu politischer Destabilisierung führt, wie im Falle der wochenlangen Proteste in Georgien. Durch die innenpolitische Schwächung wird die Regierung noch anfälliger für russische Einflussnahme. Dieses Vorgehen wird als „kontrollierte Destabilisierung“ beschrieben und von Russland in vielen Ländern eingesetzt. Polarisierung, die zu einer Dysfunktionalität des politischen Systems führt, spielt dabei eine Schlüsselrolle. Sie ist aber nur die Spitze des Eisbergs: Mit breit gestreuter Desinformation, Aufwiegelung von ethnischen Minderheiten und polarisierenden Narrativen („der Westen will Georgien in den Krieg ziehen“) bedient sich Russland in Georgien eines umfangreichen Instrumentenkastens. Während Polarisierung innenpolitisch den georgischen Parteien zum Machterwerb oder Machterhalt dient, nutzt Russland sie subversiv, um Abhängigkeiten zu schaffen und Kontrolle zu gewinnen. Die Entwicklungen in Georgien sind dafür ein Beispiel wie aus dem Lehrbuch.

### **Georgische Charta**

Als Nachfolgestaat der Sowjetunion und in unmittelbarer Nachbarschaft von Russland, das 20 Prozent des georgischen Territoriums besetzt hält, hat Georgien schwache und anfällige demokratische Fundamente. Angesichts der prekären Situation vor den Parlamentswahlen am 26. Oktober hat die georgische Präsidentin Salome Surabischwili eine Initiative gestartet, die sie „Georgische Charta“ nennt. Surabischwili war 2018 als Kandidatin der Regierungspartei zur Präsidentin gewählt worden, hatte sich dann aber vom Georgischen Traum abgewandt, als dessen euroskeptische Agenda offenkundig und mit dem Agentengesetz auch wirkungsmächtig wurde. Mit der „Georgischen Charta“ schlägt sie vor, das Land nach den Wahlen für eine begrenzte Zeit von einer Expertenregierung führen zu lassen, die sich auf die Umsetzung der Empfehlungen der EU konzentriert, wonach

Beitrittsverhandlungen mit Brüssel aufgenommen werden könnten und es Neuwahlen gäbe. Die Idee ist, dass diese Übergangszeit den politischen Parteien im Land Gelegenheit gibt, Programme und Profile zu entwickeln und sich personell so aufzustellen, dass sie einen sachorientierten Wahlkampf führen können, der nicht auf plakativer Propaganda oder dem manipulativen Einsatz administrativer Ressourcen, sondern auf einem fairen Parteienwettbewerb beruht und den georgischen Wählerinnen und Wählern eine Auswahl an echten politischen Alternativen bietet. Die Initiative, die von allen Oppositionsparteien unterstützt wird, soll Georgien auf den europäischen Weg zurückbringen und den russischen Einfluss im Land zurückdrängen. Sie wäre ein erster großer Schritt in Richtung „De-Polarisierung“ und könnte als solcher die Funktionalität des politischen Systems und somit die demokratischen Fundamente des Landes nachhaltig stärken.

*Redaktionsschluss dieses Beitrags war der 23. Oktober 2024.*

---

**Stephan Malerius** ist Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Tiflis.

- 1 „Address the issue of political polarisation, ensuring cooperation across political parties in the spirit of the April 19 agreement.“ European External Action Service 2022: The Twelve Priorities, 20.09.2022, in: <https://ogy.de/6fg5> [05.08.2024].
- 2 Das Gesetz sieht vor, dass sich Nichtregierungsorganisationen und Medien, die mindestens 20 Prozent ihrer Finanzierung aus dem Ausland erhalten, beim Justizministerium als „Organisationen, die die Interessen einer ausländischen Macht verfolgen“, registrieren müssen. Siehe dazu Hespe, Matthias / Binder, Florian / Malerius, Stephan 2024: „Georgischer Traum“ wird zum Albtraum, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 03.06.2024, in: <https://ogy.de/wql5> [05.08.2024]; Malerius, Stephan 2024: Georgisches Eigentor, Länderberichte, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.04.2024, in: <https://ogy.de/kc4e> [05.08.2024].
- 3 Samkharadze, Nino 2022: What Does the Polarization in Georgia Look Like and How to Measure it?, GIP Policy Memo 60, Georgian Institute of Politics (GIP), 10/2022, in: <https://ogy.de/5rfq> [29.06.2024].
- 4 „Recent surveys of public attitudes conducted in Georgia indicate that for the voters it is important that a precedent for successful cooperation between parties should be created to help improve the prospects for coalition governance.“ Samkharadze, Nino 2022: Problem of Cooperation Among Georgian Political Parties: What Do Voters Demand?, Policy Brief 38, GIP, 04/2022, in: <https://ogy.de/mklm> [29.06.2024].
- 5 Civil Georgia 2024: Bidzina Ivanishvili Backs Anti-Western Policies, Threatens Repressions, 29.04.2024, in: <https://ogy.de/n8an> [02.08.2024].
- 6 Koridze, Nata 2023: Polarization is a Symptom, Not Disease, 06.03.2023, Civil Georgia, in: <https://ogy.de/990o> [29.06.2024].
- 7 Interpressnews 2022: Nika Melia: The „Russian Dream“ openly and slanderously accuses the United States of America of a coup d'état and an attempt to drag Georgia into the war, 12.08.2022, in: <https://ogy.de/pe3t> [29.06.2024].
- 8 Civil Georgia 2023: GD Leader Kobakhidze Accuses Opposition, Former Ombudsman, Critical Media and Youth Groups of „Liberal Fascist Campaign“, 14.03.2023, in: <https://ogy.de/sw1q> [29.06.2024].
- 9 Freedom House 2020: Nations in Transit 2020. Georgia, in: <https://ogy.de/ezek> [29.06.2024].
- 10 Sulukhia, Tamar / Akhvlediani, Tinatin 2024: Georgia's European future: a hope for resolving political polarization, International School of Economics at TSU (ISET), 28.03.2024, in: <https://ogy.de/ylyh> [29.06.2024].
- 11 Mujirishvili, Dachi / Tsereteli, Nika / Keshelava, Davit 2024: Georgia Media (de)Polarization Index, ISET, 20.03.2024, in: <https://ogy.de/ir5p> [29.06.2024].
- 12 Sulukhia / Akhvlediani 2024, N.10.



- 13 Gegeshidze, Archil / de Waal, Thomas 2021: Divided Georgia: A Hostage to Polarization, Carnegie Endowment for International Peace, 08.12.2021, in: <https://ogy.de/xjto> [29.06.2024].
- 14 Jones, Stephen 2013: Georgia. A Political History Since Independence, London, S. 47.
- 15 Kalandadze, Nino / Bibilashvili, Zaza / Jokhadze, Giorgi / Kharabava, Giorgi 2023: The Time to Gather Stones. Overcoming Georgia's Two-party Divide, Ilia Chavchavadze Center for European Studies and Civic Education, in: <https://ogy.de/f9sf> [29.06.2024].
- 16 Diese Stimmung spiegelte sich in mehreren Meinungsumfragen wider: So stieg die Unzufriedenheit mit den existierenden politischen Parteien von 44 Prozent 2014 auf 73 Prozent 2016. International Republican Institute 2018: Public Opinion Survey: Residents of Georgia, April 10-22, 2018, in: <https://ogy.de/4raj> [29.06.2024].
- 17 Kalandadze / Bibilashvili / Jokhadze / Kharabava 2023, N. 15, S. 33-40
- 18 Kandelaki, Salome / Hegedűs, István / Uszkiewicz, Erik / Cingel, Ján / Bošková, Petra / Gregor, Miloš / Chimiak, Katarzyna 2024: Media Polarization Turbulences in Georgia and the Visegrad States: How to Depolarize?, GIP, 05/2024, S.16, in: <https://ogy.de/j7ww> [29.06.2024].
- 19 „The synchronisation, timing and similarity of these legal initiatives suggest a coordinated effort by Russia to export its repressive tactics to neighbouring countries and territories.“ Huhtanen, Tomi 2024: Georgia's Foreign Agent Law: A Russian Strategy Unfolding Across Eurasia?, Wilfried Martens Centre for European Studies, 31.05.2024, in: <https://ogy.de/x5p4> [29.06.2024].
- 20 Genté, Régis 2022: Broken Dream: The oligarch, Russia, and Georgia's drift from Europe, European Council on Foreign Relations, 21.12.2022, in: <https://ogy.de/8tqy> [29.06.2024].



[Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?](#)

# Aufstieg, Fall und zurück auf Los

Die Entwicklung des Zentrismus in Indien

Lewe Paul / Ashutosh Nagda

40 JAHRE Ai

## Die politische Landschaft Indiens hat sich in den vergangenen Jahrzehnten erheblich verändert. Der Aufstieg des Hindu-Nationalismus und die soziale Polarisierung überschatten langjährige zentristische Traditionen und untergraben wichtige Bestandteile der „größten Demokratie der Welt“. Eröffnen die Ergebnisse der Wahlen 2024 eine Chance, zu einem moderateren Ansatz zurückzukehren?

---

In den vergangenen zehn Jahren war der weltweit zunehmende Populismus eine dominante Kraft in der Politik und ein bedeutendes Feld der politischen Analyse. In Zeiten wachsender Polarisierung, die durch die verbreitete Nutzung sozialer Medien begünstigt wird, haben es moderate Politikansätze schwer, Wählerwünsche zu erfüllen und die politische Agenda zu bestimmen. Indien ist aus zwei Gründen ein wichtiges Fallbeispiel, um dieses globale Phänomen zu verstehen: Zum einen ist Indien als größte Demokratie und fünftgrößte Volkswirtschaft der Welt ein zukunftsorientiertes Land, das nach einer einflussreicheren Position im geopolitischen Raum strebt. Der zweite – und noch wichtigere – Grund ist das Erstarken des Rechtspopulismus in Indien, der beinahe unbemerkt gewachsen ist, aber die politische Mitte in letzter Zeit immer stärker in den Hintergrund gedrängt hat.

Der politische Zentrismus ist seit der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 ein Grundpfeiler des indischen Staatswesens. Die Pluralität der indischen Gesellschaft, Kultur und Politik verlangte einen ausgleichenden Ansatz bei der Führung des Landes. Die Versöhnung oder Beschwichtigung unterschiedlicher Interessen, ein starker Wohlfahrtsstaat und eine Besinnung auf die eigene, unabhängige Identität sind die wichtigsten Säulen dieser Politik und waren auch ausschlaggebend für Wahlerfolge in Indien.

Der Sieg der hindu-nationalistischen Bharatiya Janata Party (BJP) bei den Parlamentswahlen 2014, als Narendra Modi erstmals Premierminister wurde, veränderte die Statik der zentristischen Politik im Land. Modis BJP bedient sich stark bei

zentristischen Stoffen, verleiht ihnen gleichzeitig aber die eigene safrangelbe Färbung des Hindu-Nationalismus. Die Partei präsentiert sich als Plattform für alle Inder, in kulturellen und religiösen Aspekten aber ist sie eindeutig auf die 80 Prozent der Inder ausgerichtet, die der hinduistischen Mehrheit angehören. Der Hindu-Nationalismus verspricht im Grunde die Schaffung eines Staates, der sich den kulturellen und spirituellen Traditionen des Hinduismus verpflichtet fühlt. Je stärker das staatliche System diesen Prinzipien folgt, desto wahrscheinlicher ist es, dass nicht-hinduistische Teile der Bevölkerung an den Rand gedrängt und in ihren Rechten eingeschränkt werden.

Im indischen Kontext kann Populismus verschiedene Formen annehmen, von denen drei in diesem Artikel erörtert werden. Die erste Form ist das Bestreben, unterprivilegierte Gruppen darin zu bestärken, sich gegen eine wahrgenommene soziale und politische Elite aufzulehnen. Die zweite ist die Erzeugung einer polarisierenden Dynamik zwischen verschiedenen sozialen und religiösen Gruppen mit der Absicht, eine „Wir-gegen-die“-Stimmung zu schaffen. Bei der dritten Facette des Populismus werden bestimmten Gruppen der Bevölkerung materielle Vorteile versprochen. Dieser Aspekt kann als einer der Kippunkte zwischen Zentrismus und Populismus angesehen werden: Wirtschaftliche Wohlfahrtsprogramme wie direkte Geldüberweisungen, der Bau und die Ausstattung von Häusern, der Ausbau von Wasseranschlüssen und die Verteilung von Gasflaschen sind ein zentrales Element indischer Politik, da sie dem Großteil der Bevölkerung zugutekommen. Solche politischen

Maßnahmen können jedoch leicht einen populistischen Beigeschmack bekommen, wenn fast alle politischen Parteien versuchen, die Wahlkampfversprechen der anderen Parteien im Bereich der wirtschaftlichen Wohlfahrt zu überbieten oder gezielt bestimmte Gruppen anzusprechen, um schnelle Wahlerfolge zu erzielen.

Indiens Mehrparteiensystem ist so vielfältig wie das Land selbst. Um Sitze in der Lok Sabha, dem Unterhaus des indischen Parlaments, bewarben sich bei den Parlamentswahlen am 4. Juni 2024 sage und schreibe 744 politische Parteien, von denen mehr als 30 bei den vorangegangenen Wahlen 2019 mindestens einen Sitz gewonnen hatten. Unter diesen befinden sich zwei führende Parteien, nämlich der Indian National Congress (INC oder kurz Congress) und die Bharatiya Janata Party, die seit der Unabhängigkeit die meisten Regierungen des Landes angeführt haben.

## Indiens Parteiensystem ist so vielfältig wie das Land selbst.

---

Der INC hat seine Wurzeln im Kampf um die Unabhängigkeit Indiens und ist eng mit Mahatma Gandhi und der Familie Nehru-Gandhi verbunden. Die BJP wiederum ist aus der Rashtriya Swayamsevak Sangh<sup>1</sup> (RSS) hervorgegangen, einer 1925 gegründeten Gruppe, die von der US-amerikanischen Library of Congress als „rechtsgerichtete hindu-nationalistische, paramilitärische und mutmaßlich militante Freiwilligenorganisation“ beschrieben wird.<sup>2</sup> Die meisten anderen der gut 30 Parteien auf der Liste sind eng mit einem oder zwei bestimmten Bundesstaaten verbunden, wie unter anderem die Samajwadi Party (SP) im bevölkerungsreichsten Bundesstaat Uttar Pradesh, die Rashtriya Janata Dal (RJD) in Bihar, die Dravida Munnetra Kazhagam (DMK) in Tamil Nadu und der Trinamool Congress (TMC) in Westbengalen. Diese Parteien verfolgen eine Politik, die auf die lokale Bevölkerung der Bundesstaaten zugeschnitten ist. In Zeiten von Koalitionsregierungen können

diese regionalen Parteien auch auf nationaler Ebene den Ausschlag geben.

## Mit intergrativem Kurs durch die Stürme der Unabhängigkeit

Heute ist die BJP die stärkste politische Kraft in Indien. Das Bild von Premierminister Narendra Modi, oft vor dem Hintergrund der safrangelben Farben und des Lotus-Symbols der BJP, ist im täglichen Leben allgegenwärtig. Und doch ist es der Indian National Congress, wichtigste Oppositionspartei zu Modis BJP, der Indien seit seiner Unabhängigkeit im Jahr 1947 entscheidend geprägt hat. In diesen 77 Jahren stand der INC 54 Jahre lang an der Spitze der Zentralregierung und stellte sechs Premierminister.

Die Partei wurde 1885 gegründet und ist eng mit Mahatma Gandhi und dem Unabhängigkeitskampf verbunden. Zentral war dabei die Fähigkeit des INC, die unterschiedlichen Schichten der indischen Gesellschaft einzubeziehen. Obwohl die meisten Mitglieder des INC der hinduistischen Mehrheit angehörten, war ein breites Spektrum von Religionen, Kasten und wirtschaftlichen Klassen vertreten. Das Bild von einer Partei, die vielen verschiedenen Gruppen eine politische Heimat bietet, wurde auch nach der Unabhängigkeit Indiens im Jahr 1947 aufrechterhalten und der Congress gewann die ersten Parlamentswahlen im Jahr 1952 deutlich. Das übergeordnete Ziel des ersten Premierministers Jawaharlal Nehru war es, die neugeborene Republik durch eine „kollektive Entwicklung“ aus der Armut zu führen: Dämme und Stahlwerke seien die Tempel des neuen Indiens, wurde Nehru zitiert.<sup>3</sup> Von Anfang an verfolgte die vom INC geführte Regierung den Ansatz, alle Bürger anzusprechen.

Das Konzept, für das Nehru stand, wurde später als „Entwicklungsnationalismus“ bekannt. Die Bevölkerung versammelte sich hinter der Idee, gemeinsam eine selbstbestimmte und wohlhabende Nation zu schaffen, und im Laufe von Nehrus drei Amtszeiten als Premierminister entstand die Vorstellung vom INC als Indiens natürlicher Regierungspartei. Der INC verfolgte eine integrative politische Agenda. Er legte Wert







auf den Ausgleich unterschiedlicher Interessen und setzte Wohlfahrtsprogramme für benachteiligte Gruppen auf. Für die zentristische Regierung ging es darum, einerseits die Interessen der hinduistischen Mehrheit zu vertreten und die hinduistische Dimension der eigenen Identität zu stärken, andererseits aber Rücksicht zu nehmen auf die Belange der religiösen Minderheiten.

Durch diese ausgleichende Politik erwarb sich Nehru den Ruf, der Architekt eines säkularen indischen Staates zu sein. In Indiens föderalem System mussten indes auch einige ehrgeizige politische Vorhaben zurückgestellt werden, um die Regierungen der Bundesstaaten zu besänftigen. Als Nehru beispielsweise Hindi als alleinige Amtssprache Indiens einführen wollte, war der Widerstand der nicht Hindi sprechenden Staaten so massiv, dass die Zentralregierung einen Kompromiss einging und neben Hindi Englisch als Amtssprache einführte. In der ersten Phase des modernen unabhängigen Indiens verkörperte der INC eine moderate Politik und stellte sich selbst erfolgreich als einzige Partei dar, die in der Lage war, für einen Ausgleich zwischen den verschiedenen Interessen der pluralistischen indischen Gesellschaft zu sorgen.

### **Das Quotensystem wurde zu Beginn des 21. Jahrhunderts zu einem bestimmenden Thema der indischen Politik.**

---

Eine Art populistische Wende erlebte die indische Politik dann unter Nehrus Tochter Indira Gandhi. In ihrer ersten Amtszeit als Premierministerin von 1966 bis 1977 mobilisierte sie

Zweifache Premierministerin: Unter Indira Gandhi nahm die indische Politik eine populistische Wendung. Einige Beobachter sind der Ansicht, dass sie den Grundstein gelegt hat für einen auf Sicherheit fokussierten, minderheitenfeindlichen Diskurs und einen „Wir-gegen-die“-Populismus, der in den jüngsten BJP-geführten Regierungen abermals zum Vorschein kam.

Foto: © United Archives, picture alliance.

Unterstützung durch eine linksgerichtete und zuweilen sozialistische Agenda und setzte auf eine stark personalisierte Politik.<sup>4</sup> Als sie während ihrer zweiten Amtszeit von 1980 bis 1984 im Punjab und in Kaschmir mit Sezessionsbewegungen konfrontiert wurde, stellte sie die Aufständischen aus den Reihen der Sikh und Muslime als Bedrohung für die nationale Integrität und sich selbst und ihre Partei als Verteidiger des hinduistischen Glaubens dar. Dieser Politikstil wurde als „Einheitsnationalismus“ bekannt, doch einige Beobachter sind der Ansicht, dass Indira Gandhi in dieser Zeit den Grundstein gelegt hat für einen auf Sicherheit fokussierten, minderheitenfeindlichen Diskurs und einen „Wir-gegen-die“-Populismus, der in den jüngsten BJP-geführten Regierungen abermals zum Vorschein kam.<sup>5</sup>

### **Die BJP fordert den Congress heraus**

Das moderate Profil des INC geriet zunehmend unter Druck, da er immer mehr Herausforderungen von innen und außen bewältigen musste. Zu einer stärkeren Erosion der politischen Mitte in Indien führte allerdings der Aufstieg der BJP. Die hindu-nationalistische Partei entstand 1980 als Abspaltung der Janata-Partei.<sup>6</sup> Die tieferen Wurzeln der BJP liegen jedoch in der Bharatiya Jana Sangh (BJS, 1951 bis 1977), die damals als politischer Arm der Rashtriya Swayamsevak Sangh bekannt war. Dieser Ursprung erklärt die enge Verbindung zum Hindu-Nationalismus.

In den Anfangsjahren fand diese Ideologie jedoch keinen großen Anklang in der BJP. Die Partei begann mit einem moderaten Ansatz<sup>7</sup> und stand damit in Kontinuität zur Janata-Partei. Der Versuch, eine alternative gemäßigte Plattform aufzubauen, führte jedoch zu einer schweren Niederlage bei ihrer ersten Teilnahme an Parlamentswahlen 1984, woraufhin die BJP auf einen scharfen hindu-nationalistischen Kurs umschwenkte. Die BJP fand dabei ihr Momentum im Zusammenhang mit der Ram-Janmabhoomi-Bewegung<sup>8</sup>, die den Bau eines Tempels zu Ehren der hinduistischen Gottheit Ram an dem umstrittenen Standort einer Moschee im Bundesstaat Uttar Pradesh anstrebte. Mit dem

wachsenden Zuspruch für den Tempel stiegen auch die Erfolge der BJP bei den folgenden nationalen Wahlen, die sie zu einer bedeutenden politischen Kraft im ganzen Land machten.

Zwei wichtige Ereignisse gingen mit der Tempelbewegung einher: die Liberalisierung der indischen Wirtschaft (1991) und die Umsetzung des Berichts der Mandal-Kommission (1992), der die Eingliederung sozial und wirtschaftlich benachteiligter Bevölkerungsgruppen im öffentlichen Dienst und im Bildungswesen durch ein Quotensystem vorsah.<sup>9</sup> Der Vorstoß für das Quotensystem und dessen flächendeckende Umsetzung wurden von vielen regionalen Parteien erfolgreich aufgegriffen, wodurch der durch die „Tempelpolitik“ getragene Aufschwung der BJP zunächst gedämpft wurde. Dies war vor allem im Hindi-Kernland der Fall, das einen Großteil des Nordens des Landes umfasst und die wichtigste Unterstützungsbasis der BJP darstellt. Neben dem Ziel, eine positive soziale Mobilität zu ermöglichen, schuf die Quote unbeabsichtigt neue Wählergruppen und wurde mit Beginn des 21. Jahrhunderts zu einem bestimmenden Thema der indischen Politik. Der Grundgedanke der Quotenpolitik kann durchaus als zentristisch bezeichnet werden, da sie darauf abzielte, einer Reihe von marginalisierten Gruppen – die zusammen genommen einen beträchtlichen Anteil der Bevölkerung ausmachen – die Möglichkeit zu geben, mit der Mehrheit zu konkurrieren. Die Quoten wurden von vielen als Verbesserung angesehen, eröffneten den Populisten jedoch auch zahlreiche Möglichkeiten, die Begünstigten des Systems entweder anzugreifen oder zu verteidigen.

### **Die ersten Jahre von Modis Amtszeit in Gujarat waren geprägt von Unruhen zwischen Hindus und Muslimen.**

Die 1990er-Jahre waren das Jahrzehnt der Koalitionspolitik in Indien. Die Regionalparteien gewannen zunehmend an Bedeutung, während

die großen Parteien INC und BJP es nicht schaffen, allein zu regieren. Der INC befand sich in diesem Jahrzehnt eindeutig im Niedergang, während die BJP zwar auf dem Vormarsch war, aber noch nicht klar dominierte. Die BJP gewann 1996 die Oberhand über den INC, brauchte aber Bündnispartner, um in den Jahren 1996, 1998 und 1999 die Regierung zu bilden. Die Abhängigkeit der BJP von ihren Bündnispartnern, von denen die meisten ihre hinduistische Mehrheitsideologie ablehnten, zwang die Partei zu einer gemäßigeren Haltung. Nachdem sie ihre ideologische Position abschwächte, gelang es ihr schließlich, von 1999 bis 2004 eine Regierung mit voller Amtszeit zu führen. In diesem Jahrzehnt wurde nicht nur der Aufstieg der Hindutva-Bewegung innerhalb der BJP eingedämmt, die eine Hinduisierung des Staates und all seiner kulturellen und sozialen Bereiche anstrebt, sondern es war auch ein Beispiel dafür, wie die indische Politik wieder zu einem zentristischen Ansatz zurückfinden kann.

Die Ära der Koalitionspolitik setzte sich fort, als der INC die BJP wieder überholte und von 2004 bis 2014 zwei Legislaturperioden lang eine Regierung unter der Bezeichnung United Progressive Alliance (Vereinigte Progressive Allianz, UPA) führte. In dieser Zeit erlebte die BJP einen strukturellen und politischen Niedergang. Die Niederlagen bei den Parlamentswahlen 2004 und 2009 zwangen zwei ihrer führenden Köpfe in den einstweiligen Ruhestand. Das dadurch entstandene Vakuum füllte der damalige Chief Minister (CM) der BJP im Bundesstaat Gujarat, Narendra Modi.

Die ersten Jahre von Modis Amtszeit als CM waren geprägt von den Unruhen zwischen Hindus und Muslimen in Gujarat im Jahr 2002. Obwohl die Unruhen sein Image stark belasteten, gelang es ihm durch Hartnäckigkeit und geschickte politische Manöver, in den Reihen der BJP und des RSS aufzusteigen und den Bundesstaat zwölf Jahre lang zu regieren. Ein polarisierender Populismus war zwar einer der wichtigsten Gründe für Modis Wiederwahl, doch richtete er sein politisches Profil auch ganz bewusst auf die Themen Entwicklung und Fortschritt aus.

Modis Aufstieg in der BJP und im ganzen Land verlief parallel zur sinkenden Zustimmung zur UPA-Regierung, insbesondere in deren zweiter Amtszeit (2009 bis 2014). Finanzskandale, Sorgen um die innere Sicherheit und weitverbreitete Proteste drängten die Regierung in die Enge und ließen den Ruf nach Veränderungen laut werden. In dieser Situation erwies sich Modi als der richtige Mann zur richtigen Zeit: Seine Bilanz in Gujarat und sein öffentliches Auftreten stellten praktisch alle anderen Führungsfiguren in der BJP und in ganz Indien in den Schatten. Modi und die BJP waren sich jedoch darüber im Klaren, dass ihr Aufstieg nicht auf ihre Ideologie, sondern auf ihr Engagement für Entwicklung und ihre allgemeinen Zielsetzungen zurückzuführen war. Daher konzentrierten sie sich in erster Linie auf den Ansatz eines entwicklungsorientierten und aufstrebenden Indiens – nicht allzu weit entfernt von Nehrus ursprünglichen Ideen, aber mit dem deutlichen Unterschied, dass die Ideologie des Hindu-Nationalismus der Partei wieder zum Tragen kam.

## **Der Hindu-Nationalismus kann als ein Überbau für verschiedene andere Politiken verstanden werden.**

---

### **Das populistische Programm der BJP**

Für die Zeit zwischen 2014 und 2024 lässt sich die populistische Politik der BJP unter drei Aspekten betrachten: erstens die aktive Ausrichtung der BJP auf die politisch aufstrebenden marginalisierten Schichten als Angriff auf die politische Elite, die in der Wahrnehmung vieler vom INC dominiert wurde und die den Kontakt zu den einfachen Menschen verloren hatte. Zweitens eine auf bestimmte Wählerschichten angepasste Wohlfahrtspolitik. Und drittens eine soziale und religiöse Polarisierung, die eine klare Trennlinie zieht zwischen hinduistischen und muslimischen Gruppen. Der Hindu-Nationalismus wiederum kann als Überbau verstanden werden, in dem verschiedene andere Politiken ihren Platz finden.



Er wird durch die ständige Beschwörung der großen alten Zivilisation Indiens genährt sowie durch eine Verurteilung der Zeiten, in denen das Land unter dem Joch ausländischer Invasoren

gestanden habe, zu denen nach dem Verständnis der BJP sowohl die britischen Kolonialherren als auch die muslimischen Moguln gehören. Die Ausdrucksformen des Hindu-Nationalismus sind



Die Gewinner? BJP-Anhänger feiern nach den Wahlen von 2024, bei denen die Partei die meisten Stimmen erhielt. Das Ergebnis war jedoch viel schwächer als von vielen erwartet und die BJP muss sich auf Koalitionspartner mit unterschiedlichen ideologischen Standpunkten stützen, um die Regierung zu führen. Foto: © Pradeep Gaur, Sipa USA, SOPA Images, picture alliance.

vor allem sozialer und kultureller Natur, da ihre Befürworter Spannungen zwischen Hindus und Muslimen in allen Bereichen des Lebens schüren – von interreligiösen Ehen über die Auswahl

von Lebensmitteln bis hin zu religiösen Praktiken. Sie erreichten im Januar 2024 einen Höhepunkt, als der Bau des lang versprochenen Tempels zu Ehren des Gottes Ram endlich abgeschlossen wurde. Die BJP wollte mit der Einweihung des Tempels die Hindus im ganzen Land dazu bewegen, die Partei bei den nationalen Wahlen zu unterstützen.



## Die neue Wohlfahrtspolitik Modis ist kein Erfolgsgarant für die BJP, da sie in allen Bundesstaaten kopiert wird.

---

Die Unterstützung der BJP kam traditionell aus der reicheren, städtischen Mittelschicht und der oberen Kaste der Bevölkerung. Diese Basis hat für die BJP jedoch nie ausgereicht, um allein die Regierung zu stellen. Seit 2014 versucht die BJP, in der marginalisierten und ländlichen Bevölkerung Fuß zu fassen. Zu den marginalisierten Bevölkerungsgruppen gehören die nicht den oberen Kasten angehörenden Menschen und die Stammesbevölkerung, die seit den 1990er-Jahren durch ihre regionalen Hochburgen und die sie vertretenden politischen Parteien eine starke politische Dynamik entwickelt haben. Aufgrund ihrer historischen Kämpfe gegen die dominante Bevölkerung der oberen Kasten sind sie traditionell keine BJP-Wähler. Die BJP versucht jedoch, dieser Haltung zu begegnen: mit einer Politik, die Aufstiegsmöglichkeiten schafft, und mit dem Hindu-Nationalismus. Erstgenanntes legt den Schwerpunkt auf Ankurbelung des Wirtschaftswachstums und Verbesserung der Lebensbedingungen durch Schaffung von Arbeitsplätzen.

Diese Politik des nationalen und individuellen Aufstiegs wurde mit einer kräftigen Dosis Wohlfahrtsstaat kombiniert – zuvor in erster Linie ein Instrument der politischen Mitte, da sich Wohlfahrtsprogramme an die gesamte Bevölkerung richten. Dieses Instrument kann jedoch auch populistische Züge annehmen, wenn es auf bestimmte Wählergruppen ausgerichtet wird

oder so umfassend ist, dass es fast alles andere in den Hintergrund drängt.

Wohlfahrtsprogramme sind in Indien keineswegs neu: Arbeitsplatzgarantien und ein Fokus auf die Bereitstellung öffentlicher Güter wie Gesundheit und Bildung waren stets Thema. Aber unter Modi und seiner BJP hat der Wohlfahrtsgedanke eine neue Wendung genommen. Ihr „New Welfare“<sup>10</sup> („neue Wohlfahrtspolitik“) beinhaltet die subventionierte öffentliche Bereitstellung von wesentlichen Gütern und Dienstleistungen, die normalerweise vom Privatsektor erbracht werden, wie Bankkonten, Kochgas, Toiletten, Strom, Wohnraum und neuerdings auch Wasser oder ganz einfach bares Geld. In den vergangenen zehn Jahren hat Modis Regierung den Mechanismus des Direct Benefit Transfer (DBT, „direkter Sozialleistungstransfer“) eingeführt, um mehr als 300 Milliarden Euro an Sozialleistungen an die Bevölkerung zu verteilen.<sup>11</sup> Diese neue Wohlfahrtspolitik, die auf positive Resonanz gestoßen ist, ist jedoch keine Garantie für einen anhaltenden Erfolg Modis und seiner BJP, da sie inzwischen von verschiedenen anderen politischen Parteien in allen indischen Bundesstaaten kopiert wird.

## Die BJP hat die Opposition ins Visier genommen, indem sie sie als Teil eines Elitensystems darstellt.

Die Verbindung von Aufstiegsversprechen und Wohltätigkeit ist ein bewusster Versuch, die festgefühten Kasten- und Klassengrenzen zu verwischen und das Bild einer größeren Hindu-Wählerfamilie zu fördern. Durch den im Hintergrund allgegenwärtigen Hindu-Nationalismus kann die BJP ihre traditionellen Wähler aus der städtischen Mittelschicht und den oberen Kasten relativ leicht halten. Diese Bevölkerungsgruppe verlangt nicht nach einer ambitionierten Politik für das tägliche Leben, sondern nach einem übergreifenden Ziel für die Inder, die indische Nation und nicht zuletzt für die Hindus

im Allgemeinen. Das Leitmotiv der BJP ist ganz einfach: die Stärkung der Mehrheit, die nach Ansicht der Partei seit Jahrzehnten benachteiligt worden ist. Die BJP hat die Opposition und insbesondere den INC ins Visier genommen, indem sie sie als Teil eines Elitensystems darstellt, das einen „Pseudo-Säkularismus“ fördere, indem es angeblich nur Minderheiten (sprich Muslime) begünstige und die hinduistische Mehrheit im Land vernachlässige.

## Wird Indien unter Modi 3.0 zu einer moderateren Politik zurückkehren?

Indien hat seit seiner Unabhängigkeit einen weiten Weg zurückgelegt und ein Großteil seines Erfolges ist auch auf eine gemäßigte politische Agenda zurückzuführen, die im Wesentlichen auf wirtschaftlicher Entwicklung beruht. Unter Modis Regierung hat Indien bedeutende wirtschaftliche Fortschritte gemacht, gleichzeitig ist aber im Land auch eine stärkere soziale und politische Polarisierung entstanden.

Das Wechselspiel zwischen einer zentristischen Tradition einerseits und populistischen Vorstößen zu zahllosen Themen andererseits macht die Situation in Indien faszinierend und herausfordernd zugleich. Kaste, Klasse, Religion, Sprachen und Kulturen bilden seit den Anfängen Indiens das Grundgefüge. Dies wird den meisten populistischen Tendenzen im öffentlichen Leben weiterhin einen Nährboden bieten. Die Herausforderung besteht darin, den ausgrenzenden Charakter des Populismus zu bekämpfen, der in den vergangenen zehn Jahren immer deutlicher zutage getreten ist. Der Populismus, der in Indien die Gesellschaft aufgrund religiöser Identitäten polarisiert, Menschen als nationalistisch oder antinational abstempelt, Kritikern der herrschenden Eliten grundlegende Menschenrechte verweigert und die Funktionsweise von Medien, Legislative und Justiz geschwächt hat, muss in Schach gehalten werden, um der Gefahr einer dauerhaften Erosion der Demokratie entgegenzuwirken.

Die Ergebnisse der diesjährigen Parlamentswahlen könnten eine Rückkehr zu einer Politik der



Mitte ermöglichen, da die BJP weitaus weniger Mandate erhalten hat als angestrebt. In ihrer dritten Amtszeit in Folge ist sie auf Koalitionspartner mit unterschiedlichen ideologischen Standpunkten angewiesen, um die Regierung zu führen. Daher ist zu erwarten, dass eine geschwächte BJP nicht mehr in der Lage sein wird, ihre Politik im Parlament mit der gleichen Dominanz durchzusetzen, und dass sie in ihren politischen Botschaften einen versöhnlicheren Ton anschlagen wird. Nach einem Wahlkampf, der von einer starken Polarisierung geprägt war, wird die Opposition ihre neu gewonnene Stärke im Parlament nutzen, um die Regierung mit politischen Inhalten herauszufordern.

Das vergangene Jahrzehnt war geprägt von einer Diskrepanz zwischen einer erfolgreichen zentristischen Wirtschaftsagenda und einem ausgrenzenden Kurs im sozialen, religiösen und kulturellen Bereich. Während die BJP und ihre Koalitionspartner Indien in die nächste Etappe einer beeindruckenden Entwicklungsgeschichte führen, könnte eine gründlichere Bewertung des gesamten sozialen Gefüges des Landes sehr hilfreich sein. Eine zentrale Aufgabe für die kommenden Generationen wird darin bestehen, die Bedürfnisse und Anliegen der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen in Einklang zu bringen, anstatt eine ideologische Vormachtstellung für eine von ihnen zu beanspruchen.

*– übersetzt aus dem Englischen –*

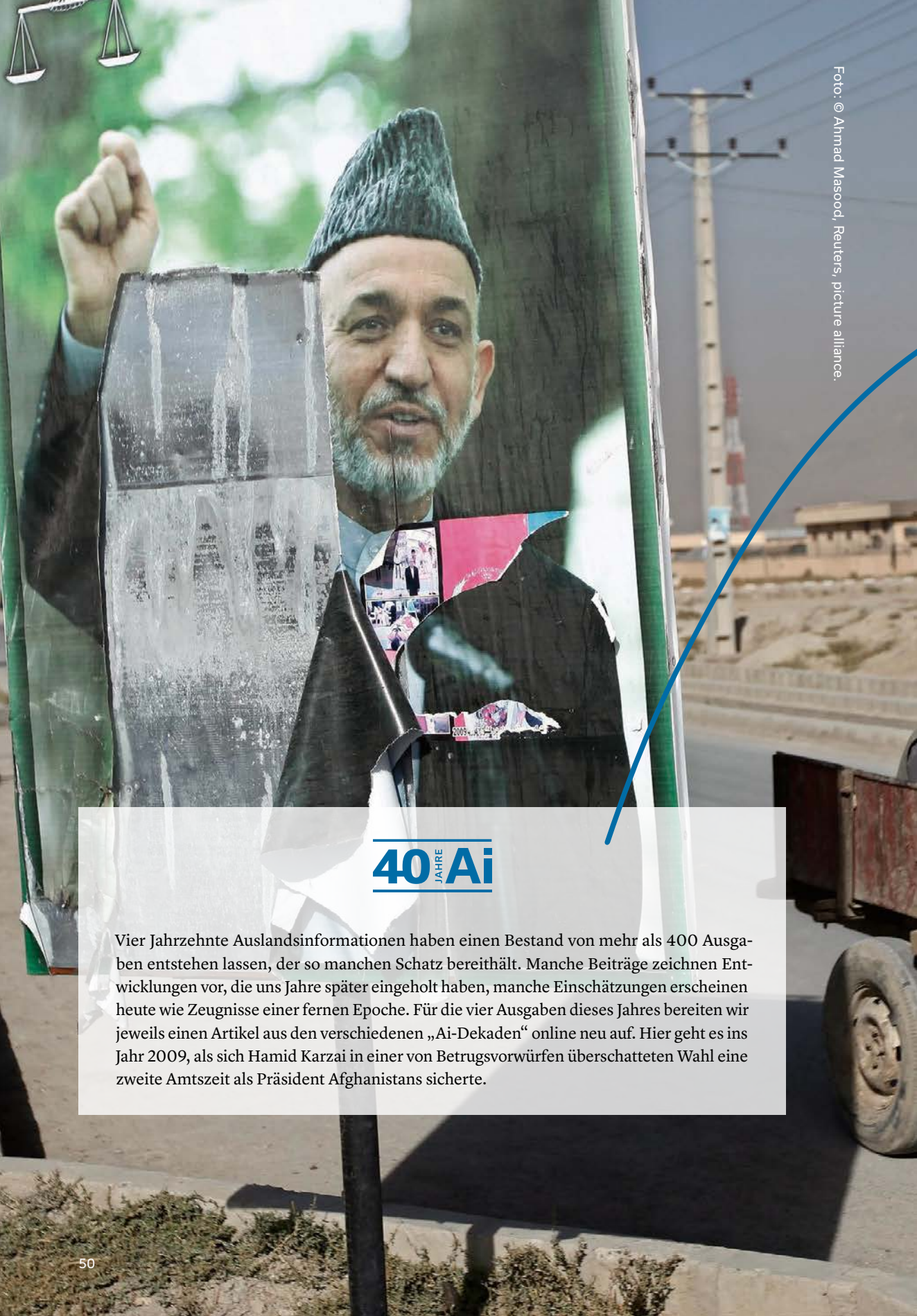
---

**Lewe Paul** ist Referent für Südasien bei der Konrad-Adenauer-Stiftung.

**Ashutosh Nagda** ist Bundeskanzler-Stipendiat der Alexander von Humboldt-Stiftung.

- 1 Rashtriya Swayamsevak Sangh bedeutet frei übersetzt „Nationale Freiwilligenorganisation“.
- 2 Library of Congress 2001: Rashtriya Swayamsevak Sangh, in: <https://ogy.de/o1j2> [15.08.2024].
- 3 Ali, Asim 2022: The Opposition Space in Contemporary Indian Politics, Carnegie Endowment for International Peace, 12.07.2022, in: <https://ogy.de/xspe> [15.08.2024].
- 4 Jaffrelot, Christophe / Tillin, Louise 2017: Populism in India, in: Rovira Kaltwasser, Cristóbal et al. (Hrsg.) 2017: The Oxford Handbook of Populism, S.180.
- 5 Ali, Asim 2022: The patriots, Why is BJP cornering Congress on the nationalism turf?, The Telegraph, 25.06.2022, in: <https://ogy.de/swa5> [15.08.2024].
- 6 Janata ist ein Hindi-Wort für „Volk“. Janata Party bedeutet übersetzt „Volkspartei“, während Bharatiya Janata Party die „Indische Volkspartei“ ist.
- 7 Malik, Yogendra K. / Singh, V.B. 1992: Bharatiya Janata Party: An Alternative to the Congress (I)?, in: Asian Survey 32: 4, S.318-336, hier: S.322.
- 8 Mishra, Anand 2024: How the Ramjanmabhoomi movement fuelled BJP's rise and reshaped India's political landscape, The Hindu, 22.01.2024, in: <https://ogy.de/2dik> [15.08.2024].
- 9 Mukherjee, Vasudha 2023: The Mandal Commission decoded: How OBC reservation came into effect, Business Insider, 20.10.2023, in: <https://ogy.de/03op> [15.08.2024].
- 10 Anand, Abhishek / Dimble, Vikas / Subramanian, Arvind 2020: New Welfarism of Modi govt represents distinctive approach to redistribution and inclusion, The Indian Express, 22.12.2020, in: <https://ogy.de/ykid> [15.08.2024].
- 11 Press Trust of India 2024: Direct Benefit Transfer worth Rs 34 trn facilitated by PFMS: FM Sitharaman, Business Insider, 01.03.2024, in: <https://ogy.de/08x1> [15.08.2024].





## 40 JAHRE Ai

Vier Jahrzehnte Auslandsinformationen haben einen Bestand von mehr als 400 Ausgaben entstehen lassen, der so manchen Schatz bereithält. Manche Beiträge zeichnen Entwicklungen vor, die uns Jahre später eingeholt haben, manche Einschätzungen erscheinen heute wie Zeugnisse einer fernen Epoche. Für die vier Ausgaben dieses Jahres bereiten wir jeweils einen Artikel aus den verschiedenen „Ai-Dekaden“ online neu auf. Hier geht es ins Jahr 2009, als sich Hamid Karzai in einer von Betrugsvorwürfen überschatteten Wahl eine zweite Amtszeit als Präsident Afghanistans sicherte.

# Präsident- schaftswahlen in Afghanistan

Fluch oder Segen für die Demokratie des Landes?

Babak Khalatbari / Tanja Bauer



Artikel lesen unter:  
<https://bit.ly/ai-2009>







Foto: © Matias Chiofalo, Europa Press, afp, afp, culture alliance

Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

# Ohne Mitte geht es nicht

Das fragmentierte politische Zentrum und  
die Regierung Milei in Argentinien

Jana Lajsic

**40**  
JAHRE  
**Ai**

Seit Jahren war das Interesse an der argentinischen Politik nicht mehr so groß wie nach der Wahl Javier Mileis zum Präsidenten. Der exzentrische Radikallibertäre sorgte mit seinen kompromisslosen Reformvorhaben und seiner Empörung über die „politische Kaste“ weltweit für Aufsehen. Die Realität hat jedoch gezeigt, dass er mit seinen drastischen Maßnahmen ohne die etablierten Akteure nicht weiterkommt. Für die geschlagenen Parteien der Mitte wiederum stellt sich die Frage, ob und wie sie mit Mileis Regierung zusammenarbeiten wollen.

---

### **Das einzigartige Experiment Argentinien**

Ende 2022 beherrschte Argentinien die internationalen Schlagzeilen. Die Aufmerksamkeit, die der Gewinn der Fußballweltmeisterschaft hervorgerufen hatte, war allerdings schnell wieder verflogen. Als ein Jahr später der durch Talkshows berühmt gewordene Ökonom und politische Nobody Javier Milei Präsident wurde, kehrte die jahrelang vermisste politische Aufmerksamkeit zurück. Die Erwartungen waren hoch: Dollarisierung der Wirtschaft, Senkung der Inflation und Entmachtung der „korrupten politischen Kaste“. Milei setzte sich in der Stichwahl mit einem satten Vorsprung von elf Prozentpunkten gegen den Kandidaten der peronistischen Partido Justicialista (PJ) und bisherigen Wirtschaftsminister Sergio Massa durch.

Mit Javier Milei haben die Argentinier im Jahr der Feierlichkeiten zum 40. Jahrestag der Wiedererlangung der Demokratie einen Präsidenten gewählt, der mit seinem ungewöhnlichen Stil und seiner scharfen Kritik am politischen Establishment unerwartet große Unterstützung in der Bevölkerung erfährt. Für ein Land wie Argentinien, das seit der Rückkehr zur Demokratie von etablierten politischen Akteuren geprägt wurde, war der Sieg dieses radikalen Libertären eine große Überraschung. Milei fällt nicht nur durch seine politische Programmatik, sondern auch durch seinen exzentrischen Habitus auf.

Im Jahr 2016 trat Milei erstmals im Fernsehen auf und äußerte sich zur Lage der Wirtschaft, wobei er sich mit seiner konfrontativen Art und seinem Geschrei bekannt machte. In einem Land, in dem drei Viertel der Bevölkerung katholisch sind, bezeichnete er den Papst als Vertreter des Bösen auf Erden und nannte ihn einen Dummkopf, der zudem den Kommunismus fördere.<sup>1</sup> Milei inszenierte sich von Anfang an als Rockstar und trat mit seiner wilden Mähne und seiner Lederjacke in großen Stadien auf, oft mit einer Kettensäge in der Hand als Symbol für den von ihm angestrebten Bruch mit sämtlichen politischen Gewohnheiten. Zudem warb er im Präsidentschaftswahlkampf für extreme Ideen wie die Liberalisierung des Organhandels und die Abschaffung der Zentralbank. Wie eine so ungewöhnliche Persönlichkeit Präsident Argentiniens werden konnte, wird besser nachvollziehbar, wenn man die politische und wirtschaftliche Situation des Landes in den Jahren zuvor betrachtet.

### **Aus TikTok-Star wird Präsident**

Der Wahlsieg von Javier Milei in Argentinien war überraschend, aber angesichts der Situation des Landes durchaus verständlich. Er gewann die Präsidentschaftswahlen zu einem Zeitpunkt, als Argentinien eine monatliche Inflationsrate von 25,5 Prozent und eine jährliche Inflationsrate von 211,4 Prozent verzeichnete.<sup>2</sup> 41,7 Prozent der argentinischen Bevölkerung waren im Wahljahr von Armut betroffen.<sup>3</sup> Die Argentinier waren unzufrieden mit der Regierung des



Linkspersonen Alberto Fernández. Dieser hatte sich in den letzten Monaten seiner Präsidentschaft völlig aus der Öffentlichkeit zurückgezogen. Zur Wahl standen neben Kandidaten kleinerer Parteien der ideologisch flexible Sergio Massa, damaliger Wirtschaftsminister der peronistischen Partei; Patricia Bullrich, ehemalige Sicherheitsministerin der Regierung von Mauricio Macri (2015 bis 2019), die dem wirtschaftsliberalen Flügel der Mitte-rechts-Partei Propuesta Republicana (PRO) angehört; und der

selbsternannte Anarchokapitalist Javier Milei, der weniger als zwei Jahre als Abgeordneter für die von ihm erst im Jahr 2021 neugegründete Partei La Libertad Avanza (LLA) im Parlament gesessen hatte.

Das Ergebnis war eindeutig: Die Argentinier entschieden sich für einen radikalen Bruch mit der traditionellen Politik in der Hoffnung, die Dauerkrise des Landes durch eine Schocktherapie mit drastischen Sparmaßnahmen lösen zu können.



Mit Ansage: Schon als Präsidentschaftskandidat hatte Javier Milei die Argentinier auf schwere wirtschaftliche Einschnitte vorbereitet. Tatsächlich ist die Inflation unter seiner Führung deutlich gesunken, die Armutsrate zunächst aber auf 55 Prozent gestiegen. Das Bild zeigt die kostenlose Ausgabe landwirtschaftlicher Produkte in Buenos Aires. Foto: © Igor Wagner, Sipa USA, picture alliance.

Mileis Sieg war landesweit: Er gewann in 21 der 24 Provinzen. Beliebt ist er vor allem bei jungen Wählern. Dies hat er seiner Präsenz in den sozialen Medien zu verdanken, insbesondere auf TikTok, wo ihm mittlerweile mehr als zwei Millionen Menschen folgen. Seine Kritik an der „korrupten politischen Kaste“ traf den Nerv der Zeit und seine Fähigkeit, komplexe ökonomische Sachverhalte in kurzen TikTok-Videos einfach zu erklären, machte ihn für eine Wählerschaft attraktiv, die Argentiniens jahrzehntelange wirtschaftliche Misere nur schwer nachvollziehen konnte. Seine klare Positionierung im Kampf gegen Korruption und für die Befreiung der Wirtschaft aus den Klauen der „Parasiten“, der „politischen Kaste“ und der vielen ineffizienten und unnötig beschäftigten Staatsangestellten spiegelt den Wunsch wider, an den Wohlstand des frühen 20. Jahrhunderts anzuknüpfen, als Argentinien eines der reichsten Länder der Welt war.

### Mileis „Kettensägenprojekt“ ist ohne die Unterstützung der politischen Mitte nicht durchsetzbar.

#### Schluss mit den „Usual Suspects“

Die Stimmung im Jahr 2023 war ähnlich wie nach der Krise im Jahr 2001, als überall der Slogan „Que se vayan todos“ („Auf dass alle verschwinden“) an die Politiker gerichtet wurde. Die Argentinier hatten genug von den etablierten Eliten, die keine nennenswerten Ergebnisse geliefert und das Land in einen noch größeren Abgrund geführt hatten. Tatsächlich ist Argentinien seit Jahren auf wirtschaftlicher Talfahrt und mit einem Schuldenberg von fast 44 Milliarden US-Dollar der mit Abstand größte Schuldner des Internationalen Währungsfonds (IWF)<sup>4</sup>. Das Land leidet unter einer katastrophalen Wirtschaftsführung, die durch jahrelange öffentliche Mehrausgaben und das Drucken von Zentralbankgeld zu deren Finanzierung die Situation noch verschärfte und die Inflation anheizte.

Die Bürger suchten daher einen Kandidaten ohne politische Verstrickungen und fanden diese Identifikationsfigur im Antisystem-Kandidaten Javier Milei. Eines seiner Hauptanliegen war die Senkung von Steuern und öffentlichen Ausgaben, was sich unter anderem in der Entlassung von Staatsbediensteten, der Einstellung öffentlicher Bauaufträge und der Kürzung von Subventionen für Transport und Energie niederschlug.

#### Der Alleingang ist nicht der Weisheit letzter Schluss

Angesichts der mangelnden Präsenz von La Libertad Avanza in beiden Kammern des Kongresses und Mileis schlechten Abschneidens bei den Wahlen auf Provinzebene ist nach rund zehn Monaten Regierungszeit klar, dass sein „Kettensägenprojekt“ von Wirtschafts- und Staatsreformen ohne die Unterstützung der politischen Mitte nicht durchsetzbar ist. Ende vergangenen Jahres fanden nämlich nicht nur Präsidentschaftswahlen statt, sondern auch die Parlamentswahlen, bei denen ein Drittel des Senats und die Hälfte der Abgeordnetenkammer neu gewählt wurden. Das Ergebnis dieser Wahlen fiel nicht zugunsten Mileis aus. Seine Partei LLA konnte lediglich 34 neue Sitze im 257-köpfigen Nationalkongress erringen; insgesamt verfügt sie derzeit über 38 Sitze, was etwa 15 Prozent entspricht. Im Senat sieht es mit nur 7 von 72 Sitzen oder rund 10 Prozent noch schlechter aus. Trotz seiner Bemühungen, sich vom politischen Establishment zu distanzieren, wurde deutlich, dass Milei wegen seiner parlamentarischen Schwäche mehr als jeder andere auf die Unterstützung der etablierten politischen Kräfte angewiesen ist, um seine Wahlversprechen umzusetzen. In Argentinien bedeutet dies eine Hinwendung zu den verschiedenen Kräften der politischen Mitte, wobei sich die liberal-konservative PRO als natürlicher Bündnispartner andiente.

Argentinien ist ein föderaler Staat mit 24 Provinzen, von denen keine einzige von einem Gouverneur der Milei-Partei geführt wird. Aufgrund der Sparmaßnahmen und der erheblichen Kürzungen der Transferleistungen von der Nationalregierung an die Provinzen kam es zu Konflikten





mit vielen Gouverneuren. Da diese Gouverneure auf die Überweisungen aus Buenos Aires angewiesen sind, versuchten einige, Druck auf Milei auszuüben. So drohte beispielsweise der Gouverneur von Chubut, Ignacio Torres, mit der Blockade von Gas- und Benzinlieferungen.<sup>5</sup> In

den ersten vier Monaten des Jahres 2024 sanken die gesamten nicht-automatischen Transferleistungen an die Provinzen und Gemeinden um 89,5 Prozent.<sup>6</sup> Auch hier erkannte Milei, dass er die Probleme nicht allein lösen kann, und versuchte einen Weg zu finden, um die Unterstützung der



Gouverneure für einen Zehn-Punkte-Pakt für die Zukunft Argentiniens zu erhalten, der jedoch nicht wie angekündigt rechtzeitig zum Nationalfeiertag am 25. Mai, sondern erst am 9. Juli 2024 mit der Unterstützung von nur 18 der 24 Gouverneure zustande kam.



Die politische Mitte in Argentinien wiederum sieht sich seit Amtsantritt des neuen Präsidenten mit der Frage konfrontiert, in welcher Form sie mit einem Staatsoberhaupt wie Milei zusammenarbeiten will. Das Auftreten einer neuen politischen Kraft in der Person von Javier Milei hat die etablierten Parteien gezwungen, einen Schritt zurückzutreten, ihre Programmatik und Ziele neu zu bewerten und ihre Wählerschaft nicht als gegeben zu betrachten. In diesem Sinne spielt der Erfolg eines radikalen Kandidaten durchaus eine positive Rolle: Er setzt die Parteien der Mitte unter Druck, ihr Profil zu schärfen und sich neu zu organisieren.

### Zwischenbilanz der Präsidentschaft Milei

Mileis ehrgeizige, aber unrealistische Pläne, in einer reifen Demokratie wie Argentinien per Dekret durchzuregieren, scheiterten. Im Bewusstsein seiner parlamentarischen Schwäche griff Milei zu Beginn seiner Amtszeit wie bereits seine Vorgänger auf das Instrument des Präsidialdekrets wegen Bedarf und Dringlichkeit (DNU) zurück. Ein Mega-Dekret, das mehr als hundert Gesetze ändern, ersetzen und aufheben sollte, wurde nicht in vollem Umfang umgesetzt. Der Senat lehnte es als erstes Regierungsdekret seit der Einführung dieser Rechtsfigur bei der Verfassungsreform von 1994 ab, es blieb jedoch trotzdem in Kraft, da es nur durch eine Ablehnung in beiden Kammern des Parlaments seine Wirksamkeit verliert. Aufgrund fehlender parlamentarischer Unterstützung ist die Umsetzung jedoch nicht weit fortgeschritten.

Erfolgreicher war Milei, als er seine kompromisslose Haltung bezüglich seiner Reformvorhaben aufgab. Nach monatelangen Beratungen wurde ein von seiner Regierung eingebrachtes Omnibusgesetz nach anfänglichem Scheitern im Nationalkongress von ursprünglich 664 Artikeln auf

Noch in der Findungsphase: Die konservativ-liberale PRO ringt seit dem Wahlsieg Javier Mileis mit ihrer Position gegenüber dem Präsidenten. Parteichef und Ex-Präsident Mauricio Macri (im Bild) steht für eine partielle Zusammenarbeit mit Milei. Foto: © Catriel Gallucci Bordon, NurPhoto, picture alliance.



rund ein Drittel reduziert und dann verabschiedet. Der Gesetzesentwurf führt eine Art Notstandsverordnung für Verwaltungs-, Wirtschafts-, Finanz- und Energiefragen ein und überträgt Milei für ein Jahr die Gesetzgebungskompetenz in diesen Bereichen. Der Reformvorschlag wurde im Senat mit knapper Mehrheit angenommen, wobei die Vizepräsidentin Victoria Villarruel die entscheidende Stimme abgab, nachdem es 36 Ja- und 36 Nein-Stimmen gab.

Neben dieser Gesetzgebung hat Milei weitere Reformpläne umgesetzt, darunter die Abwertung des argentinischen Pesos um 50 Prozent, die Kürzung staatlicher Subventionen für Treibstoff und die Halbierung der Zahl der Ministerien. Die Inflation hat sich deutlich verlangsamt – die Rate fiel im Mai auf 4,2 Prozent, den niedrigsten Stand seit zwei Jahren. Die Kehrseite der Medaille besteht darin, dass die argentinische Wirtschaft stark geschrumpft ist: Die Konsumausgaben sind in den ersten drei Monaten dieses Jahres deutlich zurückgegangen, die Armutsrate ist auf 55 Prozent gestiegen.<sup>7</sup> Besonders betroffen von Mileis Maßnahmen sind die Rentner. So haben die Renten seit Jahresbeginn – nach Abzug der Inflation – rund 30 Prozent an Wert verloren.<sup>8</sup>

## Das Parteiensystem ist vom Aufstieg Javier Mileis und seiner Partei nicht unberührt geblieben.

—

Dominant in Mileis Diskurs ist die Frage nach der Rolle des Staates. So wie er damit geworben hatte, ohne die „politische Kaste“ regieren zu wollen, hatte er auch angekündigt, die staatlichen Aufgaben auf ein absolutes Minimum zu reduzieren. Von Anfang an verordnete er dem Staatsapparat eine Schrumpfungskur, zum einen durch die Reduzierung der Zahl der Staatsbediensteten, die unter den drei Kirchner-Regierungen (2003 bis 2015) um 65 Prozent gestiegen war<sup>9</sup>, zum anderen durch die Privatisierung staatlicher Unternehmen.<sup>10</sup> In der Praxis treten jedoch auch Inkongruenzen auf. So finanzierte Milei 90

Prozent seines Wahlkampfes aus staatlichen Mitteln<sup>11</sup> und scheint sich durchaus darüber bewusst zu werden, dass Argentinien allein mit einem Nachwächterstaat nicht zu regieren ist.

Trotz der wirtschaftlichen Schwierigkeiten kann Javier Milei auf die Unterstützung der Mehrheit der argentinischen Bürger bauen. Jüngsten Umfragen zufolge ist er mit einer Zustimmungsrate von 55,7 Prozent der Präsident Lateinamerikas mit dem höchsten Ansehen.<sup>12</sup> Angesichts der aktuellen Wirtschaftslage mag es für Außenstehende schwer nachvollziehbar sein, warum Milei hohe Zustimmungswerte genießt, aber viele Argentinier sehen in ihm den einzigen Ausweg aus der Krise. Milei hatte die nun umgesetzten radikalen Sparmaßnahmen bereits im Wahlkampf angekündigt und die Bevölkerung auf schwere Zeiten eingestimmt, was ihn glaubwürdig macht.<sup>13</sup> Zudem sind die Alternativen schwach:<sup>14</sup> Keine der Oppositionsparteien hat einen attraktiveren Plan zur Verbesserung der wirtschaftlichen Lage vorgelegt und sie haben auch nicht die Kraft, der Regierung vereint entgegenzutreten.

## Argentinien Parteien in Aufruhr

Das argentinische Parteiensystem ist vom Aufstieg Javier Mileis und seiner Partei nicht unberührt geblieben. Im Gegenteil: Die Oppositionsparteien sehen sich seit den Präsidentschaftswahlen gezwungen, die Scherben der Wahlniederlage aufzusammeln und stellen sich in einem von internen Machtkämpfen geprägten Prozess inhaltlich neu auf. Besonders hart trifft der Erfolg des Libertären die PRO, die sich bereits vor den Präsidentschaftswahlen in einer Identitätskrise befand. Seit ihrer Gründung hatte die Partei mit ihrer Position der Fundamentalopposition zur Politik der Regierungen des Ehepaars Néstor und Cristina Fernández de Kirchner, die Argentinien von 2003 bis 2015 regierten, nur wenig Konkurrenz in der argentinischen Parteienlandschaft.

Die Kirchners bildeten den Gegenentwurf zur wirtschaftsliberalen Politik des ehemaligen Präsidenten und peronistischen Parteifreundes Carlos Menem (1989 bis 1999) und standen für

linkspopulistische Maßnahmen wie Devisenkontrollen, Preisobergrenzen und protektionistische Handelspolitik, was zu massiv steigenden Staatsausgaben führte. Das Ziel des PRO-Parteivorsitzenden Mauricio Macri war die Beendigung der unter den Vorgängerregierungen weit verbreiteten Korruption, ähnlich wie es Milei mit seiner jetzigen Politik anstrebt. Macri gelang 2015 der Sieg bei den Präsidentschaftswahlen und er konnte als einziger nicht-peronistischer Präsident seit Rückkehr zur Demokratie seine Amtszeit regulär beenden. Aber seine Regierungszeit von 2015 bis 2019 war für viele enttäuschend, der versprochene Wandel unter seiner Wahlallianz Juntos por el Cambio (Zusammen für den Wandel) mit der Unión Cívica Radical (UCR) und der Coalición Cívica (CC) blieb aus und die Reformversuche scheiterten. Mit dem Aufkommen von LLA reichte es für die PRO nicht mehr aus, sich hauptsächlich gegen die Kirchner-Politik und deren Vertreter zu richten. Weder 2019 noch 2023 war das Angebot der PRO für den Wandel für die Argentinier überzeugend genug, um ihr die Präsidentschaft wieder anzuvertrauen.

## Das politische Zentrum ist sich uneinig, ob und wie das Experiment Milei unterstützt werden soll.

Aber nicht nur die Mitte-rechts-Akteure, sondern auch die Peronisten, die sich programmatisch im Mitte-links- bis Linksbereich des politischen Spektrums bewegen (mit einem Ausflug in den Neoliberalismus in den 1990er-Jahren unter der Regierung Menem) befinden sich in einer Identitätskrise.<sup>15</sup> Sie erkennen selbst, dass sie sich dringend neu erfinden müssen, wie Malena Galmarini, die Ehefrau des peronistischen Präsidentschaftskandidaten Sergio Massa, betonte.<sup>16</sup> Sogar die mächtige ehemalige Präsidentin (2007 bis 2015) und Vizepräsidentin (2019 bis 2023) Cristina Fernández de Kirchner hat die Notwendigkeit einer neuen Agenda für den Peronismus zum Ausdruck gebracht.<sup>17</sup> In den ersten sechs Monaten der Regierung Milei

äußerte sie sich nur bei wenigen Gelegenheiten öffentlich, unter anderem am Jahrestag des ersten Wahlsiegs ihres Mannes Néstor Kirchner. Sie argumentierte, dass die Argentinier ein unnötiges Opfer bringen müssten, und bezeichnete Mileis Regierung als anarcho-kolonialistisch.<sup>18</sup> Der interne Machtkampf zwischen ihrem Sohn Máximo Kirchner, dem Vorsitzenden der PJ in der Provinz Buenos Aires, und dem dortigen Gouverneur Axel Kicillof um die Führung der Partei wurde öffentlich ausgetragen und verdeutlichte die Schwäche der Peronisten nach den Präsidentschaftswahlen. Der Kirchnerismus, also die linkspopulistische politische Strömung des Peronismus, verliert an Einfluss. Umfragen zufolge identifizieren sich die Argentinier immer stärker mit einem Peronismus der politischen Mitte, immer weniger jedoch mit dem Kirchnerismus, was sich allerdings noch nicht auf die politische Führung der PJ übertragen hat.<sup>19</sup>

Die UCR, die älteste Partei des Zentrums und Bündnispartner von PRO in Juntos por el Cambio, blieb von internen Konflikten im Zusammenhang mit der Regierung Milei nicht verschont. Luis Petri von der UCR wird von vielen Parteifreunden kritisiert, weil er in der Regierung Milei die Rolle des Verteidigungsministers übernommen hat. Während sich große Teile der PRO für die Unterstützung des Regierungsprojekts entschieden haben, herrscht in der UCR größere Uneinigkeit.

### Soll die politische Mitte die Regierung von Javier Milei unterstützen?

Unter den Politikern des politischen Zentrums gibt es unterschiedliche Meinungen darüber, ob und wie das Experiment Milei unterstützt werden soll. Entscheidungen darüber mussten zunächst innerhalb der PRO getroffen werden, die den Einzug in den zweiten Wahlgang der Präsidentschaftswahl verpasst hatte. Während einige, wie der ehemalige Präsident Mauricio Macri und die Sicherheitsministerin Patricia Bullrich, Milei sofort nach der eigenen Wahlniederlage im ersten Wahlgang schon in der Stichwahl unterstützten, sprachen sich andere, wie der ehemalige Regierungschef von Buenos Aires,

Horacio Rodriguez Larreta, klar dagegen aus.<sup>20</sup> Der Konflikt um die Unterstützung der Regierung Milei hat eine neue Dimension erreicht, da eine interne Auseinandersetzung innerhalb der PRO über eine mögliche Fusion mit der LLA öffentlich geworden ist.<sup>21</sup> Die Fusion wird insbesondere von Patricia Bullrich unterstützt, die jetzt in der Regierung von Javier Milei erneut als Sicherheitsministerin fungiert.<sup>22</sup> Auch die Peronisten stehen vor der Frage, ob sie Milei unterstützen sollen, insbesondere im Hinblick auf die Gesetzgebungsverfahren im Kongress.<sup>23</sup> Außerdem gehören der Regierung Milei mehr als 40 Peronisten an, darunter Guillermo Francos, der Chef des Ministerkabinetts.<sup>24</sup>

Was die Unterstützung der von Milei angestrebten Reformen anbelangt, so befürworten viele Politiker, die die Programmatik von Milei vielleicht nicht vollkommen teilen, die legislative Unterstützung von dessen Zielen, da sie ihm darin zustimmen, dass es tiefgreifender Reformen des Wirtschaftssystems bedarf. Dies scheint zumindest bei einigen politischen Akteuren eine Identitätskrise ausgelöst zu haben. Zunehmend wird in den Parteien der Mitte die Frage diskutiert, ob die Politiker, die den grundlegenden Kurs der Regierung unterstützen, nicht ihre Ursprungsparteien verlassen und der LLA beitreten müssten. Das Parteiensystem in Argentinien ist derzeit sehr fragil und könnte vor massiven Umwälzungen stehen. Dies gilt insbesondere für die PRO, die Tendenzen zu einer Fusion mit der LLA gezeigt hat. Tatsächlich aber sollte die Partei Mileis Sieg zum Anlass nehmen, sich neu zu formieren und ihre Ziele und Programmatik zu definieren. Selbst wenn die PRO mit Teilen von Mileis Wirtschaftsagenda einverstanden ist, muss sie diese Agenda nicht bedingungslos akzeptieren. Es ist ihre Aufgabe, darüber zu debattieren und eine gemeinsame Basis zu finden, sowohl innerhalb der PRO selbst, als auch mit der Regierungspartei. Bis zu den nächsten Zwischenwahlen, bei denen beide Kammern neu gewählt werden, hat die PRO ein Jahr Zeit, ihre Strategien und Positionen zu überdenken. Die politische Mitte sollte präsent sein, insbesondere unter einer radikalen und unbeständigen

Regierung wie der von Milei, um aufmerksame und anhaltende parlamentarische Kontrolle zu gewährleisten.

## Fazit

Mileis Erfolg als Präsidentschaftskandidat hat das argentinische Parteiensystem zweifellos in Aufruhr versetzt. Aufgrund der schwachen eigenen Präsenz in beiden Kammern des Nationalkongresses war Javier Mileis Regierung gezwungen, von ihren radikalen Reformplänen Abstand zu nehmen und Kompromisse mit den anderen Parteien zu suchen. Was die Parteien der Mitte bisher erreicht haben, ist eine Diskussion und Modifizierung der Reformpläne Mileis, da sie nicht alle seine Ideen bedingungslos akzeptieren. Milei hat die Oppositionsparteien der Mitte, vor allem die konservativ-liberale PRO, gezwungen, ihre Identität zu überdenken, einen Dialog mit der Partei des Präsidenten in Erwägung zu ziehen und ihre internen Strukturen zu überprüfen. Das ist nicht unbedingt ein schlechter Ansporn für die heutigen Oppositionsparteien, die seit Jahren in ihrem Trott feststecken.

Um aus der Asche der chronischen Wirtschaftskrise, die Argentinien durchlebt, auferstehen zu können, sind neue Lösungen gefragt. In diesem Sinne könnte Milei für frischen Wind sorgen. Allerdings haben seine Reformmaßnahmen Auswirkungen auf den Geldbeutel und die soziale Situation der Argentinier, denen sich auch die Oppositionsparteien stellen müssen. Sie können die Umsetzung der Reformen unterstützen, ohne ihre Parteiidentität zu ändern oder mit der LLA zu fusionieren.

---

**Jana Lajsic** ist Trainee im Auslandsbüro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Argentinien mit Sitz in Buenos Aires.

- 1 Pullella, Philip 2023: From ‚imbecile‘ to ‚Your Holi-ness‘ – Argentina’s Milei changes tone on Pope Francis, Reuters, 21.11.2023, in: <https://reut.rs/47IDvXR> [20.09.2024].
- 2 Ministerio de Economía Argentina / Instituto Nacional de Estadística y Censos (INDEC) 2024: Índice de precios al consumidor (IPC) (Verbraucherpreis-index), Informes técnicos 8: 1, 11.01.2024, in: <https://ogy.de/qd1o> [27.08.2024].
- 3 Boettner, Mariano 2024: En 2023, la pobreza llegó al 41,7% de la población y alcanzó a 19,4 millones de personas en todo el país (2023 waren 41,7% der Bevölkerung und somit 19,4 Millionen Menschen landesweit von Armut betroffen), Infobae, 27.03.2024, in: <https://ogy.de/2kdl> [27.08.2024].
- 4 Roy, Diana 2024: Argentina’s Struggle for Stability, Council on Foreign Relations, 05.02.2024, in: <https://ogy.de/674q> [27.08.2024].
- 5 Infobae 2024: Desafiante respuesta de Milei a Torres: „Proceda con su amenaza y hágase cargo de las consecuencias en la Justicia“ (Mileis trotzige Antwort an Torres: „Machen Sie mit Ihrer Drohung weiter und tragen Sie die Konsequenzen vor Gericht“), 23.02.2024, in: <https://ogy.de/bptu> [27.08.2024].
- 6 Oficina de Presupuesto del Congreso 2024: Transferencias a gobiernos provinciales y municipales – primer cuatrimestre de 2024 (Übertragungen an Provinz- und Kommunalregierungen – Januar bis April 2024), 17.05.2024, in: <https://ogy.de/pj2e> [27.08.2024].
- 7 Di Grande, Ludmila 2024: En el primer trimestre, la pobreza alcanzó al 55% de la población, el nivel más alto desde 2002 (Im ersten Quartal erreichte die Armut 55% der Bevölkerung, den höchsten Stand seit 2002), Infobae, 20.05.2024, in: <https://ogy.de/bell> [14.08.2024].
- 8 Busch, Alexander 2024: Sechs Monate Javier Milei in Argentinien – im Ausland ein Pop-Star, im Inland immerhin populär, Neue Zürcher Zeitung, 14.06.2024, in: <https://nzz.ch/ld.1834626> [27.08.2024].
- 9 Argentinisches Tageblatt 2023: Argentinien unter Milei: die Hürde des Staatsapparates, 30.11.2023, in: <https://ogy.de/6k7v> [27.08.2024].
- 10 Ebd.
- 11 Suárez, Martín 2023: Milei financió casi el 90% de su campaña electoral con dinero del Estado (Milei finanzierte fast 90% seines Wahlkampfes mit Staatsgeldern), Tiempo Argentino, 01.11.2023, in: <https://ogy.de/jfr5> [27.08.2024].
- 12 Infobae 2024: Javier Milei subió de posición y ahora es el presidente sudamericano con mejor imagen (Javier Milei ist in der Rangliste aufgestiegen und nun der südamerikanische Präsident mit dem besten Image), 18.06.2024, in: <https://ogy.de/41q3> [27.08.2024].
- 13 Winter, Brian 2024: Why Argentines Seem to Be Sticking With Milei, Americas Quarterly Podcast, 18.04.2024, in: <https://ogy.de/sc4i> [27.08.2024].
- 14 Fara, Carlos 2024: ¿Quién es oposición a Javier Milei? (Wer ist die Opposition zu Javier Milei?), La Capital, 23.06.2024, in: <https://ogy.de/rjsc> [27.08.2024].
- 15 González, Gustavo 2023: La crisis de identidad del peronismo (Die Identitätskrise des Peronismus), Perfil, 30.04.2023, in: <https://ogy.de/e13p> [27.08.2024].
- 16 Infobae 2024: Malena Galmarini: „De verdad creo que el peronismo hay que reinventarlo“ (Malena Galmarini: „Ich glaube wirklich, dass der Peronismus neu erfunden werden muss“), 05.04.2024, in: <https://ogy.de/2xgi> [27.08.2024].
- 17 Múgica Díaz, Joaquín 2024: Cristina Kirchner cree que el peronismo debe terminar con la autocrítica y empezar a discutir una nueva agenda (Cristina Kirchner glaubt, dass der Peronismus die Selbstkritik beenden und mit der Diskussion einer neuen Agenda beginnen muss), Infobae, 10.04.2024, in: <https://ogy.de/avic> [27.08.2024].
- 18 Ámbito Financiero 2024: Cristina Kirchner fustigó el plan económico de Javier Milei y lanzó un fuerte mensaje a la interna del PJ (Cristina Kirchner kritisierte den Wirtschaftsplan von Javier Milei und sandte eine starke Botschaft an die PJ), 27.04.2024, in: <https://ogy.de/ed2e> [27.08.2024].
- 19 Fuego Simondet, Javier 2024: La adhesión al kirchnerismo cae y crece el peronismo, pero el cambio no se traslada al debate partidario (Die Anhängerschaft des Kirchnerismus nimmt ab und der Peronismus legt zu, aber der Wandel überträgt sich nicht auf die Parteidebatte), La Nación, 29.07.2024, in: <https://ogy.de/5518> [27.08.2024].
- 20 Mercado, Silvia 2023: El apoyo a Milei divide al PRO: quiénes quedaron de un lado o el otro de la grieta libertaria (Die Unterstützung für Milei spaltet die PRO: Wer auf der einen oder anderen Seite der libertären Spaltung steht), El Cronista, 30.10.2023, in: <https://ogy.de/i5v5> [27.08.2024].
- 21 Moreno, Matías 2024: Los conversos al mileismo: se agudiza la crisis en Pro por la pelea Macri-Bullrich y la eventual „fusión“ con los libertarios en 2025 (Konvertiert zum Mileismus: Die Krise der PRO verschärft sich aufgrund des Macri-Bullrich-Kampfes und der eventuellen „Fusion“ mit den Libertären im Jahr 2025), La Nación, 23.05.2024, in: <https://ogy.de/wiux> [27.08.2024].
- 22 Moreno, Matías 2024: En guerra con Macri por el control de Pro, Bullrich y Valenzuela aceleran el plan de fusión con Milei (Im Krieg mit Macri um die Kontrolle über PRO beschleunigen Bullrich und Valenzuela den Fusionsplan mit Milei), La Nación, 02.06.2024, in: <https://ogy.de/gkjj> [27.08.2024].
- 23 La Nación 2024: Cristina Kirchner apuntó contra los dos senadores peronistas que votaron a favor de la Ley Bases (Cristina Kirchner nahm die beiden peronistischen Senatoren ins Visier, die für das Grundlagengesetz gestimmt hatten), 13.06.2024, in: <https://ogy.de/apd0> [27.08.2024].
- 24 Clarín 2024: Con Daniel Scioli, ya son más de 40 los peronistas con cargo en el gobierno de Milei (Mit Daniel Scioli gibt es bereits mehr als 40 Peronisten mit Ämtern in der Milei-Regierung), 06.02.2024, in: <https://ogy.de/6pvg> [27.08.2024].





Foto: © Esteban Felix, AP, picture alliance.

Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

# Die Krise als Chance

Zu den Potenzialen gemäßigter Kräfte in Chile

Olaf Jacob

**40**  
JAHRE  
**Ai**

Chile galt lange als Musterland Lateinamerikas. Doch soziale Unruhen, der Rückgang des Wirtschaftswachstums sowie die Zunahme von organisierter Kriminalität und Parteienverdrossenheit haben in den vergangenen Jahren zu einer politischen Polarisierung und Fragmentierung der Gesellschaft beigetragen. Mit der christdemokratischen Partei hat sich zudem ein traditionell moderater Akteur des chilenischen Parteiensystems aus der Mitte nach links verabschiedet. Wer kann den freigewordenen Raum besetzen?

---

### Die sozialen Unruhen 2019 und die Rolle der traditionellen Parteien der Mitte

Seit der Rückkehr zur Demokratie im Jahr 1990 hat Chile fast 30 Jahre der politischen Stabilität, des sozialen Friedens und eines stetigen Wirtschaftswachstums erlebt. Chile galt als Musterland in der Region. Zwischen 1990 und 2019 verzeichnete es ein jährliches Wirtschaftswachstum von durchschnittlich knapp fünf Prozent<sup>1</sup>, begleitet von einer vergleichsweise geringen Inflation von etwa drei Prozent pro Jahr seit Ende der 1990er-Jahre.<sup>2</sup> Laut Weltbank stieg in diesem Zeitraum das Pro-Kopf-Einkommen von rund 2.500 US-Dollar (1990) auf etwa 15.000 US-Dollar (2019)<sup>3</sup>, was einem Anstieg um das Sechsfache entspricht. Diese positive Entwicklung wurde unter anderem durch eine liberale Handels- und Wirtschaftspolitik ermöglicht, die gezielt die Öffnung des Landes für ausländische Investitionen und Handelsbeziehungen förderte. Ferner wurde die Infrastruktur des Landes (Häfen, Autobahnen, Flughäfen) deutlich ausgebaut. Diese Handels- und Wirtschaftspolitik wurde durch sozialpolitische Maßnahmen zur Stärkung der Mittelschicht flankiert. Der Gini-Koeffizient zur Messung der Ungleichheit verringerte sich zwischen 1990 und 2017 von 0,57 auf 0,45 Punkte<sup>4</sup>, während die Armutsrate im selben Zeitraum von 40,0 auf 8,6 Prozent sank.<sup>5</sup>

In politischer Hinsicht verzeichnete Chile nahezu drei Jahrzehnte lang eine Periode der Stabilität. Das binominale Wahlsystem<sup>6</sup>, das von 1989 bis

2013 eingesetzt wurde und praktisch die Bildung eines Zweiparteiensystems durch Wahlallianzen ermöglichte, verhinderte eine frühzeitige Fragmentierung der politischen Landschaft. Die Abschaffung des binominalen Systems ab der Präsidentschafts- und Parlamentswahl 2017 begünstigte die Bildung kleinerer Parteien, was wiederum ab 2019 zur Fragmentierung beitrug. Mit dem Beginn der sozialen Unruhen im Oktober 2019, dem *estallido social*, veränderte sich die politische Landschaft in Chile auf radikale und seit Rückkehr zur Demokratie nie dagewesene Weise.

Auslöser der landesweiten, gewaltsamen Unruhen war eine Erhöhung der Fahrpreise des öffentlichen Personennahverkehrs. Schätzungsweise 1,2 Millionen Menschen gingen am 25. Oktober 2019 in der Hauptstadt Santiago de Chile auf die Straße, um gegen die Sozialpolitik der liberal-konservativen Regierung unter Präsident Sebastián Piñera (Renovación Nacional) zu protestieren. Es handelte sich um die größte politische Demonstration in der Geschichte Chiles.<sup>7</sup> Die Proteste wurden von gewaltsamen Auseinandersetzungen überschattet. Mehrere U-Bahn-Stationen, Ministerien sowie zahlreiche öffentliche und private Einrichtungen wurden zerstört. Die UN-Klimakonferenz (COP 25) und ein geplanter Gipfel der APEC (Asia-Pacific Economic Cooperation) in Santiago mussten abgesagt werden. Der Präsidentschloss La Moneda, Amtssitz des chilenischen Staatspräsidenten, stand kurz vor der gewaltsamen Übernahme durch kommunistische und anarchistische Gruppierungen.



In diesem Zusammenhang positionierten sich die großen, traditionsreichen Parteien der politischen Mitte, die sozialdemokratische Partido Socialista (PS) und die christdemokratische Partido Demócrata Cristiano (PDC), äußerst ambivalent. Zwar wurden die Auseinandersetzungen formell kritisiert, aber eine eindeutige Verurteilung der Gewalt bei den Protesten wurde versäumt. Es entstand der Eindruck, dass

die zum Teil gewaltsamen Demonstrationen bei Mandatsträgern der traditionellen Parteien der Mitte auf Verständnis und sogar verdeckte Sympathie stießen. Die Gefahr der Destabilisierung und des möglichen Sturzes der liberal-konservativen Regierung unter Präsident Piñera wurde hingenommen. Dies führte bei der PDC zu einer ersten Welle von Austritten. Parteimitglieder und -funktionäre, die dem konservativen





Brennende Barrikaden: Nach einer Erhöhung der Fahrpreise im öffentlichen Personennahverkehr brachen im Oktober 2019 in Chile gewalttätige Proteste aus. Foto: © Jorge Silva, Reuters, picture alliance.

2022 vorgelegt wurde, enthielt radikale, sozialistische und teilweise realitätsfremde Elemente, wie die Abschaffung des Senats, die Gleichberechtigung der indigenen Justiz, die Definition Chiles als plurinationales Staatsgebilde, überproportionale Rechte für indigene Gruppen oder sogar die Anerkennung von Tieren als Subjekte in der Verfassung. Die christdemokratische Partei unterstützte den neuen Verfassungsentwurf mit bemerkenswerter Vehemenz. Zahlreiche Parteimitglieder und -funktionäre, die sich öffentlich gegen den Entwurf positionierten, wurden aus der Partei ausgeschlossen. Dies führte im letzten Quartal des Jahres 2022 zu einer zweiten, massiven Austrittswelle aus der PDC. Der Verfassungsentwurf wurde im September 2022 im Rahmen eines Plebiszits von den Chilenen mehrheitlich abgelehnt.

## Bei den Parlamentswahlen 2021 stimmten nur 4,2 Prozent für die Christdemokratie.

---

### Linksruck der Christdemokratie und die „neue Mitte“

Der einstimmige Beschluss der Parteiführung der PDC, den sozialistisch geprägten Verfassungsentwurf von 2022 zu unterstützen, markierte den Höhepunkt des sich seit vielen Jahren anbahnenden Linksrucks der Partei. Für zahlreiche Führungspersonlichkeiten, Parteimitglieder, amtierende Abgeordnete und Senatoren sowie für ehemalige hochrangige Funktionsträger und Mitglieder der PDC bedeutete die vorbehaltlose Zustimmung zum Verfassungsentwurf das Ende einer Epoche der politischen Mäßigung und der Positionierung als „Partei der demokratischen Mitte“, die mit der Gründung 1957 begonnen

Lager zuzuordnen waren, verließen die christdemokratische Partei.

Die sozialen Unruhen von 2019 wurden beigelegt, als die gesamte politische Parteienlandschaft Chiles im Konsens die Voraussetzungen zur Erarbeitung einer neuen Verfassung durch eine verfassungsgebende Versammlung schuf. Der Entwurf der neuen Verfassung, der im Juli



hatte. Die Folge waren Parteiausschlüsse sowie freiwillige und erzwungene Rücktritte von Mitgliedern des gemäßigten Flügels der Partei.

Diese Entwicklung beschleunigte den sich seit Beginn der 2000er-Jahre andeutenden Bedeutungsverlust der Partei. Während die PDC 1989 bei der ersten demokratischen Wahl nach der Militärdiktatur noch 26 Prozent der Stimmen erreichte und somit die stärkste politische Kraft im Land war, stimmten bei den Parlamentswahlen 2021 lediglich 4,2 Prozent der wahlberechtigten Chilenen für die Christdemokratie.<sup>8</sup> Mehrere Gründe spielten eine zentrale Rolle für das Debakel der „erfolgreichsten Partei der jüngsten Geschichte Chiles“.<sup>9</sup> Unter anderem war der Linksruck durch immer stärker werdende Gruppierungen innerhalb der PDC seit den 1990er-Jahren entscheidend. Die damit einhergehende Distanzierung von moderaten Positionen, parteiinterne Auseinandersetzungen, die Identitätskrise der Partei und der Verlust an Bürgernähe beschleunigten den Verfall der PDC.<sup>10</sup>

Der Niedergang der Christdemokratie eröffnete jedoch Chancen für neuartige politische Initiativen, die zur Aufstellung einer „neuen politischen Mitte“ ab Ende 2022 führen sollten. Der erste erfolgreiche Versuch war die Gründung der politischen Bewegung Amarillos por Chile. Gründer der Bewegung ist der Lyriker und Literaturprofessor Cristián Warnken, der zu Beginn des Jahres 2022 in einem öffentlichen Brief vor der Gefahr einer sozialistisch geprägten „Neugründung“ des chilenischen Staates aufgrund des sozialistischen Charakters des Verfassungsentwurfs von 2022 warnte. Im April 2023 konstituierte sich die Bewegung zu einer eingeschriebenen politischen Partei. In der Gründungserklärung wird auf die Notwendigkeit einer starken politischen Mitte im Land hingewiesen. Amarillos por Chile solle diese Rolle übernehmen. Sie gilt als zwar noch kleine, aber in Sachfragen äußerst kompetente Partei. Ihre Mitglieder und Funktionäre gelten als Experten und bildeten vormals die politische und intellektuelle Elite der Christdemokratie. Unter den Führungspersonlichkeiten der Partei befinden sich beispielsweise ehemalige christdemokratische Verteidigungs-, Innen-, Arbeits-,

Transport- und Bildungsminister, die maßgeblich an der Modernisierung Chiles seit Ende der Militärdiktatur mitgewirkt haben. Der ehemalige Leiter des nationalen Menschenrechtsinstituts sowie der ehemalige Leiter des Museums der Erinnerung (an die Opfer der Militärdiktatur) und der Menschenrechte haben ebenfalls führende Positionen in der Partei übernommen. Obwohl Amarillos por Chile über eine herausragende Sachkompetenz in fast allen Bereichen der Innenpolitik, der Wirtschafts- und der Sozialpolitik verfügt, wird ihr vorgeworfen, einen mangelnden Bezug zu den alltäglichen Problemen und Herausforderungen der Chilenen zu haben. Amarillos por Chile wird nicht selten als eine Partei der intellektuellen Elite Chiles wahrgenommen.

### **Amarillos por Chile und Demócratas beanspruchen beide, die politische Mitte zu vertreten.**

---

Neben Amarillos por Chile ist Demócratas die zweite Neugründung einer Partei der „neuen politischen Mitte“ in Chile im Rahmen des Verfassungsprozesses. Die Partei wurde am 2. November 2022 von den ehemaligen christdemokratischen Senatoren Ximena Rincón und Matías Walker gegründet. Ende Juli 2023 erfolgte die offizielle Einschreibung im Parteiregister. Rincón und Walker gelten als sachkundige und sehr erfahrene Politiker. Als christdemokratische Senatoren haben sie zahlreiche Diskussionen geprägt, darunter die Debatten um notwendige Renten- und Gesundheitsreformen.

Ähnlich wie Amarillos por Chile entstand Demócratas als Reaktion führender Christdemokraten auf die vorbehaltlose und institutionelle Zustimmung der PDC zum sozialistisch geprägten Verfassungsentwurf von 2022. Beide Senatoren hatten öffentlich ihren Dissens mit der Parteispitze und ihre Ablehnung des Verfassungsentwurfs artikuliert. Rincón und Walker wurden daraufhin beim Obersten Parteigericht (Tribunal Supremo) der PDC angeklagt, unter dem Vorwurf, die PDC

politisch nach rechts rücken zu wollen. Um den Ausschluss aus der Partei zu verhindern, traten Rincón, Walker sowie weitere Führungspersönlichkeiten Ende Oktober 2022 aus der Partei aus und gründeten im Nachgang Demócratas.

Wie auch Amarillos por Chile positioniert sich Demócratas in der politischen Mitte und beansprucht, das Erbe der erfolgreichen Concertación zu repräsentieren, die das Land von 1990 bis 2010 als Allianz zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten nach der Militärdiktatur regierte. Im Unterschied zu Amarillos por Chile verfügt Demócratas über eine bedeutende Präsenz im Parlament. Neben Rincón und Walker im Senat sind vier Vertreter der Partei Mitglieder des Abgeordnetenhauses, darunter drei ehemalige Christdemokraten. In beiden Kammern sind die Vertreter von Demócratas bei politischen Entscheidungen nicht selten das Zünglein an der Waage, da die Mehrheitsverhältnisse im Senat und im Abgeordnetenhaus ausgeglichen sind. Dies verschafft Demócratas eine politische Sichtbarkeit und eine Chance auf politische Einflussnahme, über die Amarillos por Chile in dieser Form nicht verfügt. Weiterhin ist Demócratas eine Partei mit einer verhältnismäßig breiten Basis in allen sozialen Schichten des Landes mit landesweiten Verbänden. Die Parteistruktur ist vertikal, die beiden Parteigründer sind Vorsitzender und Stellvertreter. Bei Amarillos por Chile wird hingegen der Versuch unternommen, horizontale Parteistrukturen zu stärken, was nicht selten zu Verzögerungen bei dringenden Entscheidungen führt.

Amarillos por Chile und Demócratas verfügen über zahlreiche Gemeinsamkeiten: Sie besetzen denselben politischen Raum und beanspruchen, die politische Mitte zu vertreten. Der Hintergrund ihrer Gründung und Entwicklung als politische Kraft in Chile ist vergleichbar, ihre Führungsspitzen wurden durch die Ideale der chilenischen Christdemokratie geprägt. Beide Parteien weisen deutliche Parallelen in ihren öffentlichen Stellungnahmen und politischen Positionierungen auf. Unterschiedlich ist der Grad der politischen Einflussnahme und der Perzeption beim Wähler. In diesem Zusammenhang stellt sich die Frage,

warum beide Parteien, die über komplementäre Eigenschaften verfügen, sich aber ideologisch kaum unterscheiden, nicht fusionieren. Politische und persönliche Ambitionen sowie die Überzeugung der politischen Führung beider Parteien, man solle die eigene Identität nicht verlieren, haben den Zusammenschluss der Parteien bisher verhindert. Zumindest verabschiedeten beide Parteien am 7. April 2024 eine Wahlallianz zur gemeinsamen Abstimmung von Kandidaten im Hinblick auf die Kommunal- und Regionalwahlen Ende Oktober 2024.<sup>11</sup>

## Die Chilenen tendieren politisch grundsätzlich zur Mitte.

### Renovación Nacional: Die Neuerfindung einer traditionsreichen Partei

Die Partei Renovación Nacional (RN), die 1987 aus der Fusion von drei Parteien des konservativen Lagers gegründet wurde, galt lange Zeit als Bastion eines starren Konservatismus in Chile. Im Gegensatz zur chilenischen Christdemokratie positionierte sich RN 1988 beim Referendum zugunsten einer Weiterführung der De-facto-Regierung von Augusto Pinochet. Unter dem Vorsitz von Sebastián Piñera und während seiner Amtszeiten als Staatspräsident (2010 bis 2014, 2018 bis 2022) erlebte die Partei eine Phase der Modernisierung. Renovación Nacional erkannte wie Amarillos por Chile und Demócratas die Gefahr der Einführung von sozialistischen Elementen im Rahmen des 2022 vorgelegten Verfassungsentwurfs. Dies führte zu einer Annäherung zwischen der traditionsreichen Partei und den neugegründeten Parteien der neuen politischen Mitte und zu gemeinsamen Abstimmungen im Parlament.

Im Rahmen eines Dialogprogramms in Deutschland, das von der Konrad-Adenauer-Stiftung organisiert wurde und an dem auch die Parteiführungen von Amarillos por Chile und Demócratas teilnahmen, setzte der RN-Parteivorsitzende

Rodrigo Galilea ein deutliches Zeichen für die politische Positionierung in der Mitte des Spektrums. Galilea betonte in einem Interview in Berlin mit der Tageszeitung La Tercera, dass die Reise nach Deutschland ein „Davor“ und ein „Danach“ in den Beziehungen zwischen den Parteien Renovación Nacional, Demócratas und Amarillos por Chile darstelle. Aus seiner Sicht setzen die Parteien ein Zeichen für Mäßigung in der Politik und folgen den Prinzipien des christlichen Humanismus. Die Reise sei ein Schritt hin zu einer engeren und tieferen Abstimmung zwischen den Parteien der Mitte.<sup>12</sup> Obwohl

Renovación Nacional sich vermutlich nicht an einer möglichen Fusion der Parteien Amarillos por Chile und Demócratas beteiligen wird, hat die Partei bereits eine Wende in Richtung politische Mitte vollzogen, sodass ein Wahlbündnis in näherer Zukunft nicht ausgeschlossen werden kann.

### **Aussichten der neuen politischen Mitte in Chile**

Der anerkannte chilenische Sozialwissenschaftler Sergio Micco hat festgestellt, dass die



Erfahrene Politikerin der Mitte: Ximena Rincón – im Bild 2016 als Präsidentschaftsministerin – trat wie viele andere Mitglieder Ende 2022 aus der nach links driftenden Christdemokratischen Partei aus. Sie wurde Mitbegründerin der neuen Mitte-Partei Demócratas. Foto: © Presidency of Chile, epa, picture alliance.

Chilenen grundsätzlich politisch zur Mitte tendieren. Laut der Umfrage Estudio de Opinión Política CEP 90 vom letzten Quartal 2023 sehen sich 22 Prozent der Chilenen im linken politischen Spektrum verortet. 15 Prozent tendieren zu rechten Positionen, während sich eine deutliche Mehrheit von 37 Prozent für die politische Mitte entscheidet. Das Ergebnis dieser Studie stimmt überein mit einer ähnlichen Umfrage von 2006. Damals identifizierten sich 23 Prozent der Chilenen mit linken, 15 Prozent mit rechten Positionen und 37 Prozent mit der politischen Mitte.<sup>13</sup> Tendenziell scheinen in Chile extreme Positionen dann an Bedeutung zu gewinnen, wenn die Gesellschaft keinen Ausweg aus politischen, wirtschaftlichen und sozialen Krisen findet. Chilenen bevorzugen aber in der Regel moderate Positionen der politischen Mitte.

### Chile unterscheidet sich von anderen Ländern der Region, in denen sich die Parteienlandschaft völlig aufgelöst hat.

Chile erlebte nach den sozialen Unruhen im Oktober 2019 eine extreme Krise. Das Ergebnis war eine Polarisierung der Gesellschaft, die sich in der Stichwahl der Präsidentschaftswahl 2021 zwischen dem rechtspopulistischen Kandidaten José Antonio Kast und dem Anführer der linken Studentenbewegung Gabriel Boric widerspiegelte.

Obwohl Chile gegenwärtig eine schwierige wirtschaftliche Lage mit geringen Wachstumsraten erlebt und die soziale Situation durch eine exponentiell steigende organisierte Kriminalität angespannt ist, nimmt die Bevölkerung diese Lage nicht als eine Bedrohung für den Fortbestand des Rechtsstaates wahr. Anders als nach den sozialen Unruhen des Jahres 2019 und rund um den Verfassungsentwurf von 2022 ist die demokratische Rechtsordnung in Chile nicht in Gefahr, obwohl die amtierende Regierung in Schlüsselbereichen

wie der Sicherheits-, Migrations- und Außenpolitik sowie hinsichtlich einer Renten- und Gesundheitsreform keine nennenswerten Fortschritte vorweisen kann. In diesen Bereichen unterscheiden sich die Positionen und Vorschläge des amtierenden Regierungsbündnisses und der Parteien der neuen politischen Mitte. Außenpolitisch verfolgt beispielsweise die Regierungskoalition eine ambivalente und unklare Haltung gegenüber Israel. Der Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023 wurde zwar verurteilt, das Recht Israels auf Verteidigung jedoch immer wieder relativiert. Im Gegensatz dazu haben sich die Parteien der neuen politischen Mitte klar positioniert und dem israelischen Volk Beistand bekundet. Im Bereich der Sicherheits- und Migrationspolitik haben sich die Parteien der neuen politischen Mitte für restriktivere Maßnahmen in Bezug auf illegale Einwanderung und eine Verschärfung des Strafgesetzes und des Justizvollzugs bei schweren Straftaten ausgesprochen. Die vom Regierungsbündnis seit Amtsantritt angekündigte Renten- und Gesundheitsreform ist bisher ausgeblieben. Reformvorschläge der Parteien der neuen politischen Mitte fanden bisher kaum Beachtung. Aufgrund der Passivität der amtierenden Regierung in Schlüsselfragen, die die chilenische Gesellschaft stark betreffen, besteht die Möglichkeit, dass die neuen Parteien der politischen Mitte eine Stärkung erleben und dass traditionsreiche Parteien des Mitte-rechts-Spektrums, wie beispielsweise Renovación Nacional, die Positionierung in der Mitte des Parteispektrums weiter vorantreiben.

#### Dauerhafter Erfolg?

Abschließend kann hervorgehoben werden, dass in Chile eine Bereitschaft in der Bevölkerung besteht, die politische Mitte als stärkste Kraft zu bevorzugen. Trotz der weiterhin bestehenden Fragmentierung der Gesellschaft deuten Umfragen klar darauf hin, dass der Wähler in Chile grundsätzlich zur politischen Mitte tendiert. Die staatlichen Institutionen und das zwar geschwächte, aber immer noch vorhandene Parteiensystem fördern die Bildung und Entfaltung von strukturierten politischen Parteien. In dieser Hinsicht unterscheidet sich Chile grundsätzlich



von anderen Ländern der Region, in denen sich die Parteienlandschaft völlig aufgelöst hat. Die chilenische Bevölkerung hat historisch im Sinne moderater politischer Ansichten der Mitte gewählt und gemäßigte Positionen unterstützt. Neue Parteien der Mitte, wie etwa Amarillos por Chile und Demócratas, haben daher gute Chancen, sich in der parteipolitischen Arena erfolgreich zu positionieren, sofern sie klare politische Konzepte, Parteiprogramme und Vorschläge erarbeiten und vorstellen.

Damit können sie das jüngst entstandene Vakuum der fehlenden politischen Mitte ausfüllen. Chile bietet dafür einen Nährboden, denn im Zuge der sozialen Unruhen von 2019 und des darauffolgenden verfassunggebenden Prozesses wurden radikale Optionen von links und rechts in letzter Instanz abgelehnt. Ebenso musste sich Präsident Gabriel Boric, der im Wahlkampf 2021 radikale Positionen vertrat, als gewählter Staatspräsident in Allianz mit der Kommunistischen Partei Chiles politisch mäßigen. Es bleibt abzuwarten, ob die Bildung und Entwicklung neuer politischer Parteien der Mitte dauerhaft von Erfolg gekrönt sein werden. Entscheidend wird der Wille der Führungen der neuen Parteien der Mitte sein, Kompromisse zu schließen und mit Blick auf einen möglichen Zusammenschluss oder eine enge Kooperation in Form eines politischen Bündnisses aufeinander zuzugehen. Dies erfordert wiederum die Bereitschaft, persönliche Ambitionen zurückzustellen, um das Ziel, die politische Mitte in Chile wieder zu stärken, zu erreichen. Denn ohne Koalitionen oder Bündnisse untereinander haben die neuen Parteien der politischen Mitte in Chile keine guten Aussichten auf eine dauerhafte und erfolgreiche Etablierung im politischen System.

---

**Olaf Jacob** ist Leiter des Auslandsbüros der Konrad-Adenauer-Stiftung in Chile.

- 1 Eigene Berechnung basierend auf Daten der Weltbank 2024: GDP growth (annual %) – Chile, in: <https://ogy.de/15va> [01.08.2024].
- 2 Eigene Berechnung basierend auf Daten der Weltbank 2024: Inflation, consumer prices (annual %) – Chile, in: <https://ogy.de/dy32> [01.08.2024].
- 3 Eigene Berechnung basierend auf Daten der Weltbank 2024: GDP per capita (current US\$) – Chile, in: <https://ogy.de/8ori> [01.08.2024].
- 4 Eigene Berechnung basierend auf Daten der Weltbank 2024: Gini index – Chile, in: <https://ogy.de/wshh> [01.08.2024].
- 5 UN, Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL) 1990: La pobreza en Chile en 1990, S.1, in: <https://ogy.de/zk5j> [01.08.2024]; Ministerio de Desarrollo Social y Familia (Ministerium für soziale Entwicklung und Familie), Observatorio Social: Resultados Pobreza Casen 2017, in: <https://ogy.de/dftg> [01.08.2024].
- 6 Das binominale Wahlsystem in Chile stellte eine Form des Mehrheitswahlrechts dar, bei dem in jedem Wahlkreis Wahllisten mit jeweils zwei Kandidaten aufgestellt wurden. Die Liste mit den meisten Stimmen erhielt den ersten Sitz im Wahlkreis, während die zweitplatzierte Liste den zweiten Sitz einnahm. Erhielt eine Liste 50 Prozent oder mehr der Stimmen, zogen beide Kandidaten derselben Liste ins Parlament ein. Dieses Wahlsystem begünstigte somit den Wahlsieg von großen politischen Parteien und Koalitionen, da es für kleinere Parteien und unabhängige Kandidaten schwierig war, genügend Stimmen zu erzielen. Dies führte zu einer stabilen, jedoch begrenzt repräsentativen politischen Landschaft. Dieses System wurde durch ein proportional-repräsentatives Wahlsystem abgelöst.
- 7 BBC News Mundo 2019: Protestas en Chile: la histórica marcha de más de un millón de personas que tomó las calles de Santiago, 25.10.2019, in: <https://bbc.in/3WP2CnW> [01.08.2024].
- 8 Herrera, Mario / Morales Quiroga, Mauricio / Rayo, Gustavo 2023: El desplome electoral de la democracia cristiana chilena, 1989–2021, *Perfiles Latinoamericanos* 31: 62, 01.07.2023, S.1–32, hier: S.1, in: <https://ogy.de/w7m3> [05.08.2024].
- 9 Ebd., S.3.
- 10 Quezada, Juan Andrés 2022: El lento desplome de la Democracia Cristiana, 13.11.2022, *La Tercera*, in: <https://ogy.de/3n3g> [05.08.2024].
- 11 Carvajal, Shelmy 2024: Amarillos y Demócratas oficializan pacto electoral: buscan levantar „la mayor cantidad de candidaturas“ en elecciones municipales, 07.04.2024, *La Tercera*, in: <https://ogy.de/w5m1> [05.08.2024].
- 12 Vatel, Alonso / Rosas, Pedro 2024: „O Republicanos o nosotros“: Demócratas propone a Chile Vamos formar una nueva coalición sin el partido de Kast, 19.01.2024, *La Tercera*, in: <https://ogy.de/v879> [05.08.2024].
- 13 Micco, Sergio 2024: Los partidos de centro en el marco del eje izquierda-derecha (unveröffentlichtes Manuskript).



Wie viel Polarisierung verträgt die Demokratie?

# Die rosa Galaxie

Wie linksautoritäre Netzwerke die Demokratien Lateinamerikas unterwandern und die politische Mitte beschädigen

Sebastian Grundberger

„Progressive“ Politiker aus Lateinamerika im Gleichschritt mit Kreml-Nationalisten, chinesischen Kommunisten und Vertretern des iranischen Mullah-Regimes: Diese unwahrscheinliche Allianz erklärt sich durch die gemeinsame Ablehnung des „US-Imperialismus“, des „Neoliberalismus“ – und letztlich des freiheitlich-demokratischen westlichen Gesellschaftsmodells. Die autoritäre Linke Lateinamerikas operiert immer stärker als transnationale Struktur, die externe autoritäre Regime ausdrücklich als Bündnispartner begreift. Innenpolitisch führt das Agieren dieser „rosa Galaxie“ in den Ländern der Region zur Erosion der politischen Mitte und somit der Demokratie.

---

Als die Welt im Februar 2024 vom Tod des russischen Oppositionellen Alexej Nawalny erfuhr, bestand weitgehend Einigkeit über den Schuldigen. Russlands Staatschef Wladimir Putin, so die mehrheitliche Meinung, sei zur Verantwortung zu ziehen. Einer scherte jedoch besonders markant aus diesem Chor aus: Brasiliens Präsident Lula da Silva. „Warum leichtfertig urteilen?“, fragte er, um dann weiter zu mutmaßen: „Wenn man jetzt urteilt und dann herauskommt, dass irgendjemand anders als er [Putin] den Mord in Auftrag gegeben hat, dann wird man sich später noch entschuldigen müssen.“<sup>1</sup> Einmal in Fahrt gekommen, brachte der brasilianische Staatschef seine eigenwillige Sicht auf die internationale Politik auch bezüglich des Gazakonflikts zum Ausdruck. Der israelische Staatschef Benjamin Netanjahu begehe, so Lula, einen „Genozid“. Der von ihm geführte „Krieg zwischen einer gut vorbereiteten Armee und Frauen und Kindern“ sei mit der Zeit vergleichbar, als „Hitler entschied, die Juden zu töten“<sup>2</sup>. In der Folge wurde zum ersten Mal überhaupt ein brasilianischer Präsident in Israel zur Persona non grata erklärt.

Die Aussagen Lulas sind keineswegs eine Ausnahme unter den linken Staatschefs Lateinamerikas. Der kolumbianische Präsident Gustavo Petro verglich die Situation in Gaza mit dem NS-Vernichtungslager in Auschwitz. Auf die Frage nach möglichen Waffenlieferungen an

die Ukraine erwiderte Petro: „Selbst wenn die Waffen sonst in Kolumbien verrotten, werden wir sie niemandem hergeben, um einen Krieg weiterzuführen.“<sup>3</sup> Und während sich Mexikos damaliger linkspopulistischer Staatschef Andrés Manuel López Obrador für seine „pazifistische Einstellung“ zum russischen Angriffskrieg gegen die Ukraine feiern ließ, kritisierte seine Außenministerin Alicia Bárcena, ehemalige Direktorin der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika und die Karibik (CEPAL), den Westen dafür, dass er die Ukraine mit Waffen versorgt.

Gerade am Beispiel Lulas lässt sich sehr gut zeigen, dass einige linke lateinamerikanische Staatschefs zwar nach innen weitgehend pragmatisch-demokratisch agieren, international aber die Narrative von autoritären Regimen und Diktaturen verbreiten. Der ehemalige Gewerkschaftsführer Lula gründete im Jahr 1990 gemeinsam mit dem kubanischen Diktator Fidel Castro das Foro de São Paulo, einen Zusammenschluss von heute 127 linken und linksextremen Parteien und politischen Bewegungen. Die Bandbreite der Mitglieder reicht dabei von der brasilianischen Arbeiterpartei Lulas und der etablierten Sozialistischen Partei Chiles bis hin zur Kommunistischen Partei Kubas und den autoritären Staatsparteien Venezuelas und Nicaraguas.<sup>4</sup> Zuletzt fiel das Foro damit auf, dass man sich nicht nur als „Wahlbeobachter“ zu den

Präsidentchaftswahlen am 28. Juli in Venezuela einladen ließ, sondern dem „Kameraden Nicolás Maduro“ aller internationalen Kritik zum Trotz zu seiner „Wiederwahl“ als venezolanischer Präsident gratulierte.<sup>5</sup>

### Von der rosa Welle zur rosa Galaxie

Die erste Blütephase des Foro de São Paulo fiel in die Zeit der sogenannten rosa Welle. Mit diesem Sammelbegriff wurden die sich in den 2000er-Jahren häufenden Wahlsiege linker Politiker in Lateinamerika bezeichnet – von gemäßigten Linken wie Michelle Bachelet in Chile oder Tabaré Vázquez in Uruguay bis hin zu autoritären Regimen wie denen von Rafael Correa in Ecuador oder Evo Morales in Bolivien. Das Spektrum der rosa Welle reichte dabei von blassrosa (sozialdemokratisch) bis tiefrot (linksautoritisch). Dies zeigt sich insbesondere daran, dass auch der Wahlsieg von Hugo Chávez in Venezuela 1998 zur rosa Welle gezählt wird. So wie die rosa Welle demokratische und autoritäre Kräfte einbezog, existiert heute eine ganze rosa Galaxie an Organisationen und Zusammenschlüssen, in denen demokratisch legitimierte und linksautoritäre Kräfte eine Allianz bilden. Die Konstellationen der rosa Galaxie werden dabei von ihren autoritärsten Elementen dominiert und dienen Diktaturen als Schutzwall gegen internationale Kritik.

### Die Gründungserklärung der Progressive International ist von linksradikaler Klassenkampf- und Befreiungsrhetorik durchzogen.

Zu den in der rosa Galaxie zusammengefassten autoritär-demokratischen Zusammenschlüssen gehören neben dem Foro de São Paulo weitere gewichtige Akteure. Im Juli 2019 wurde die heute aus mehr als 60 linken politischen Persönlichkeiten der Region bestehende Grupo de Puebla als „progressive“ Aktivistengruppe gegründet.

Zu den Hauptakteuren der Gruppe gehören der kolumbianische Ex-Präsident Ernesto Samper, der ecuadorianische Ex-Staatschef Rafael Correa, der ehemalige bolivianische Präsident Evo Morales, die brasilianische Ex-Präsidentin Dilma Rousseff und der ehemalige spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero.<sup>6</sup> Inhaltlich vertritt die Gruppe unter anderem einen nachsichtigen Umgang mit dem autoritären Regime in Venezuela.

Nur wenige Monate nach der Grupo de Puebla formierte sich die Progressive International als weltweite Plattform linker Organisationen. Die Gründung folgte einer Initiative des dem US-amerikanischen Senator Bernie Sanders verbundenen Sanders Institute sowie des Democracy in Europe Movement (DiEM25) des linken ehemaligen griechischen Finanzministers Yanis Varoufakis, gegen den von den deutschen Behörden im April 2024 ein Einreiseverbot erlassen wurde, weswegen er nicht zu einem letztlich von der Polizei wegen antisemitischer Inhalte aufgelösten Palästina-Kongress in Berlin anreisen konnte. Unter Führung des spanischsprachigen Generalkoordinators der Progressive International, David Adler, zeigt die Organisation einen enormen Aktivismus in Lateinamerika, etwa durch Solidaritätserklärungen mit Politikern wie dem innenpolitisch unter Druck stehenden kolumbianischen Präsidenten Gustavo Petro. Weitgehend speist sie sich aus demselben Kreis an Personen und Organisationen wie das Foro de São Paulo und die Grupo de Puebla. Die 25 Punkte umfassende Gründungserklärung der Progressive International ist von linksradikal klingender Klassenkampf- und Befreiungsrhetorik durchzogen. Mal fordert man, den „Kapitalismus überall auszulöschen“, mal sieht man sich als „Völker der Welt, die sich gegen die reaktionären Kräfte der autoritären Oligarchien erheben“.<sup>7</sup>

Eine besondere Rolle innerhalb der rosa Galaxie spielt der bereits 1957 gegründete Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO), zu Deutsch: Lateinamerikanischer Rat für Sozialwissenschaften. CLACSO ist mit 883 Mitgliedsinstituten heute der größte Zusammenschluss sozialwissenschaftlicher Forschungszentren in





Verlässlicher Schutzschild für Autokraten: Brasiliens Präsident Lula da Silva (vorn) deckt seit Jahrzehnten Lateinamerikas Links-Diktatoren, darunter auch Venezuelas Machthaber Nicolás Maduro. Foto: © Ueslei Marcelino, Reuters, picture alliance.

Lateinamerika. Auf der Liste der CLACSO-Mitglieder befinden sich zahlreiche renommierte akademische Einrichtungen in Lateinamerika und assoziierte Forschungseinrichtungen auf der ganzen Welt, auch aus Deutschland.<sup>8</sup> Weit entfernt vom rein akademischen Image, das sich CLACSO gibt, fällt die Organisation auf ihrer Führungsebene durch politischen Aktivismus auf. Im November 2022 warf eine CLACSO-Arbeitsgruppe der „bolivianischen Rechten“ „faschistische und neonazistische Gewalt“ vor.<sup>9</sup> Im November 2019 begrüßte eine weitere Arbeitsgruppe „den breiten und umfassenden Volksaufstand, der die chilenische Gesellschaft [...] bewegt und der sich in den vielfältigen Formen des Straßenkampfes“ gegen „die Auswirkungen des Neoliberalismus ausdrückt“.<sup>10</sup> Eine dritte Arbeitsgruppe veröffentlichte im April 2020

ein „Kommuniqué zur Verteidigung Venezuelas gegen US-Aggression“ und stellte das venezolanische Modell als „gegenhegemoniale Alternative zu transnationalen Interessen“ dar, welche Unterstützung verdiene.<sup>11</sup> All dies stellt das in der Grundsatzerklärung von CLACSO festgelegte Ziel der „Förderung der demokratischen Teilhabe und des kritischen Denkens“ infrage.<sup>12</sup>

## Die Demokratie wird dem Sozialismus untergeordnet.

Die vier beschriebenen Organisationen Foro de São Paulo, Grupo de Puebla, Progressive International und CLACSO eint, wie alle Akteure

der rosa Galaxie, die unverbrüchliche Treue zur kubanischen Diktatur. Havanna, gern genutzter Tagungsort der Akteure der rosa Galaxie, ist eine Art sozialistischer Vatikan, dessen Dogmen vonseiten der linksautoritären Gefolgschaft nicht infrage gestellt werden. So preist die Progressive International die kubanische Revolution als „Inspiration“ zur Umgestaltung des internationalen Systems und verkauft Sticker von Fidel Castro und Ché Guevara im organisationseigenen Onlineshop. CLACSO-Generaldirektorin Karina Batthyány posierte in Havanna nicht nur lächelnd auf einem Foto mit Diktator Miguel Díaz-Canel, sondern ging so weit, beim Besuch der dortigen vom Regime gleichgeschalteten CLACSO-Mitgliedsinstitute im Januar 2023 per Twitter/X kundzutun: „Uns eint ein offener, kritischer und gesellschaftlich relevanter wissenschaftlicher Erkenntnisgewinn.“<sup>13</sup> Das Foro de São Paulo widmete sein 2017 in Managua (Nicaragua) verabschiedetes politisches Grundsatzprogramm „dem Beispiel für revolutionäre Konsequenz des Kommandanten Fidel Castro“. Und der kubanische Außenminister Bruno Rodríguez trat als umjubelter Stargast beim Treffen der Grupo de Puebla 2023 auf.

## Russische Staatsmedien übernehmen bereitwillig Narrative der linksautoritären Regime Lateinamerikas.

Entsprechend teilen die vier Organisationen auch eine zutiefst ambivalente Haltung zur Demokratie. Das Foro de São Paulo beispielsweise fordert in seinem Grundsatzprogramm „einen Zusammenschluss der demokratischen Kräfte, um weiter Richtung Sozialismus voranzuschreiten“.<sup>14</sup> Die Demokratie wird also hierarchisch dem Sozialismus untergeordnet beziehungsweise als Mittel zum Zweck von dessen Erreichen instrumentalisiert. Weiter wird gefordert, die Demokratie müsse „notwendigerweise ihren volksnahen, direkten, partizipativen und kommunikativen Charakter vertiefen“. Den Ausdruck „direkte und partizipative Demokratie“

nutzte insbesondere die Propaganda des Chávez-Regimes in Venezuela als Ersatz für die repräsentative Demokratie und als Element der Dekonstruktion des venezolanischen Staates.

### Die rosa Galaxie und ihre internationalen Vernetzungen

In den letzten Monaten des Jahres 2023 begannen in Teilen Mexikos Plakatwände im Rahmen einer großangelegten Werbekampagne im Neongrün von Russia Today (RT) zu leuchten. Diese massive Propagandawelle wäre in Mexiko-Stadt ohne die Zustimmung der Stadtregierung unmöglich gewesen. Angeführt wurde diese von Claudia Sheinbaum, die am 2. Juni mit überwältigender Mehrheit und von der internationalen Presse vielfach unkritisch gefeiert zur Präsidentin Mexikos gewählt wurde. Russia Today berichtete im Wahlkampf ausnehmend positiv über Claudia Sheinbaum. Die Wahlsiegerin ist seit Jahren eng mit der rosa Galaxie verbunden – zuletzt als Gastgeberin des Treffens der Grupo de Puebla 2023. Zudem gehört die mexikanische Regierungspartei MORENA dem Foro de São Paulo an. Entsprechend euphorisch fielen die Glückwünsche aus Caracas, Havanna, Managua und auch Moskau zur Wahl von Sheinbaum aus.

Das spanischsprachige Programm von RT ist als meist geteilte spanischsprachige Quelle über den Ukrainekrieg nicht nur sehr erfolgreich, sondern praktisch überall zur Stelle, wo es darum geht, linksautoritäre Politiker in ein gutes Licht zu stellen.<sup>15</sup> Der ecuadorianische Ex-Präsident Rafael Correa, in allen vier genannten Organisationen an zentraler Stelle aktiv, moderiert eine eigene Talkshow auf RT, in der er Freunde aus der rosa Galaxie interviewt. Russische Staatsmedien übernehmen bereitwillig Narrative der linksautoritären Regime Lateinamerikas, bis hin zur Behauptung, Venezuela sei „eine lebendige Demokratie“. Umgekehrt rezipieren der rosa Galaxie verbundene Medien Kreml-Narrative. So feierte der venezolanische Fernsehsender Telesur die „Befreiung“ von ukrainischen Städten durch die russische Armee.<sup>16</sup> Das chilenisch-mexikanische Onlineportal El Ciudadano, Medienpartner beim Treffen der Grupo de

Puebla 2023, führte völlig unkritisch eine „Studie“ der staatlichen russischen Agentur Sputnik an, wonach 54 Prozent der Europäer der medialen Berichterstattung in Europa zum Konflikt in der Ukraine nicht vertrauen. Dies wertete man als Beweis für die „offensichtliche Realität“ der mangelnden Objektivität der wichtigsten westlichen Medien und deren „Manipulation der Tatsachen“. <sup>17</sup> Berichte wie dieser führten dazu, dass das US-State Department El Ciudadano als Hauptakteur einer „laufenden, gut finanzierten Desinformationskampagne“ des Kremls in der Region identifizierte. <sup>18</sup>

Im akademischen Bereich spielt CLACSO eine wichtige Rolle bei der Kontaktpflege mit Moskau. Die Organisation führte mitten im Krieg gemeinsam mit der Agentur Sputnik einen Russland-Iberoamerika-Dialog in St. Petersburg durch, an dem im Oktober 2023 neben der CLACSO-Führungsränge allerlei wissenschaftliche Kreml-Loyalisten sowie der stellvertretende russische Außenminister Sergei Rybakow teilnahmen. Atilio Borón, ehemaliger CLACSO-Exekutivdirektor und der Organisation weiterhin eng verbunden, behauptet in Zeitungskolumnen, es könne „keinen Zweifel“ daran geben, dass sich Russland in der Ukraine gegen eine NATO- und US-Aggression verteidige. <sup>19</sup>

## Neben Russland blickt die rosa Galaxie auch mit viel Wohlwollen auf China.

Ein direkt auf den politischen Bereich abzielendes Propagandainstrument des Kremls war die von Wladimir Putin selbst eröffnete internationale Parlamentarierkonferenz „Russland-Lateinamerika“ in der russischen Staatsduma vom 29. September bis 2. Oktober 2023. Teilnehmer waren größtenteils Parlamentarier von Mitgliedsparteien des Foro de São Paulo. Auf Panels mit Titeln wie „Eine gerechte multipolare Welt: Die Rolle der parlamentarischen Diplomatie“ fanden die Narrative des Kreml-Herrschers Echo. Grupo de Puebla-Mitglied Jorge Rodríguez,

Präsident der venezolanischen Nationalversammlung, solidarisierte sich angesichts der Sanktionen des Westens mit Russland, und der Sondergesandte Nicaraguas für die Beziehungen zu Russland und Diktatorensohn Laureano Ortega erklärte, ein Sieg Russlands über die Ukraine käme einem Sieg des „Lichtes über die Finsternis“ gleich. <sup>20</sup>

Auch in den Kommunikatés der Akteure der rosa Galaxie kommt eine Nähe zu den Putin-Narrativen zum Ausdruck. So beinhaltete die Abschlussklärung des IX. Treffens der Grupo de Puebla 2023 den Passus: „Wir fordern die Ukraine und Russland auf, einen vorübergehenden Waffenstillstand zu schließen und die Möglichkeit von Frieden zu sondieren.“ Die russische Aggression wurde noch nicht einmal erwähnt, dafür aber „die Einmischung der NATO und die Verschärfung der geopolitischen Konflikte“ angeprangert. <sup>21</sup> Einige Mitglieder der Grupo de Puebla loben Putin nachdrücklich. Am deutlichsten tut dies Boliviens Ex-Staatschef Evo Morales. So grüßte er per X seinen „Bruder“ Putin zu dessen 70. Geburtstag und erklärte: „Die würdigen, freien und antiimperialistischen Völker begleiten Ihren Kampf gegen den bewaffneten Interventionismus der USA und der NATO.“ <sup>22</sup>

Neben Russland blickt die rosa Galaxie auch mit viel Wohlwollen auf China. Für das Foro de São Paulo ist das Reich der Mitte „ein Faktor der Stabilität und des Gleichgewichts für die lateinamerikanische und karibische Region, der sich in der Verteidigung der Grundsätze des Völkerrechts niederschlägt, insbesondere der Nicht-einmischung in die inneren Angelegenheiten der lateinamerikanischen Länder“. Zudem feiert man China für seine „politischen Kooperationen ohne Vorbedingungen“. <sup>23</sup>

Ein wichtiges Bindeglied der Grupo de Puebla zu China ist der ehemalige spanische Ministerpräsident José Luis Rodríguez Zapatero. Beim virtuellen Treffen der Grupo de Puebla im Mai 2020 sorgte er mit der Forderung für Aufsehen, die lateinamerikanische Linke müsse im Dialog mit China „eine multilaterale Ordnung wiederherstellen“. Laut spanischen Medienberichten

setzt Zapatero seine Kontakte nach Peking massiv zur Beziehungspflege zwischen der KP Chinas und der Grupo de Puebla ein. Ein Ergebnis war die Teilnahme einer hochrangigen chinesischen Delegation beim Treffen der Grupo de Puebla in Santa Marta (Kolumbien) im Jahr 2022.<sup>24</sup>

Die Progressive International unterstützt genau wie die Grupo de Puebla nicht nur die von China geforderte Abkehr vom US-Dollar als internationaler Leitwährung, sondern führt seit 2020 auch das sogenannte Qiao-Kollektiv als Mitgliedsorganisation. Dieses ist nach Angaben der Progressive International ein „chinesisches Medienkollektiv in der Diaspora, das die Aggression der USA gegen China anprangert und für Sozialismus und Internationalismus wirbt“. Qiao kritisierte in der Vergangenheit etwa die demokratischen Demonstrationen in Hongkong scharf.

## Der Iran findet in der rosa Galaxie besonders enthusiastische Verbündete.

---

Auch CLACSO verfügt über enge Verbindungen zu China. Gemeinsam mit staatlichen chinesischen Akteuren und lateinamerikanischen akademischen Partnern fungierte man als Co-Organisator des VI. „Dialogs der Zivilisationen“ zwischen China und Lateinamerika, der am 11. September 2023 in Buenos Aires stattfand. Bei dieser Gelegenheit wurde in Kooperation mit einem staatlichen chinesischen Verlag auch ein von CLACSO veröffentlichtes Buch zur Geschichte Chinas in spanischer Sprache vorgestellt, dessen Einleitung die „bewundernswerte Veränderung“ preist, welche das Land „unter der Führung der Kommunistischen Partei Chinas“ durchlaufen habe.<sup>25</sup>

Es kommt nicht von ungefähr, dass sich die Kommunistische Partei Chinas in Lateinamerika bei der Zusammenarbeit mit autokratischen Staatsparteien sowie Parteienorganisationen, die diese einbeziehen, am wohlsten fühlt. In ihrem Verständnis einer Einheit zwischen Staat und Partei

sind sich die KP Chinas und die Staatsparteien Kubas oder Nicaraguas besonders ähnlich. Die im Foro de São Paulo zusammengeschlossenen Parteien gehören seit Jahren zu den treuesten Teilnehmern aller Veranstaltungen der chinesischen „Parteienzusammenarbeit“. Zudem sind autoritäre Regime für China langfristig besser zur Durchsetzung seiner Machtinteressen geeignet als Demokratien, zumal wenn es gelingt, jene langfristig an sich zu binden. Im Gegensatz zu Parteien der Mitte, die einen kritischen Dialog mit der KP Chinas führen, verbreitet die rosa Galaxie als Resultat derartiger Kontakte unkritisch chinesische Narrative und Kritik am Westen.

Auch der Iran versucht immer mehr, seinen Fußabdruck in Lateinamerika zu hinterlassen, und findet in der rosa Galaxie besonders enthusiastische Verbündete. Dies schlägt sich etwa in intensiver Wirtschaftskooperation zwischen Teheran und Havanna oder Caracas nieder. Mit HispanTV leistet sich der iranische Staat auch einen spanischsprachigen Fernsehkanal, der in weiten Teilen Lateinamerikas empfangbar ist.<sup>26</sup> Politiker der rosa Galaxie nutzen HispanTV regelmäßig als Propagandaplattform. Eine beliebte Sendung hierfür war bis 2019 Fort Apache, eine vom linken ehemaligen spanischen stellvertretenden Ministerpräsidenten und heutigen Medienunternehmer Pablo Iglesias moderierte Talkshow. Im Kontext des Gazakrieges verbreiten die spanischsprachigen iranischen Auslandsmedien das Narrativ eines israelischen Genozids und sprechen dem israelischen Staat gänzlich das Existenzrecht ab. So steht der Kanal für eine Mischung aus antiisraelischen, antiwestlichen und linken Narrativen.

Auch die Akteure der rosa Galaxie schlugen sich im jüngsten Konflikt schnell auf die Seite der Gegner Israels. Bereits am 10. Oktober 2023 veröffentlichte die Progressive International ein auch von zahlreichen lateinamerikanischen Akteuren unterzeichnetes Kommuniké, in dem der Terrorangriff der Hamas als „Operation vom 7. Oktober aus dem Gazastreifen“<sup>27</sup> verharmlost wird. Die Progressive International adelte Hisbollah-Chef Hassan Nasrallah zudem als „Führer der libanesischen Widerstandsbewegung“ und kritisierte seine Eliminierung durch Israel



als „Mord“ und als „skrupellos“.<sup>28</sup> Als „Genozid“ bezeichnen das israelische Vorgehen in Gaza neben der Progressive International auch die Grupo de Puebla, das Foro de São Paulo und verschiedene CLACSO-Arbeitsgruppen.

### **Eine transnationale linksautoritäre Struktur**

Es fällt auf, dass sich die Protagonisten in den verschiedenen Organisationen überlappen. Viele Repräsentanten der lateinamerikanischen Linken sind mit mehr als einem Netzwerk gleichzeitig verbunden. Enge Beziehungen zu mehreren der hier beschriebenen Akteure haben etwa Lulas außenpolitischer Chefberater, der ehemalige brasilianische Außenminister Celso Amorim, Ecuadors Ex-Außenminister Guillaume Long, die kommunistische chilenische Abgeordnete Carol Kariola, der ehemalige argentinische Staatschef Alberto Fernández, der ehemalige bolivianische Vizepräsident Álvaro García Linera, die mexikanische Außenministerin unter Präsident López Obrador und ehemalige CEPAL-Generaldirektorin Alicia Bárcena oder die kubanische Abgeordnete und Diktatorentochter Mariela Castro.

### **Die rosa Galaxie funktioniert in vielen Bereichen nach der Logik einer transnationalen linksautoritären Partei.**

Auch die Organisationen selbst überlappen sich und kooperieren ständig. So ist CLACSO Mitglied der Progressive International. Beide arbeiten gemeinsam an einem Forschungsprojekt, in dem die Existenz einer „reaktionären Internationalen“ als Gefahr für die Demokratie beklagt wird. Als Teil dieses Netzwerks werden unter anderem die Hanns-Seidel-Stiftung oder die spanische Volkspartei (PP) genannt.<sup>29</sup> Die Exekutivsekretärin des Foro de São Paulo, die der brasilianischen Arbeiterpartei angehörende Mónica Valente, sitzt zudem im Rat der Progressive International. Auch nimmt deren Exekutivdirektor David Adler an Treffen der Grupo de Puebla teil und CLACSO veröffentlicht Bücher

der Gruppe. Das Foro de São Paulo verlinkt CLACSO auf seiner Homepage. Erst Ende Juni 2024 trafen sich Foro de São Paulo, Progressive International und Grupo de Puebla gemeinsam in Honduras, um dort auf Einladung der linken Regierung im Rahmen einer Art Gipfel der rosa Galaxie den 15. Jahrestag des angeblichen Staatsstreiches gegen Ex-Staatschef Manuel Zelaya zu begehen.<sup>30</sup> Mitglieder aller dieser Allianzen schließlich laden gern Akteure aus Russland oder China zu ihren Treffen ein und lassen sich selbst in diese Länder einladen.

Diese Überlappung schließt zahlreiche weitere Akteure ein. Institutionen wie das Centro Estratégico Latinoamericano de Geopolítica (CELAG), die Escuela de Estudios Latinoamericanos y Globales (ELAG), die Internacional Feminista oder das in den USA ansässige Center for Economic Policy Research (CEPR) sind ebenfalls zur rosa Galaxie zu zählen. Da sich diese Organisationen trotz ihres unterschiedlichen institutionellen Aufbaus weder mit Blick auf die inhaltliche Schlagrichtung noch hinsichtlich des ihnen angehörenden Personenkreises wesentlich unterscheiden, ist es sinnvoll, sie als Teil einer gemeinsamen internationalen Struktur zu begreifen.

Aufbauend auf dem traditionellen Internationalismus der Linken funktioniert die rosa Galaxie in vielen Bereichen nach der Logik einer transnationalen linksautoritären Partei. Erstens teilen ihre Akteure in der Ablehnung von „US-Imperialismus“, „Neoliberalismus“ und freiheitlicher Demokratie eine ausreichende ideologische Basis. Weiterhin verfügt die rosa Galaxie wie beschrieben über formalisierte institutionelle Kommunikationskanäle. Und drittens eint sie ein korporativer Machtinstinkt. Dieser schlägt sich nicht nur bei der Unterstützung verbündeter Kandidaten für jegliche Positionen auf internationalem Parkett nieder, sondern auch etwa darin, dass man Mitglieder der rosa Galaxie auch dann noch verteidigt, wenn sie wegen krimineller Machenschaften verurteilt wurden. Während man etwa zur Verfolgung und Inhaftierung venezolanischer oder kubanischer Oppositioneller schweigt, beklagt man die juristische Belangung linker Führungsfiguren als sogenanntes *lawfare*.

Der Begriff „Demokratie“ wird seitens der rosa Galaxie vor allem benutzt, um gegen die politische Konkurrenz auszuteilen – wohl wissend, dass die trotz aller Krisenanzeichen mehrheitlich demokratisch gesinnte Bevölkerung Lateinamerikas für Angriffe auf die demokratische Überzeugung des politischen Gegners empfänglich ist. Durch einen permanenten Angriffsmodus und den Appell an negative primäre Emotionen wie Angst, Wut oder Frustration ist die rosa Galaxie oft erstaunlich erfolgreich darin, sich Kritik an der eigenen fehlenden demokratischen Kohärenz zu entziehen.

Zudem gelingt es der rosa Galaxie, sich trotz der offensichtlichen Nähe zu Russland, China und dem Iran auch durch europäische Entwicklungsgelder zu legitimieren. Ein Beispiel ist die

intensive Zusammenarbeit zwischen der staatlichen schwedischen Entwicklungsagentur SIDA und CLACSO. So ist bereits ein beachtlicher Bestand an Literatur entstanden, die, finanziert mit europäischen Steuergeldern, den „Neoliberalismus“ und den „Imperialismus“ anklagt, die angebliche Verfolgung linker Politiker kritisiert und Narrative aus Kuba oder Venezuela verbreitet.

### Die Aushöhlung der politischen Mitte

Der enorme Erfolg der rosa Galaxie hat innerhalb der lateinamerikanischen Linken auch dazu geführt, dass die gemäßigten Fraktionen der (sozial-)demokratischen Linken es immer schwerer haben, sich gegen sie diskursiv durchzusetzen.



Die rosa Galaxie und ihre europäischen Freunde: Seit Jahren versucht Spaniens Ex-Ministerpräsident Zapatero (am Tisch Vierter von links), die linken Netzwerke Lateinamerikas in Europa salonfähig zu machen. Deren gespaltenes Verhältnis zur Demokratie stört dabei nicht. Foto: © Matias Baglietto, Reuters, picture alliance.

Ein Beispiel aus dem politischen Alltag ist die Weigerung des als gemäßigt geltenden Kandidaten für die Vorwahlen der uruguayischen Frente Amplio, Mario Bergara, Kuba öffentlich als „Diktatur“ zu bezeichnen.<sup>31</sup> Auch die ehemalige spanische Regierungssprecherin und Ministerin der Spanischen Sozialistischen Arbeiterpartei PSOE, Isabel Rodríguez, wollte eine derartige Aussage nicht treffen.<sup>32</sup> Bemerkenswert ist auch, dass die orthodoxen Linken den eigentlich auf eine moderne Linke hindeutenden Begriff „progressiv“ gekapert haben und ihn mit autoritärem Inhalt füllen – viel zu oft, ohne dabei auf entschiedenen Widerstand der eigentlichen „progressiven“, gemäßigten Linken zu stoßen.

Der Politikwissenschaftler Miguel Martínez Meucci wirft der sozialdemokratischen Linken Lateinamerikas deshalb vor, nicht nur offen mit linken autoritären Regimen zu kokettieren, sondern auch zu kooperieren.<sup>33</sup> Diese Tendenz bleibt nicht auf Lateinamerika beschränkt. Offenbar pflegen europäische Sozialdemokraten nicht nur Austausch mit Personen aus dem Umfeld der rosa Galaxie, sondern verstehen Organisationen wie die Grupo de Puebla als ihnen ideologisch nahestehende Kooperationspartner. So werden sie selbst Teil der autoritären Schutzmauer. Dies zieht lateinamerikanischen Sozialdemokraten, die sich aus demokratischen Grundüberzeugungen von autoritären Regimen absetzen, den Boden unter den Füßen weg.

Eine entscheidende Rolle beim Schwenk der europäischen Sozialdemokratie zur orthodoxen Linken spielte die spanische PSOE, die spätestens seit der Regierungszeit von José Luis Rodríguez Zapatero (2004 bis 2011) nicht nur einen Ansatz der Annäherung, sondern der zumindest punktuellen Eingliederung in linksautoritäre Netzwerke verfolgt. Regelmäßig schickt die Partei von Ministerpräsident Pedro Sánchez prominente Vertreter zur Grupo de Puebla. Die sozialdemokratische S&D-Fraktion im Europäischen Parlament führte im Juni 2023 eine Großveranstaltung mit der Grupo de Puebla durch, bei welcher der wegen Korruption in Ecuador zu acht Jahren Haft verurteilte Ex-Staatschef Rafael Correa die angebliche *lawfare* gegen ihn beklagen durfte.<sup>34</sup>

Die tonangebenden autoritären Kräfte der rosa Galaxie verstehen die Politik nach einer tribalen Logik. Auf der einen Seite die Guten, die „Revolutionären“, die „Linken“, die „Antikapitalisten“ oder die „Progressiven“; auf der anderen Seite die Schlechten – also die „Neoliberalen“, „Kapitalisten“, „Imperialisten“ oder „Rechten“. Zu welcher Seite man gehört, wird nach identitätspolitischen Grundsätzen zu einer dogmatischen Glaubensfrage, die keinerlei Grautöne zulässt und für gemäßigte Linke und die politische Mitte insgesamt fatal wirkt.

## Die politische Mitte muss die Gefahren der rosa Galaxie benennen und ihr eigene überzeugende Narrative entgegensetzen.

---

### Die Versuchung einer rechtsautoritären Reaktion

Die Schwierigkeit, autoritären Ansätzen aus der politischen Mitte heraus zu begegnen, zeigt sich auch auf der rechten Seite des politischen Spektrums. Als Reaktion auf den linken Internationalismus gibt es bei den Rechten Bestrebungen, gemeinsame Netzwerke zwischen konservativen und rechtsdemokratischen Kräften sowie rechtsautoritären Akteuren zu knüpfen. Die Bewunderung, die der autoritäre Präsident von El Salvador, Nayib Bukele, in weiten Teilen der politischen Rechten genießt, zeigt dies sehr deutlich. Auch das Konzept des ungarischen Staatschefs Viktor Orbán, der eine „illiberale Demokratie“ verspricht, findet in Lateinamerika Zuspruch, wie sich nicht nur an der Präsenz der lateinamerikanischen Rechten bei der europäischen Version der aus den USA stammenden rechten Conservative Political Action Conference (CPAC) in Budapest zeigte. Insbesondere die spanische Rechtspartei Vox war sehr geschickt darin, mit dem Foro Madrid ein öffentlichkeitswirksames Gegengewicht zur autoritären Linken zu schaffen. Statt jedoch die linke Identitätspolitik der rosa

Galaxie aus der demokratischen Mitte heraus zu bekämpfen, bekämpft das Foro Madrid diese teilweise mit rechter Identitätspolitik. Dies zeigt sich im inflationären Gebrauch von Begriffen wie „totalitär“ oder „kommunistisch“ genauso wie in der oft wenig differenzierten Haltung zu populistischen Führungsfiguren der Rechten. Interessant ist, dass auch rechtsautoritäre Netzwerke Akteure enthalten, die mit kremlfreundlichen Narrativen für Aufsehen sorgen.

Die politische Mitte steht somit vor der Herausforderung, die Aktivitäten und Gefahren der rosa Galaxie deutlich zu benennen und ihr eigene überzeugende Narrative entgegenzusetzen. Gleichzeitig muss sie der Versuchung widerstehen, populistische Vertreter rechts der Mitte zu verharmlosen oder diese gar in die eigenen Reihen einzubeziehen, wenn jene nicht mit beiden Beinen auf dem Boden der Demokratie und des Rechtsstaates stehen. Ein Versuch, sich diesen Herausforderungen zu stellen, ist das Foro América Libre. Dieses 2023 zum ersten Mal durchgeführte Forum versammelte unter Mitwirkung der Konrad-Adenauer-Stiftung rund 30 Organisationen aus 25 Ländern in einem gemeinsamen Aktionsraum der Mitte beziehungsweise des Mitte-rechts-Spektrums.<sup>35</sup> Der große mediale Zuspruch zeigte die Notwendigkeit eines solchen Unterfangens.

## Die Demokratie wird zur rhetorischen Figur, die inhaltlich ausgehöhlt und umgedeutet wird.

---

### **Fazit: Vereint gegen die liberale Demokratie westlicher Prägung**

Auch wenn die verschiedenen Akteure der rosa Galaxie auf den ersten Blick wenig mit den Diktaturen in Russland, China oder gar dem iranischen Gottesstaat gemein haben, existieren konvergente geopolitische Interessen. In erster Linie ist dies die Gegnerschaft zum „Neoliberalismus“ und „US-Imperialismus“. Letztlich spielt aber auch die

Ablehnung der freiheitlichen Demokratie als solche eine Rolle. Die Forderung nach einer „Nichteinmischung in innere Angelegenheiten“ und nach einer „multilateralen Weltordnung“ ist nach dem Verständnis der rosa Galaxie direkt gegen das freiheitlich-demokratische Modell westlicher Prägung und seinen universellen Anspruch gerichtet. Die Demokratie wird zur rhetorischen Figur, die inhaltlich ausgehöhlt und umgedeutet sowie hierarchisch als Mittel zum Zweck anderen Zielen untergeordnet wird, vordergründig dem „Sozialismus“ und insbesondere dem eigenen Machterhalt. Während in den zwei Dekaden seit Beginn der rosa Welle linke Regierungen in Lateinamerika den Ton angaben, gingen die Zustimmungswerte für die Demokratie in Lateinamerika allen Umfragen zufolge enorm zurück. Zwischen beiden Phänomenen kann durchaus ein kausaler Zusammenhang erkannt werden.

Die Anknüpfungspunkte für Russland, China und den Iran sind evident. Es ist ihnen ein Leichtes, an die Weltsicht der rosa Galaxie anzuknüpfen, sie mit ihrer medialen Macht, etwa durch RT oder HispanTV, zu verstärken und ihr internationale Sichtbarkeit zu verleihen. Die rosa Galaxie einerseits und Russland, China oder der Iran andererseits verleihen sich dabei wechselseitig internationale Legitimität. Lukrative bilaterale Wirtschaftsabkommen ohne jeglichen Anspruch auf Demokratisierung oder die Wahrung von Menschenrechten machen diese Allianzen für die Akteure der rosa Galaxie zusätzlich attraktiv.

Bündnisse zwischen internationalen und lateinamerikanischen autoritären Regimen haben dabei eine lange Tradition, etwa in der engen Zusammenarbeit zwischen der Sowjetunion und Kuba. Noch aus jener Zeit stammt die politische Sozialisierung einiger Protagonisten der heutigen rosa Galaxie, wie etwa Lula da Silva. Der Antiamerikanismus und die Sympathie für autoritäre Regime sind fester Teil seiner politischen DNA. Seine regionale Machtbasis liegt zuallererst im von ihm mitgegründeten Foro de São Paulo sowie bei seinen Alliierten der rosa Galaxie. Vor diesem Hintergrund erscheinen Lulas irrlichternde Aussagen zu aktuellen Fragen der internationalen Politik nicht länger überraschend.



Es ist dringend notwendig, dass Demokraten aller politischer Couleur die Gefahr erkennen, welche die rosa Galaxie für die Demokratie als solche beinhaltet, und aus der politischen Mitte heraus ein Gegengewicht zu ihr setzen. Die rosa Galaxie darf dabei keinesfalls als ein auf Lateinamerika beschränktes Phänomen verharmlost werden. Stattdessen ist sie eine ernstzunehmende Gefahr für die werte- und regelbasierte multilaterale Ordnung insgesamt. Spätestens die Resonanz aus der rosa Galaxie auf den russischen Angriffskrieg in der Ukraine hat dies in aller Deutlichkeit unter Beweis gestellt.

*Dieser Text basiert auf der Argumentation des Buches „Die rosa Galaxie. Wie linksautoritäre Netzwerke und ihre internationalen Alliierten die Demokratie in Lateinamerika untergraben“, erschienen beim KAS-Regionalprogramm Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika im April 2024 und abrufbar unter <https://ogy.de/mcx7>.*

---

**Sebastian Grundberger** ist Leiter des Regionalprogramms Parteiendialog und Demokratie in Lateinamerika der Konrad-Adenauer-Stiftung mit Sitz in Montevideo.

- 1 Infobae 2024: Lula evitó condenar a Vladimir Putin por la muerte de Alexei Navalny: „¿Por qué apresurarse a acusar?“, 18.02.2024, in: <https://ogy.de/rt58> [18.06.2024].
- 2 Deutsche Welle 2024: Lula compara a Israel con Hitler y el genocidio de judíos, 18.02.2024, in: <https://p.dw.com/p/4cYHy> [18.06.2024].
- 3 El Economista 2023: Petro rechaza oferta de Estados Unidos sobre intercambio de armas, 14.02.2023, in: <https://ogy.de/3gwy> [18.06.2024].
- 4 Grundberger, Sebastian 2024: Die rosa Galaxie. Wie linksautoritäre Netzwerke und ihre internationalen Alliierten die Demokratie in Lateinamerika untergraben, Konrad-Adenauer-Stiftung, Anhang 1, S. 126 ff., in: <https://ogy.de/mcx7> [18.06.2024].
- 5 El Universal 2024: Foro de Sao Paulo felicitó al presidente Maduro y al Pueblo venezolano por la victoria, 29.07.2024, in: <https://ogy.de/rzh3> [18.06.2024].
- 6 Grundberger 2024, N. 4, Anhang 2, S. 131 ff.
- 7 Progressive Internationale: Declaration, in: <https://ogy.de/j9uy> [18.06.2024].
- 8 Consejo Latinoamericano de Ciencias Sociales (CLACSO): Centros Miembros Plenos, Centros Miembros Asociados y Organizaciones Vinculadas, in: <https://ogy.de/kdz8> [18.06.2024].
- 9 CLACSO 2022: Comunicado frente a los intentos de Golpe de Estado en Bolivia, 14.11.2022, in: <https://ogy.de/xzp6> [01.08.2024].
- 10 CLACSO 2019: Declaración del Grupo de Trabajo CLACSO Izquierdas Latinoamericanas, sobre represión en Chile, 11/2019, in: <https://ogy.de/wzl0> [01.08.2024].
- 11 CLACSO 2020: Comunicado en defensa de Venezuela contra las agresiones de EEUU, 08.04.2020, in: <https://ogy.de/x0cx> [01.08.2024].
- 12 CLACSO: ¿Qué es CLACSO?, in: <https://ogy.de/3gme> [01.08.2024].
- 13 „Agradezco el enorme honor de participar de la Academia de Ciencias de Cuba como Miembro Correspondiente. Nos une el conocimiento científico abierto, crítico y con incidencia social.“ Batthyány, Karina via X, 27.01.2023, in: <https://t.co/XaYsFUZ1X5> [18.06.2024].
- 14 Foro de São Paulo 2017: Consenso de Nuestra América, 10.01.2017, in: <https://ogy.de/uw22> [18.06.2024].
- 15 Pérez Colomé, Jordi 2022: ¿Por qué RT y Sputnik en español tienen tanto éxito en redes?, El País, 29.03.2022, in: <https://ogy.de/aqvw> [18.06.2024].
- 16 Cilano Pelaez, Johanna / Puerta, María Isabel 2022: Así nos habla el Kremlin. Narrativa política y medios de comunicación rusos en América Latina, DP Enfoque 10, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <https://ogy.de/3g7m> [01.08.2024].
- 17 Ubeda, Marta 2015: El 54 % de los europeos no confía en la cobertura que los medios hacen del conflicto ucraniano, El Ciudadano, 21.04.2015, in: <https://ogy.de/ck1v> [18.06.2024].

- 18 U.S. Department of State 2023: The Kremlin's Efforts to Covertly Spread Disinformation in Latin America, 07.11.2023, in: <https://ogy.de/kst7> [18.06.2024].
- 19 Borón, Atilio A. 2022: Rusia-Ucrania: Una tragedia evitable, Página12, 25.02.2022, in: <https://ogy.de/bk5g> [01.08.2024].
- 20 Staatsduma 2023: Discurso de Vyacheslav Volodin en la sesión plenaria de la Primera Conferencia Parlamentaria Internacional „Rusia – América Latina“, 02.10.2023, in: <https://ogy.de/7xyz> [18.06.2024].
- 21 Grupo de Puebla 2023: Declaración IX Encuentro Grupo de Puebla: En Unidad Avanzamos, 02.10.2023, in: <https://ogy.de/yroo> [18.06.2024].
- 22 Morales, Evo via X, 07.10.2022, in: <https://t.co/apxWsG4irU> [20.08.2024].
- 23 Foro de São Paulo 2023: Documento base del XXVI Encuentro del Foro de São Paulo, 14.06.2023, in: <https://ogy.de/r9be> [18.06.2024].
- 24 Cembrero, Ignacio 2023: La conexión china de Zapatero: ‚embajador‘ de Pekín ante América Latina y el Grupo de Puebla, El Confidencial, 19.12.2023, in: <https://ogy.de/01ev> [18.06.2024].
- 25 CLACSO 2023: Breve Historia de la República Popular China, 18.06.2023, in: <https://ogy.de/3y6v> [18.06.2024].
- 26 Riaño, Sergio Castaño 2024: El poder blando de Irán en América Latina: HispanTV, DP Enfoque 15, Konrad-Adenauer-Stiftung, in: <https://ogy.de/kx5z> [18.06.2024].
- 27 Progressive International 2023: For a Lasting Peace, End the Nakba Now, 10.10.2023, in: <https://ogy.de/mzmz> [18.06.2024].
- 28 Progressive International 2024: PI Briefing, No. 38, Again as tragedy, 30.09.2024, in: <https://ogy.de/rn1q> [04.10.2024].
- 29 La Internacional Reaccionaria, in: <https://reactionary.international/database> [18.06.2024].
- 30 Grundberger, Sebastian / Rajbe, Santiago Acosta 2024: El Foro de Sao Paulo, el Grupo de Puebla, la CELAC y la cumbre de la galaxia rosa en Honduras, Konrad-Adenauer-Stiftung, 17.07.2024, in: <https://ogy.de/w1fv> [01.08.2024].
- 31 El País 2024: Bergara evitó definir a Cuba como una dictadura, pero dijo que no se identifica „con modelos de partido único“, 02.01.2024, in: <https://ogy.de/dtms> [18.06.2024].
- 32 OK Diario 2021: La nueva portavoz del Gobierno se niega a llamar „dictadura“ a Cuba porque no quiere comprometer „al Gobierno“, 18.07.2021, in: <https://ogy.de/nwu5> [18.06.2024].
- 33 Martínez Meucci, Miguel Ángel 2023: Renovar la centroderecha en América Latina, Konrad-Adenauer-Stiftung, 11.10.2023, in: <https://ogy.de/l6nl> [18.06.2024].
- 34 Grupo de Puebla 2023: S&D Group – Latin America Day: ‚Towards a new EU-Latin America Progressive Agenda‘, 05.06.2023, in: <https://ogy.de/rzdo> [18.06.2024].
- 35 Gamboa, Víctor 2023: Impulsado por el PAN, nace el Foro América Libre, contrapeso al izquierdista Grupo de Puebla, El Universal, 26.10.2023, in: <https://ogy.de/s1nl> [18.06.2024].

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

Klingelhöferstraße 23

10785 Berlin

Telefon (030) 269 96-33 88

[www.auslandsinformationen.de](http://www.auslandsinformationen.de)

[www.fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)

[www.x.com/auslandsinfo](https://www.x.com/auslandsinfo)

[www.instagram.com/auslandsinfo](https://www.instagram.com/auslandsinfo)

[auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Herausgeber:

Dr. Gerhard Wahlers

Chefredakteur:

Dr. Sören Soika

Redaktion:

Dr. Jan Cernicky

Christian Echle

Dr. Stefan Friedrich

Benjamin Gaul

Dr. Lars Hänsel

Caroline Kanter

Dr. Christina Krause

Dr. Jan Woischnik

Daphne Wolter

Redaktionelle Betreuung:

Fabian Wagener

Unter Mitwirkung von:

Alena Karolina Beram, Hana Formánková,

Leonie Lieske, Leonie Schade, Georg Tannen

und Zoe Willim

Die Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Redaktion wieder.

Diese Veröffentlichung der Konrad-Adenauer-Stiftung e.V. dient ausschließlich der Information. Sie darf nicht zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen sowie für Wahlen zum Europäischen Parlament.

Einzelheftpreis: 10 €. Im Abonnement günstiger. Für Schüler und Studenten wird ein Sonderrabatt gewährt. Für weitere Informationen und Bestellungen wenden Sie sich bitte an: [auslandsinformationen@kas.de](mailto:auslandsinformationen@kas.de)

Bankverbindung:

Commerzbank Bonn

IBAN DE43 3804 0007 0103 3331 00

BIC COBADEFFXXX

Das Copyright für die Beiträge liegt bei den Auslandsinformationen (Ai).

Titelfoto:

Argentiniens Präsident Javier Milei bei der Präsentation seines Buchs „Kapitalismus, Sozialismus und die neoklassische Falle“ im Mai 2024.

© Federico David Gross, Hans Lucas, picture alliance.

Alle weiteren wie jeweils gekennzeichnet.

Lektorat:

Oliver Seifert, Weimar

Übersetzung:

Alpha Translation Service GmbH, Berlin

Gestaltung/Satz:

racken GmbH, Berlin

Druck:

Print & Media, Rostock



CO<sub>2</sub>-neutral mit Farben auf Pflanzenölbasis nach DIN ISO 12647-2 gedruckt.





---

**40** JAHRE **Ai**

---

[auslandsinformationen.de](https://www.auslandsinformationen.de)  
[fb.com/internationalreports](https://www.facebook.com/internationalreports)  
[x.com/auslandsinfo](https://x.com/auslandsinfo)  
[instagr.am/auslandsinfo](https://www.instagram.com/auslandsinfo)